

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

Ämtlich zusammengestellt im Kgl. Polizei-Präsidium in Posen

Posen, den 2. Mai 1917.

Inhalt: Die Aufhebung des Sprachenparagraphen, S. 707—714. — Die Wahlreform, S. 714—715. — Das Russenmanifest an die Polen, S. 716. — In Warschau verbreitete Fälschungen, S. 717. — Angriffe der italienischen Presse gegen die polnische Fraktion in Berlin, S. 717—718. — Die letzte Rundgebung des Ostmarkenvereins, S. 719—726. — Der polnische Religionsunterricht, S. 726—727. — Schulfragen in der Stadt Posen, S. 728. — Die polnische Sprache im Postverkehr, S. 729. — Die Kriegsanleihe, S. 729. — Die Haltung der polnischen Fraktionen, S. 729. — Die Nationaldemokratie und die „Gazeta Grudziadzka“, S. 732. — Bankrott der Nationaldemokratie, S. 733. — Sienkiewiczfeier in Strelno, S. 734. — Befestetes Gebiet: Hirtenbrief des Warschauer Erzbischofs, S. 734. — Der Staatsrat und das Russenmanifest, S. 736—737. — Naumann über Polen, S. 737. — Krieg und Frieden, S. 738. — Die Ostgrenzen Polens, S. 738. — Staatsratsangelegenheiten, S. 739. — Die Aktivisten in der Lubliner Gegend, S. 740. — Das Neurussophiletum, S. 740. — Die Monarchie in Polen, S. 741. — Die Legionen, S. 741 bis 742. — Das Finanzwesen, S. 743. — Die deutsche Kriegsanleihe, S. 743. — Der Gemeinderat in Lodz, S. 743. — Die Juden im Königreich, S. 744. — Litauisches, S. 745. — Ausland: Die innere Krisis in Österreich und die Polen, S. 745. — Vereinigung Polens mit Österreich oder Unabhängigkeit?, S. 746. — Die galizischen Kohlenfelder, S. 746. — Die polnischen Sozialisten an die russischen, S. 747. — Zum Russenmanifest, S. 747. — Bischof Cieplak-Mohylew an seine Geistlichkeit, S. 748. — Der Akt vom 5. November, S. 749. — Die Kommission zur Ordnung der polnischen Angelegenheiten in Rußland, S. 749. — Mandatsniederlegung der polnischen Duma-abgeordneten, S. 750. — Der Arbeiter- und Soldatenrat an das Polenvolk, S. 750—751. — Dessen Aufruf an die Wälder der ganzen Welt, S. 752. — Pilz an die russische Regierung, S. 752. — Die Petersburger polnischen Emigranten, S. 753. — Die Politik Dmowskis, S. 753. — Ein epochemachender Moment, S. 754. — Rußland und Polen, S. 755.

Die polnische Frage in Deutschland.

Aus Nr. 90 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 21. April 1917.

Die Aufhebung des Sprachenparagraphen und des Jesuitengesetzes.

Berlin, 19. April (W. T. B.) Der Bundesrat hat in seiner Sitzung vom 19. April 1917 dem Reichtagsbeschuß, durch den das Gesetz vom 4. Juli 1872 aufgehoben wurde, zugestimmt.

In derselben Sitzung bestätigte der Bundesrat den Reichtagsbeschuß, durch welchen der § 12 (Sprachenparagraph) des Vereinsgesetzes vom 19. April 1908 aufgehoben wurde.

Die Zustimmung des Bundesrats zur Aufhebung zweier Ausnahmegesetze im Reiche ist als ein Symptom jener großen Umwälzung in den politischen Anschauungen und Verhältnissen zu begrüßen, welche durch den Krieg ebenso in Deutschland, wie in allen zivilisierten Ländern hervorgerufen wurde. Die deutsche Regierung weigerte sich, obwohl sie die Notwendigkeit der sogenannten Neuorientierung grundsätzlich schon am Anfange des Krieges anerkannt hatte, bis in die letzte Zeit, die beabsichtigten Änderungen vor dem Ende des Krieges durchzuführen. Infolge der langen Dauer des Krieges und der immer mehr zunehmenden freiheitlichen Strömungen wurde jedoch eine Lage geschaffen, in der eine weitere Aufschiebung der eiligsten Reformen sich als unmöglich erwies.

In der polnischen Frage erklärte, wie bekannt, der Minister v. Breitenbach schon am 28. März im Herrenhause namens der Regierung, daß die Aufhebung des Enteignungsgesetzes, eine Erleichterung beim Gebrauch der Muttersprache und eine „entsprechende Anwendung des Ansiedlungsgesetzes“ in Erwägung gezogen würden. Durch den Beschluß des Bundes-

rates werden jetzt nun die Versprechungen erfüllt, indem der Sprachenparagraph oder der sogenannte Maultorbsparagraph des Vereinsgesetzes aufgehoben wird. Dieser Paragraph war eines der letzten gegen die Polen gerichteten Ausnahmegesetze und stammte aus der unglückseligen Blockära des Fürsten Bülow, in welcher der damalige Reichskanzler um den Preis gewisser liberaler Zugeständnisse die liberal-fortschrittlichen Parteien für diese unerhörte Einschränkung des öffentlichen Gebrauchs der Muttersprache zu gewinnen mußte. Jener § 12 des Vereinsgesetzes bestimmte vor allem, daß man sich in den öffentlichen Versammlungen in Deutschland keiner anderen als der deutschen Sprache bedienen dürfe. Eine Ausnahme wurde nur für diejenigen Kreise gemacht, in denen nach der letzten Volkszählung die nicht deutsche Bevölkerung mehr als 60 Prozent betrug; diese Ausnahme sollte aber nur für 20 Jahre gelten. Von dieser Vorschrift waren einzig und allein die Wahlversammlungen ausgeschlossen. Der Sprachenparagraph war ebenso gegen die Polen, wie gegen die Dänen in Schleswig und die französisch sprechenden Elsäßer gerichtet.

Wir wollen hier nicht alle jene Schwierigkeiten, Schikanen, Drangsalierungen und Prozesse aufzählen, denen die polnische Bevölkerung auf Grund dieses durch und durch kulturwidrigen und jedem Gerechtigkeitsgefühl widersprechenden Gesetzes ausgesetzt war. Wie viel Versammlungen damals aufgelöst und wie viel Strafen gezahlt wurden, davon zeugt am besten die politische Chronik aus den letzten Jahren vor dem Kriege. Man durfte selbst in der Hauptstadt Großpolens, in Posen, keine öffentliche Versammlung in der polnischen Sprache abhalten, und durch die übelwollende Verwaltungspraxis wurde der Begriff einer Versammlung auch auf rein kulturelle Vorträge und Abendturse ausgedehnt.

Nachdem im Reichstage die konservativ-liberale Mehrheit sich aufgelöst hatte und der berüchtigte Bülow-Block zerfallen war, hat der Reichstag selbst das geschehene Unrecht anerkannt und mehrmals die

Aufhebung des Sprachenparagraphen beschlossen. Aber zur Aufhebung dieses Gesetzes war nach der Verfassung die Zustimmung des Bundesrats notwendig, und im Bundesrat hat die preußische Regierung auf Grund ihrer Einflüsse stets einen ablehnenden Beschluß durchgeführt.

Gegenwärtig hat aber der Bundesrat der Aufhebung des Sprachenparagraphen zugestimmt. Wenn man diesen Akt für den ersten Schritt zur Aufhebung aller Ausnahmegeetze und zur vollständigen Gleichberechtigung der Polen halten soll, so kann er von der polnischen Bevölkerung als Ausdruck der geschichtlichen Gerechtigkeit mit Genugtuung begrüßt werden.

Foimell hängt, wie erwähnt, die Aufhebung dieses empfindlichen Ausnahmegesetzes durch den Bundesrat mit jener Sitzung des Herrenhauses vom 28. März zusammen, in der das Austreten des Fürsten Radziwiłł und die unmittelbar darauf folgende Rede des Fürsten Hatzfeld dem Minister v. Breitenbach Anlaß gaben, die bekannte Erklärung namens der Regierung abzugeben, wofür nachher der Graf Józłowski seinen Dank ausdrückte. Daß aber der Zusammenhang zwischen dieser „diplomatischen“ Aktion im Herrenhaus und der vollzogenen Aufhebung des Sprachenparagraphen tatsächlich nur ein formeller und äußerlicher war, ist für jeden irgendwie politisch denkenden Menschen klar. Auf die preußische Politik den Polen gegenüber übten nämlich Kuriositäten und sogenannte diplomatische Höflichkeiten niemals irgend einen Einfluß aus; jede Orientierung dieser oder jener Art war nur das Ergebnis einer reinen Interessenabwägung und einer kühlen Berechnung. Wenn wir diese selbstverständliche Wahrheit hier besonders hervorheben, so tun wir es allerdings nur deswegen, um einer weiteren von gewisser Seite eifrig betriebenen Legendenbildung vorzubeugen, als ob wir die Gewährung einiger Zugeständnisse an die Polen von seiten der Regierung der hohen politischen Kunst einer Gruppe von Agitatoren aus dem Lager des „Kraj“ und der „Gazeta Narodowa“ zu verdanken hätten, und als ob erst diese Agitatoren mit ihrer Diplomatie auch die „Schäden“ wieder gut gemacht hätten, welche durch die entschiedene und offene Politik unserer parlamentarischen Fraktionen entstanden sein sollen. Die Versuche, das wahre Bild der Tatsachen auf diese Weise zu „färben“, können niemanden irre führen. Wer sich nämlich über die gegenwärtige politische Lage Rechenschaft ablegt und sich jenes Spiels der Kräfte bewußt ist, welches sich jetzt auf dem Boden der polnisch-preußischen Beziehungen vollzieht, der wird die Beweggründe der Regierung sachgemäß beurteilen und einsehen, daß in den Entschließungen der Regierung eine entscheidende Rolle die Tatsache spielte, daß der Widerspruch zwischen der äußeren Politik, wie sie im Königreich Polen betrieben wird, und der inneren Politik den Polen gegenüber, die sich auf Ausnahmegeetze stützt, für die Dauer nicht zu halten ist. Daß unsere parlamentarischen Fraktionen diesen Widerspruch stets mit dem größten Nachdruck betonten und daraus ihre stärksten Argumente zu einer offenen Kritik der bestehenden Einschränkungen schöpften, muß als dasjenige Moment der segensreichen Tätigkeit unserer Vertreter angesehen werden, welches zweifellos einen kräftigen Anstoß für die ersten Schritte nach der „Neuorientierung“ hin bildete.

Aus Nr. 90 des Oꝛędownik (Posen)
vom 21. April 1917.

Die Aufhebung des Sprachenparagraphen und des Jesuitengesetzes.

Der Schritt des Bundesrats, welcher die Aufhebung der beiden Ausnahmegeetze im Reiche be-

stimmt, ist als Symptom der großen Änderung in den politischen Anschauungen und Verhältnissen zu begrüßen, die der Krieg sowohl in Deutschland, als auch in allen zivilisierten Staaten hervorgerufen hat. Nachdem die deutsche Regierung die Notwendigkeit der sogenannten Neuorientierung schon zu Beginn des Krieges anerkannt hatte, weigerte sie sich bis in die letzte Zeit hinein, die beabsichtigten Änderungen noch vor dem Ende des Krieges durchzuführen. Die sich hinziehende Dauer des Krieges jedoch einerseits und das allgemeine Anwachsen der freiheitlichen Strömungen andererseits haben eine Situation geschaffen, in welcher sich ein längeres Säumen mit den dringlichsten Reformen als unmöglich erwies.

In der polnischen Sache hat bekanntlich der Minister von Breitenbach am 28. März im preußischen Herrenhause im Namen der Regierung erklärt, diese erwäge die Aufhebung des Enteignungsgesetzes, Erleichterungen im Gebrauch der Muttersprache für die Polen und eine „entsprechende Anwendung“ des Parzellierungsgesetzes. Der Beschluß des Bundesrats erfüllt in einem Punkte die Zusicherung des Ministers durch Aufhebung des Sprachen- oder sogenannten Mautkorbparagraphen des Vereinsgesetzes. Dieser Paragraph war eines der letzten, gegen die Polen gerichteten Ausnahmegeetze, und er stammt aus der „Bülowschen Blockade“ unglückseligen Angebens, in welcher der Kanzler um den Preis gewisser liberaler Zugeständnisse die liberal-fortschrittlichen Parteien für jene unerhörte Knobelung des öffentlichen Gebrauchs der Muttersprache gewonnen hatte (Es folgt eine Inhaltsangabe der einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen. Dann heißt es weiter:) Wir werden hier nicht die allerhand Erschwerungen, Schikanen, Eriahrungen und Prozesse in Erinnerung rufen, welche die polnische Bevölkerung unter der Herrschaft dieses durch und durch kulturfeindlichen, jedem Gerechtigkeitsgefühl zuwiderlaufenden Gesetzes durchgemacht hat; wieviel Versammlungen aufgelöst, wieviel Strafen bezahlt worden sind, davon zeugt die politische Chronik der letzten Jahre vor dem Kriege. War es doch in der Hauptstadt Großpolens, in Posen, nicht möglich, öffentliche Versammlungen in polnischer Sprache zu veranstalten, und die uns abholden Verwaltungspraxis dehnte den Begriff der Versammlungen auch auf rein kulturelle Vorträge und Vortragsabende aus.

Als im Reichstage die konservativ-liberale Mehrheit verschwand, als der berüchtigte Bülowblock in Trümmer ging, da erkannte der Reichstag selbst das Unrecht an, das geschehen war, und er beschloß wiederholt die Aufhebung des Sprachenparagraphen. Aber zur Aufhebung eines Gesetzes ist nach der Reichsverfassung auch die Zustimmung des Bundesrats nötig, dort aber hat die preußische Regierung mittels ihrer Einflüsse stets einen ablehnenden Beschluß durchgeführt.

Jetzt hat sich der Bundesrat mit der Beseitigung des Sprachenparagraphen einverstanden erklärt. Wenn man diesen Akt als den ersten Schritt zur Aufhebung aller Ausnahmegeetze und zur Gewährung der völligen Gleichberechtigung an die Polen betrachten kann, so kann er mit Befriedigung von der polnischen Volksgemeinschaft aufgenommen werden als Ausdruck der geschichtlichen Gerechtigkeit.

Die Aufhebung des Jesuitengesetzes, welche den Fall aller bisherigen, gegen die Jesuiten gerichteten Einschränkungen aus Kulturkampfzeiten zur Folge hat, ist ein Wiedergutmachen des Unrechts, welches lange Jahre hindurch dem Katholizismus in Deutschland geschehen ist.

Aus Nr. 164 der Gazeta Narodowa (Posen)
vom 21. April 1917.

Die Aufhebung des Jesuitengesetzes und des Sprachenparagraphen.

Es sind jetzt also zwei Ausnahmegesetze aufgehoben, die bis dahin hauptsächlich auf der polnischen und katholischen Bevölkerung lasteten. Das erste von ihnen ist das Jesuitengesetz. Auf Grund dieses Gesetzes war dem Jesuitenorden und allen ihm verwandten Orden und Kongregationen der Aufenthalt innerhalb der Grenzen des deutschen Reichs verboten. Es war auch nicht erlaubt, neue Ordensniederlassungen einzurichten, und die bereits bestehenden mußten in einem von dem Bundesrat bestimmten Zeitraum, und zwar spätestens innerhalb sechs Monaten nach dem Inkrafttreten des Gesetzes aufgelöst werden.

Dieses Gesetz war ein Überbleibsel aus der Zeit des Kulturkampfes, der im Jahre 1872 nach der Gründung des deutschen Reichs von Bismarck gegen die katholische Kirche eröffnet worden war. Seit dieser Zeit hat sich allerdings vieles zu Gunsten der Katholiken geändert; so wurden vor allem die i. g. Maigesetze ganz aufgehoben, aber das Jesuitengesetz blieb trotzdem noch bestehen. Die deutschen Katholiken, die von diesem Gesetz ebenfalls betroffen wurden, hörten jedoch nicht auf, seine Aufhebung zu verlangen. Sie wiederholten ihre Forderungen alljährlich in den Katholikenversammlungen, sie appellierten beständig an die Regierung und stellten stets von neuem entsprechende Anträge im Reichstage. Diese Bemühungen brachten mit der Zeit auch den Erfolg, daß das Gesetz, insofern es sich auf Personen bezog, aufgehoben wurde. Das Verbot der Ordensniederlassungen blieb jedoch heute noch bestehen, obwohl der Reichstag schon oftmals Beschlüsse im Sinne des katholischen Zentrums gefaßt hatte, die seine Aufhebung verlangten. Mit diesen Beschlüssen solidarisierte sich jedesmal auch die polnische Fraktion.

Heute fällt nun auf Grund des Beschlusses des Bundesrates auch dieses letzte Überbleibsel aus der Zeit des unglückseligen Kulturkampfes, unter dessen Last in gleicher Weise auch die polnische Bevölkerung zu leiden hatte. Es handelte sich nämlich bei diesem Gesetz nicht allein um die Aufhebung des Jesuitenordens, der bei uns zur Zeit des Erzbischofs Ledóchowski durch die Veranstaltung zahlreicher Volksmissionen viel zur Hebung der Sittlichkeit des polnischen Volks beigetragen hatte, sondern zugleich auch um die Aufhebung vieler anderer, hauptsächlich weiblicher Ordenskongregationen, die durch ihre Tätigkeit einen segensreichen Einfluß auf die Vertiefung des religiösen Sinnes und auf die Sittlichkeit unserer Volksgemeinschaft ausgeübt hatten.

Der Sturm des Kulturkampfes, der in unserem Landesteil wütete, hat eine ganze Reihe solcher frommer Personen dahingerafft und hinterließ tiefen Schmerz und Verbitterung in den Herzen der polnisch-katholischen Bevölkerung. Heute dürfen wir also nach der schon endgültigen Aufhebung des Jesuitengesetzes durch den Bundesrat hoffen, daß in Kürze diese Förderer der christlichen Idee, die sich auf die Liebe Gottes und des Nächsten stützt, zu uns wiederkehren und ihre segensreiche Tätigkeit zum allgemeinen Wohle entfalten werden.

Das zweite Zugeständnis der Regierung betrifft ausschließlich uns Polen. Als nämlich im Jahre 1908 der damalige Reichskanzler Fürst Bülow auf die halzbrecherische Idee kam, mit Hilfe des sogenannten konservativ-liberalen Blocks gegen die Polen, die deutschen Katholiken und die Sozialisten zu regieren, reagnete es förmlich Ausnahmegesetze, die für die deutsche Kultur einen Schlag ins Gesicht bedeuteten. An der Spitze dieser Ausnahmegesetze stand im deutschen Reiche

das Verbot der polnischen Sprache in öffentlichen Versammlungen und in Preußen das Enteignungsgesetz. Fürst Bülow konnte nämlich seine politische Gauflerkunst, mit Hilfe einer in der Geschichte der Parlamente nie dagewesenen Verschmelzung der konservativen und liberalen Elemente zu regieren, auf keine andere Weise betreiben, als daß er kleine Zugeständnisse scheinbar in der liberalen und im Grunde genommen in der antipolnischen Richtung machte. Auf diese Weise täuschte er die Pseudoliberalen und gewann die konservativen Hatzisten und Altdutschen für sich, bis schließlich das Maß doch voll wurde und Herr Bülow gehen mußte. Aber ein Schandfleck aus dieser Zeit war doch geblieben, nämlich: das Enteignungsgesetz und der Sprachenparagraph. Die konservativen Elemente in Preußen sind jedoch schon seit langer Zeit zu dem Bewußtsein gekommen, daß das Ausnahmegesetz ein doppelschneidiges Schwert ist, das zwar zur Ausrottung der Polen dienen kann, das aber ebenso tödlich die gewaltigen deutschen Latifundien treffen würde, wenn es solchen Elementen gelingen sollte, zur Regierung zu gelangen, welche dem Grundsatz huldigen, daß alle Produktionsmittel verstaatlicht werden müßten. Deswegen ist das Enteignungsgesetz jetzt schon tatsächlich außer Kurs gesetzt, und wenn es auch bis dahin nominell nicht aufgehoben wurde, so ist seine Aufhebung doch jeden Augenblick zu erwarten. Ein ehrlicher Deutscher schämt sich auch heute direkt dieses Gesetzes. Anders verhält sich allerdings die Mehrheit des preußischen Abgeordnetenhauses zum Sprachenparagraphen. Da aber diese Angelegenheit nicht zur Zuständigkeit des preußischen Abgeordnetenhauses gehört, so erwiesen sich die Einflüsse des preußischen Hatzismus als unzureichend, um die Aufhebung dieses Ausnahmegesetzes zu verhindern. Der deutsche Reichstag zog nämlich, nachdem er sich von dem politischen Fieber, in das er durch die unglückselige Politik des Fürsten Bülow versetzt worden war, befreit hatte, diese Angelegenheit bereits in Erwägung, und er beschloß aus eigener Initiative die Aufhebung dieses Mankorbparagraphen. Aber die Regierung widersetzte sich immer noch einer solchen Aufhebung. So brachte sie noch im vorigen Jahre, als sie es für nötig hielt, die Sympathien der deutschen Arbeiter — oder jagens wir offen — der Sozialisten für sich zu gewinnen, im Reichstage einen Gesetzentwurf betreffend die Ergänzung des Vereinsgesetzes ein. Man verlangte bei dieser Gelegenheit von ihr, daß sie sich auch mit der Aufhebung des Sprachenparagraphen einverstanden erklären solle. Die Mehrheit des Reichstages war nämlich dafür, aber die Regierung erklärte damals durch ihren Vertreter, daß sie das ganze Projekt zurückziehen werde, falls der Reichstag die Annahme der von ihr projektierten Änderung des Vereinsgesetzes von der Aufhebung des Sprachenparagraphen abhängig machen sollte. Die Mehrheit des Reichstages fügte sich denn auch, obwohl sie bereit war, den Sprachenparagraphen aufzuheben, diesem Wunsche der Regierung und begnügte sich mit einer Resolution, daß sie die Aufhebung des Sprachenparagraphen verlange.

Man muß offen gestehen, daß das eine Ungeschicklichkeit von seiten der Regierung war, denn die Aufhebung dieses Paragraphen, durch den der polnischen Bevölkerung Unrecht zugefügt wurde, hätte sicherlich eine ganz gute Wirkung gehabt. Die polnische Bevölkerung konnte nämlich nicht verstehen, warum die Regierung die angekündigte Neuorientierung ihr gegenüber bis auf die Zeit nach dem Kriege verschob, während sie diesen Grundsatz den Sozialisten gegenüber nicht befolgte. Das ist aber nun einmal geschehen. Heute begrüßen wir mit Genugtuung die Nachricht, daß die maßgebenden Regierungskreise von ihrem Grundsatz endlich zurückgetreten sind und den

ersten Schritt auf dem Wege zur Aufhebung der antipolnischen Gesetze tun. Wir wollen auch hoffen, daß in die Fußtapfen der Reichsregierung bald die preussische Regierung treten wird, die in der Sprachenfrage ein erhebliches Konto zu begleichen hat. Vor allem erwarten wir, daß diese Regierung bald mit der Reform des Schulwesens beginnen wird, auf dem unsere Jugend ihrer Muttersprache beraubt wurde. Wir wollen hoffen, daß in den maßgebenden Kreisen das Verständnis auch für diese Lebensfrage des polnischen Volkes endlich reifen und das Naturrecht unserer Bevölkerung die ihm gebührende Berücksichtigung finden wird.

Aus Nr. 90 des Kraj (Lissa i. P.)
vom 21. April 1917.

Die Neuorientierung. Die Aufhebung des Jesuitengesetzes und des Sprachenparagraphen.

Der Gerechtigkeit ist Genüge geschehen.

Es wurden zwei Ausnahmegeetze aufgehoben, die uns Katholiken und Polen sehr viel angingen und deren Aufhebung wir Jahre hindurch ständig, aber vergeblich angestrebt haben. Der Krieg hat uns endlich die Verwirklichung unserer Wünsche gebracht.

Es war zwar nicht der Krieg allein, aber jedenfalls der Krieg mit seinen politischen Erscheinungen, aus denen sich die maßgebenden Kreise von unserer Loyalität und unserer Opferwilligkeit, von unserer gemeinsamen Arbeit mit dem deutschen Volke und somit auch von der Grundlosigkeit jener Vorwürfe überzeugen konnten, welche uns von der uns feindlichen, voreingenommenen und schlecht informierten Seite her stets gemacht wurden.

Wir sehen jetzt schon den Anfang der Neuorientierung in der Gestalt der ersten gesetzmäßigen Verordnung. Nach 45 Jahren der Knechtschaft sind endlich die Fesseln von den Jesuiten und anderen Orden gefallen, die bis dahin aus Deutschland verbannt waren.

Wir empfinden darüber eine lebhaftere Freude — zusammen mit den deutschen Katholiken, deren parlamentarische Vertretung, das Zentrum, stets zum Schutze der katholischen und polnischen Bevölkerung aufzutreten bereit war und mit uns zusammen die Mißgunst und sogar den Haß unserer unveröhnlichen Gegner zu ertragen hatte.

Aufgehoben wurde ebenso ein antipolnisches Gesetz, der Sprachenparagraph. Der Maulkorb wurde uns jetzt vom Munde abgenommen. Es drohen uns keine Verbote mehr beim Gebrauch der polnischen Sprache in den öffentlichen Versammlungen, keine Hindernisse in unseren Vereinsitzungen, Organisationen usw.

An demselben Tage, nämlich am 19. April, gewann vor 9 Jahren Gesetzeskraft jener unglückselige § 12 des Vereinsgesetzes, durch welchen der Gebrauch der polnischen Sprache in den öffentlichen (Volks-) Versammlungen auf die Dauer von 20 Jahren eingeschränkt wurde. Nach Ablauf von weiteren 11 Jahren hätten die Polen im deutschen Reiche überhaupt keine öffentlichen Versammlungen mehr abhalten dürfen.

Jetzt hat also dieser § 12 seine bindende Kraft verloren, — und wir wollen hoffen, daß er nie mehr wiederkehren wird. Die polnische Bevölkerung wird jedenfalls keinen Anlaß zu ihrer Verfolgung geben. . .

Eine Einleitung zu der jetzt begonnenen Durchführung der Neuorientierung bildete die geschichtlich denkwürdige Rede des ehrwürdigen Nestors unseres Volkes, des Fürsten Ferdinand Radziwill, die am 28. März 1917 im Herrenhause gehalten wurde und der die bedeutungsvolle Rede des Fürsten im Reichs-

tage am 2. März 1917 vorangegangen war. Das ganze Werk war somit sein Verdienst und zugleich das Verdienst jener Politiker, welche seit Aufbeginn des Krieges an einer Änderung der antipolnischen Politik opferwillig und unermüdlich arbeiteten, wobei sie mit den größten Schwierigkeiten selbst von jener Seite her zu kämpfen hatten, wo man solche Schwierigkeiten hätte garnicht erwarten sollen. Zu jenen Männern, die sich um die Sache Polens in einer so hervorragenden Weise verdient gemacht haben, gehört in erster Linie der Fürst Kaver Drucki-Lubecki. Die Geschichte wird alle diese Namen in das goldene Buch der um das polnische Volk wohlverdienten Männer eintragen.

Die polnische Volksgemeinschaft wird aber die Nachricht von der Aufhebung der Ausnahmegeetze mit lebhafter Genugtuung und mit Dank gegen alle diejenigen begrüßen, deren Bemühungen diese Aufhebung vor allem zu verdanken ist.

Ebenso wird diese Nachricht einen lauten und deutlichen Wiederhall im Königreich Polen finden, das in ihr die Verwirklichung und die Bestätigung der aufrichtigen und ehrlichen Absichten seines Nachbarn erblickt wird, mit dem es durch einen festen Bund vereinigt ist.

Selbstverständlich werden sich auch die Polen in Galizien und sonst überall darüber freuen, daß uns jetzt Gerechtigkeit widerfahren ist, und diese Freude wird auch von den Slaven in der österreichisch-ungarischen Monarchie sowie auf dem Balkan, und nicht zuletzt auch von den Bulgaren, den Verbündeten der Mittelmächte, lebhaft empfunden werden. Die Folgen dieser Änderung der antipolnischen Politik werden also die besten und für beide Teile recht erwünscht sein.

Aus Nr. 165 der Gazeta Narodowa (Posen)
vom 22. April 1917.

Stimmen der polnischen Presse über die Aufhebung der Ausnahmegeetze.

Die Aufhebung des Sprachenparagraphen hat in der ganzen polnischen Presse einen lebhaften Widerhall gefunden. Als wir selbst gestern in der „Gazeta Narodowa“ über diese Aufhebung berichteten, schrieben wir: „Wir begrüßen mit Genugtuung die Nachricht, daß die maßgebenden Regierungskreise endlich den ersten Schritt auf dem Wege zur Aufhebung der antipolnischen Gesetze tun“. In demselben Sinne äußert sich ganz spontan auch fast die ganze polnische Presse.

Der „Dziennik Poznański“ machte in seinen kurzen Betrachtungen über diese Frage folgende Bemerkung: „Erst gestern jedoch zog der Bundesrat aus diesen (Reichstags-)Beschlüssen die entsprechenden Schlüsse und stimmte der Aufhebung dieses höchst ungerechten Ausnahmegesetzes zu“.

Sehr sympathisch und zutreffend schilderte die gegenwärtige Lage der „Postemp“, das Organ der alten Volkspartei. Er schreibt:

„Der „Ostmarkenverein“ hat jetzt eine Antwort erhalten, die er sicher nicht erwartet hätte, die er aber schon seit langer Zeit verdiente. Denn unmittelbar nach der Veröffentlichung seines Protestes erfolgt die Aufhebung der gegen die Polen gerichteten Ausnahmegeetze. — Die Aufhebung des Sprachenparagraphen vollzieht zwar die Reichsregierung oder vielmehr der Bundesrat, der den Beschluß des Reichstages nur zu bestätigen braucht. Aber man darf nicht vergessen, daß im Bundesrat die Stimmen der Vertreter der preussischen Regierung entscheidend sind. Das beweist, daß auch diese Regierung jetzt schon tatsächlich an die Beseitigung der Ausnahmegeetze herantritt. Der Reichskanzler hat somit das den Polen gegebene Versprechen gehalten — trotz des Widerstandes der Haka-

tisten, dieser angeblich besten deutschen Patrioten, die nach einem kurzen Schweigen im Anfange des Krieges den Burgfrieden brachen und, je näher die versprochene Aufhebung der Ausnahmegeetze heranrückte, desto leidenschaftlicher dagegen protestierten, indem sie noch im letzten Augenblick die öffentliche Meinung in dem „bedrohten“ Deutschland in Aufregung zu bringen suchten.“

Der „Postemp“ bespricht weiter noch die Folgen des bis dahin bestehenden und jetzt schon aufgehobenen Sprachenparagraphen und schließt seine Ausführungen mit folgenden Worten:

„Solche „Kuriositäten“ werden jetzt für das polnische Volk, an dem man diese keineswegs erfreulichen Experimente machte, ein für alle Male aufhören, und auf diese Weise wird auch eine der wichtigsten Ursachen der Aufregung und Unzufriedenheit der polnischen Bevölkerung wegfallen. Bei dieser Bevölkerung, welche die Erfahrungen der letzten Jahre nicht vergessen konnte, stieg nämlich das Mißtrauen sogar zum guten Willen der Regierung in dem Maße, als es auf die Realisierung der Erklärung des Kaisers, daß er keine Parteien mehr kenne, und auf den Anfang der vom Reichskanzler angekündigten Neuorientierung, die ihr die Gleichberechtigung bringen sollte, warten mußte. Heute hat sie zum Mißtrauen keine Ursache mehr; sie wird auch für die begonnene Realisierung des angekündigten Werkes dankbar sein, und ihr Vertrauen zur Regierung wird um so mehr wachsen, je weniger sie sich im Verhältnis zu den deutschen Mitbürgern benachteiligt fühlen wird.“

So weit die Ausführungen des „Postemp“. Es freut uns, daß ein Organ, welches so sehr in den weiten Volksschichten verbreitet ist, so nüchtern die gegenwärtige Lage beurteilt. Auch wir sind nämlich davon überzeugt, daß die Regierung jetzt auf das Vertrauen und den Dank der polnischen Bevölkerung rechnen darf. Denn diese Regierung hat durch den Beschluß des Bundesrats schon bewiesen, daß sie tatsächlich mit den Ausnahmegeetzen aufzuräumen gewillt ist.

Unter dem Vorbehalt, daß die Regierung auf diesem Wege bis ans Ende verharren werde, drückt auch der „Kurjer Poznański“ seine Genugtuung über die Aufhebung des Sprachenparagraphen aus, indem er schreibt: „Wenn man diesen Akt für den ersten Schritt zur Aufhebung aller Ausnahmegeetze und zur Gleichberechtigung der Polen halten soll, so kann er von dem polnischen Volke als der Ausdruck der geschichtlichen Gerechtigkeit mit Genugtuung begrüßt werden.“

Auch wir wünschen es, daß alle antipolnischen Geetze aufgehoben werden. Diesen Wunsch haben wir schon in der ersten Nummer der „Gazeta Narodowa“ in unserem Artikel „Um die Ausnahmegeetze“ und sonst auch bei jeder anderen entsprechenden Gelegenheit zum Ausdruck gebracht. So schrieben wir aus Anlaß der Rede des Abgeordneten von Kardorff im Abgeordnetenhaus: „Der Abgeordnete von Kardorff hat sich jetzt also für die Aufhebung des Enteignungsgeetzes, des § 13 der Ansiedlungsnovelle und für die Einführung des polnischen Religionsunterrichts erklärt. Das ist allerdings nicht viel für uns, die wir auf einem offenen und legalen Wege die vollständige nationale Gleichberechtigung der Polen und die weitgehendsten Freiheiten in staatlicher Hinsicht anstreben.“ In gleicher Weise betonten wir auch später bei jeder Gelegenheit, daß von Gleichberechtigung erst dann die Rede sein könnte, wenn schon alle Ausnahmegeetze aufgehoben sein würden.

Eins der Posener nationaldemokratischen Blätter bemerkte vor einigen Tagen, daß eine Änderung der Polenpolitik nur durch die Gewalt der Ereignisse

erzwungen worden sei, ohne daß wir etwas dazu beigetragen hätten. Dieser Überzeugung gibt auch der „Kurjer Poznański“ Ausdruck, wenn er schreibt: „Formell steht die Aufhebung des empfindlichen Ausnahmegeetzes durch den Bundesrat mit jener Sitzung des preußischen Herrenhauses vom 28. März im Zusammenhange, in der das Auftreten des Fürsten Radziwiłł und die unmittelbar darauf folgende Rede des Fürsten Hatzfeld dem Minister von Breitenbach zu der namens der Regierung abgegebenen Erklärung Anlaß gab“. — „Wer sich aber Rechenschaft über die politische Lage ablegt und sich jenes Spiels der Kräfte bewußt ist, das sich jetzt auf dem Boden der polnisch-preußischen Beziehungen vollzieht, der wird die Motive der Regierung sachgemäß beurteilen und einsehen, daß der Widerspruch zwischen der äußeren Politik, wie sie im Königreich Polen geführt wird, und der inneren Politik den Polen gegenüber, die sich auf Ausnahmegeetze stützt, auf längere Zeit nicht zu halten war.“ Also wiederum: „die Gewalt der Ereignisse“ — ohne unser Zutun! Glaubt denn der „Kurjer Poznański“ wirklich auch selbst daran? Sicherlich nicht, denn er stößt seine Hypothese: „Ruhig sitzen, nichts tun“, die er während der ganzen Dauer des Krieges hartnäckig verkündigte, durch seine letzte Behauptung um, wo er sagt, daß man „die Haltung unserer Fraktionen als dasjenige Moment der gegenwärtigen Tätigkeit unserer Vertreter ansehen muß, welches zweifellos einen mächtigen Ansporn für die Regierung in der Richtung der ersten Schritte zur „Neuorientierung“ bilde.“

Der „Kurjer Poznański“ gesteht hier also selbst zu, daß es eines „Ansporns“ doch tatsächlich bedurfte; wir unterscheiden uns somit nur in der Wahl der geeigneten Mittel. Den Anhängern der national-demokratischen Partei gefiel allerdings das Auftreten der Abgeordneten Styczynski und Korsanty, obwohl jeder „irgendwie politisch denkende Mensch“ es wissen mußte, daß die Abgeordneten als Politiker nicht danach trachten sollen, möglichst viel unangenehme Dinge zu sagen, sondern daß sie im Gegenteil ihrem Gegner goldene Brücken zur Versöhnung bauen sollen, um dadurch für ihr Volk möglichst viel reale Erleichterungen und Vorteile zu erreichen. Daran dachte aber der Fürst Radziwiłł, dessen bedächtiges Auftreten im Herrenhause der „Kurjer Poznański“ eine „Durchkreuzung der Politik der polnischen Fraktionen“ nannte.

Wir wollen jedoch hoffen, daß auch der „Kurjer“ seine Ansicht noch ändern wird. Vor noch nicht langer Zeit protestierte ja auch sein früherer Chefredakteur und Führer der Posener Nationaldemokratie, Herr Marian Seyda, der sich jetzt in der Schweiz aufhält, gegen den Akt vom 5. November, durch den die Unabhängigkeit Polens proklamiert wurde. Und in Nr. 84 vom 14. d. Mts. gab auch doch schon der „Kurjer“ selbst zu, daß „die Klugheit der deutschen Politik vom 5. November hauptsächlich darin bestanden habe, daß ein Akt verkündet wurde, der die Entwicklung der polnischen Frage als internationale Frage im vollen Sinne des Wortes berücksichtigte“. So wollen wir denn auch hoffen, daß der „Kurjer Poznański“ ebenfalls in der Frage der erfolgreichen Bemühungen um die Aufhebung der Ausnahmegeetze seine Ansichten noch ändern wird. Heute, wo er sich in einer leidenschaftlichen Erregung darüber befindet, daß er sich schon am Ende seiner eigenen politischen Methoden sieht, sucht er allerdings die Verdienste des Fürsten Radziwiłł in dieser Hinsicht zu leugnen, obwohl er wissen mußte, daß das Auftreten des Abgeordneten Korsanty die Aufhebung der Ausnahmegeetze sogar um einige Monate verzögert hat.

Aber der Streit um die Verdienste soll heute die allgemeine Zufriedenheit nicht trüben; wir wollen uns vielmehr alle darüber freuen, daß mit der Aufhebung der Ausnahmegeetze endlich der Anfang doch gemacht

wurde. Auch der „Kurjer“ Poznański“ gibt ja dieser Freude Ausdruck, wenn er schreibt:

„Die Aufhebung des Sprachenparagraphen kann von der polnischen Volksgemeinschaft als der Ausdruck der geschichtlichen Gerechtigkeit mit Genugtuung begrüßt werden“.

Aus Nr. 91 des Wielkopolanin (Posen)
vom 22. April 1917.

Die polnische Volksgemeinschaft wird den Beschluß des Bundesrats zweifellos mit Befriedigung begrüßen. Die polnische Reichstagsfraktion hat bekanntlich in letzter Zeit durch ihre Vertreter, die Abgeordneten Korfanty und v. Trompczynski, die Aufhebung des Sprachenparagraphen sowie auch der übrigen antipolnischen Gesetze entschieden gefordert. Die Regierung hat gegenwärtig diese Forderungen berücksichtigt. Wenn die polnische Volksgemeinschaft den Beschluß der Regierung befriedigt aufnimmt, so kann sie ebensowenig den Verdiensten der polnischen Fraktion die Anerkennung versagen, da die Fraktion auch in dieser Hinsicht ihre Pflicht an der Volksgemeinschaft erfüllt hat.

Aus Nr. 90 des Dziennik Kujawski (Hohensalza)
vom 21. April 1917.

Die Aufhebung zweier Ausnahmegesetze.

Der Bundesrat hat in seiner heutigen Sitzung die Beschlüsse des Reichstages, betreffend die Aufhebung des Jesuitengesetzes und des Vereinsgesetzes, genehmigt.

So lautet der Inhalt eines Telegramms, das unzweifelhaft eine wichtige Bedeutung hat. Für uns ist dieses Telegramm aus einem zweifachen Grunde wichtig. Denn einerseits betrifft es den katholischen und andererseits den nationalen Charakter unseres Lebens.

Das gegen die Jesuiten gerichtete Gesetz ist eins der Überbleibsel, das die Katholiken Deutschlands lebhaft als eine offenbare Zurücksetzung aus den Zeiten des sogenannten Kulturkampfes empfinden mußten. Diese Zurücksetzung ist fortgefallen, und auf dem Wege der Gleichberechtigung der Katholiken ist ein bedeutender Schritt nach vorwärts getan. Wenn wir aber glauben wollten, daß mit der Aufhebung dieses Gesetzes für die Katholiken alle Beschränkungen gefallen seien, so muß festgestellt werden, daß es noch viele Einschränkungen gibt, insbesondere in unseren polnischen Gegenden. Die Erteilung des Religionsunterrichts an die polnische Jugend in der Schule in deutscher Sprache ist eine Schädigung in nationaler und religiöser Beziehung, denn die Verbringung der Lehre von Gott und der Tugend den Kindern in einer Sprache, welche nicht ihre Muttersprache ist, widerspricht direkt den Grundsätzen der katholischen Kirche. Und gleichmäßig mit dieser Zurücksetzung schreitet eine zweite, die unserer Geistlichkeit die Ausübung der Schulpflege vorenthält.

Wenn wir das Moment der noch bestehenden Beschränkungen unterstreichen, so sind wir doch weit davon entfernt, damit die Bedeutung des gestrigen Beschlusses abzuschwächen. Andererseits haben wir aber auch keinen Grund, ihn zu überschätzen, weil er nur ein Akt der Gerechtigkeit gegenüber dem den Katholiken zugesügten Unrecht ist. Ebenso wie der Kulturkampf einem der katholischen Kirche zugeworfenen Fehlbearbeitungs gleichkam, so sind die in seinem Geiste erlassenen Gesetze eine Beleidigung der katholischen Gefühle. Wie bekannt, endete der Kulturkampf mit der Niederlage seines Anstifters Bismarck. Heute fällt eine seiner grellsten Spuren.

Oben haben wir die Bedeutung jenes Gesetzes im Verhältnis zu den Katholiken charakterisiert. Dasselbe

war aber auch für Andersgläubige das Merkmal einer Beleidigung, weil in einem Staate, in dem Gleichheit für alle bestehen sollte, für diejenigen Bürger Ausnahmegesetze bestanden, die Jesuiten waren oder werden wollten.

Deshalb sehen wir auch, daß im Laufe der Zeit außer den Katholiken im Reichstage auch Vertreter der Nichtkatholiken zum Schutze der Freiheit der Religion eintraten, für welche die Verfassung nicht ein toter Buchstabe des Gesetzes, sondern ein verpflichtender Inhalt war.

Seit dem Jahre 1893 hat der Reichstag die Aufhebung dieses Gesetzes neunmal beschlossen. Für die Staatsbehörde war aber der Krieg und dessen Einfluß notwendig, daß diese schließlich dem Beschlusse des Reichstages beitrug.

Der Sprachenparagraph war nicht so lange „Gesetz“. Es ist uns wohl noch allen in lebhafter Erinnerung, wie dieser Paragraph im Mai 1908 auf dem Boden des neuen „liberaleren“ Gesetzes über das Vereinsleben mit seiner Verpflichtung einsetzte. Wir wissen heute noch, welche Kämpfe unsere Reichstagsfraktion gegen dieses Gesetz führte. Denkwürdig ist auch die große Posener Protestversammlung, die folgende Resolution faßte:

„In dem Bewußtsein, daß der Sprachenparagraph in dem Vereinsgesetze das nationale Leben verlegt und breite Volksmassen zu einer nationalen Mühsamkeit, zur nationalen Pflichterfüllung und zur nationalen Arbeit erweckt, erklären wir:

Unser nationales Interesse gebietet uns, daß wir die Arbeit der Aufklärung unter dem Volke erweitern und vertiefen. Da, wo die bisherige Form dieser Wirksamkeit, vor allen Dingen die Versammlungen durch den Sprachenparagraphen unmöglich gemacht werden, müssen diese durch neue Formen ersetzt werden, insbesondere durch eine energische, elastische, auf breiter Grundlage gestützte Agitation von Mund zu Mund.“

Wir wollen uns heute auf ein Urteil darüber nicht einlassen, inwieweit wir während der ganzen Zeit bis zum heutigen Tage die damals für uns festgestellte Pflicht erfüllt haben. So viel ist aber sicher, daß der verstorbene Roman Ezymski recht hatte, als er bei der Eröffnung jener Versammlung angesichts der neuen Gesetze (außer dem Sprachenparagraphen war damals auch noch das Enteignungsgesetz beschlossen worden) ausrief:

„Man will die Grundlagen unseres moralischen und wirtschaftlichen Daseins erschüttern, bedenkt aber nicht, daß über das Leben und die Entwicklung der Volksgesamtheit noch eine andere Gesetzgebung zu bestimmen hat, — nämlich die göttliche.“

Die Polen, gegen die dieser Paragraph hauptsächlich gerichtet war, haben nicht aufgehört, gegen ihn zu protestieren und um dessen Aufhebung zu kämpfen. Der Reichstag hat die Aufhebung dieses Paragraphen dreimal beschlossen, weil er sich inzwischen auf Grund des herbeigeschafften Materials, zu dem auch unsere Abgeordneten beigetragen haben, überzeugt hatte, daß er nicht bloß wegen seiner täglichen Anwendung, sondern auch wegen seines grundsätzlichen Verhältnisses zu der Reichsverfassung ein großes Unrecht geschaffen hat.

Schließlich hat die Regierung auch hier unter dem Einflusse des Verlaufes der Kriegereignisse die Beseitigung dieses Paragraphen beschlossen, der jetzt im Verhältnis zu den Polen um so greller hervortrat, als dieselbe Regierung jenseits der Reichsgrenzen durch das Manifest vom 5. November das Königreich Polen erneuerte.

Und wenn heute die die Freiheit der Polen im Deutschen Reiche einschränkende Fesseln fallen, wollen wir bedenken, daß das nichts mehr als eine Wiederherstellung des Zustandes ist, auf den wir als Bürger des Deutschen Reiches, die ihre Pflichten stets gewissenhaft erfüllen, ein volles Recht haben. Vielleicht werden uns

die Freunde des „Ostmarkenvereins“ wieder den Vorwurf machen, daß wir dafür auch nicht ein Wort des Dankes zu finden vermögen. Deshalb müssen wir vornweg feststellen, daß wir in der Beseitigung der Sprachbremse unzweifelhaft den guten Willen der Regierung erblicken, daß aber für Gefühle der Dankbarkeit für uns keine Veranlassung besteht, wenn uns die nach Recht und Billigkeit zustehenden Rechte wiedergegeben werden.

Aus Nr. 90 des Dziennik Berliński (Berlin)
vom 21. April 1917.

Die erste Breishe in der Ausnahmegegesetzgebung gegen die Polen.

Die Aufhebung des Sprachenparagraphen.

Der Bundesrat hat in seiner gestrigen Sitzung den Beschluß des Reichstages vom 19. Februar 1913, der auch den letzten Rest des Jesuitengesetzes, namentlich den § 1 des Gesetzes vom 4. Juli 1875 beseitigt, genehmigt.

Ferner hat der Bundesrat beschlossen, auch den § 12 des Vereinsgesetzes vom 19. April 1908, den sogenannten Sprachenparagraphen, aufzuheben, welcher vorschrieb, daß die Redner in allen öffentlichen Versammlungen sich der deutschen Sprache zu bedienen hätten, mit Ausnahme der sozialen Kongresse, der Wahlversammlungen und eines gewissen Teiles des Landes mit gemischter Bevölkerung, für welche die Landesgesetzgebung Ausnahmen gestatten durfte.

Das „Berliner Tageblatt“ berichtet über diesen Beschluß und gibt ihm die charakteristische, zutreffende Überschrift: „Der erste Vorschuß“.

Als etwas mehr kann man die Aufhebung des Sprachenparagraphen, der unter dem polnischen Volke unter der verhassten Bezeichnung „Maulkorb-Paragraf“ bekannt war, auch nicht betrachten, denn das ist die Beseitigung des ersten Gliedes einer langen Kette von Ausnahme-Gesetzen und Bestimmungen, die unsere nationale und persönliche Individualität beschränken und uns zu Bürgern zweiter Klasse erniedrigen.

Der Vorschriften, Anordnungen und der mit denselben verbundenen Gebräuche der untergeordneten übereifrigen Behörden gibt es Millionen, von denen wir nur einige drastische Vorfälle erwähnen, die noch jetzt während des Krieges vorgekommen sind:

Das Auseinanderreißen von Frauen durch einen Gendarm, weil sie vor einer Heiligenfigur um die glückliche Rückkehr ihrer Ehemänner aus dem Kriege polnisch beteten, die Nichterteilung der Genehmigung zur Eröffnung einer Kleinkinderbewahranstalt in Szymborsze, wobei Mütter in Frage kamen, welche den ganzen Tag über in einem Nachbardorfe im Interesse der Kriegswirtschaft Feldarbeiten verrichten mußten, die Forderung der Regierung in Bromberg, daß der Geistliche während der Schulmesse in der Kirche Gebete in deutscher Sprache verrichte, die Nichterteilung der Genehmigung, daß den Schulkindern der Unterstufe der Religionsunterricht in der Muttersprache erteilt werde, die erlassene Verordnung, daß der „Dziennik Kujawski“ nicht schreiben dürfe, daß er in Inowrazlaw erscheine, sondern in Hohenstolz, der dem Soldaten Tyrafowski in Ocierz erteilte Becheid, daß man ihn von seinem kurz vor dem Kriege von einem Deutschen erworbenen Grundstücke augenblicklich nicht verdrängen werde, ihm aber nach dem Kriege eine entsprechende Frist gewährt werde, das Grundstück aus freier Hand verkaufen zu können, zahlreiche Schwierigkeiten seitens der Standesbeamten bei der Eintragung der polnisch klingenden Namen von Kindern und die Verweigerung der Eintragung der Namen der Mütter mit der Endsilbe ska, deren Männer Namen mit der Endsilbe ski führen.

Das ist nur eine kleine Gabe zur Illustration der Praxis der Unterbehörden während der Kriegszeit, die sich auf die Ausnahmegegesetzgebung stützten und es ihre polnischen Mitbürger bei jedem Schritte fühlen ließen, daß der Pole von der Gleichberechtigung ausgeschlossen sei und nur zu hören und zu schweigen habe. Im allgemeinen muß bemerkt werden, daß seit Beginn des Krieges der Kurs der antipolnischen Politik bedeutend milder geworden ist, daß sich viele Ausnahmebestimmungen in der Schwebe befinden, daß zahlreiche Beamte, denen die Politik der Nadelstiche unwürdig und unangemessen erscheint, sich infolge der seitens der höheren Behörde erlassenen Verhaltensmaßregeln seit dem Beginn des Krieges etwas wohlwollender gezeigt und daß auch verschiedene Ausnahmebestimmungen zurückgenommen worden sind.

Wenn aber nicht alles beseitigt und verbessert wurde, wenn trotz des milderen Stromes von oben und trotz der milderen Anwendung der allerschlimmsten und allerlästigsten antipolnischen Bestimmungen für die Dauer des Krieges gegenwärtig noch so viel die Gefühle der polnischen Bürger verletzende Dinge geschehen, so kann man sich denken, wie stark verzweigt, verschiedenartig und dicht das Netz der Gesetze und Bestimmungen war, auf deren Grundlage sich eine antipolnische Praxis Jahre lang entwickelt und breit gemacht hat — in der Schule, in der Privatwohnung, auf der Straße und in der Kirche. Es ist das ein Netz, in dem der gestrige Beschluß des Bundesrates erst einen Knoten gelöst hat, der zwar sehr grell hervortrat, aber für die Polen noch nicht der allergefährlichste und allerschmerzhafteste war. Wir dürfen es heute dreist sagen, daß diese Art von Gesetzen, wie der Sprachenparagraph, das Enteignungsgesetz und das Ansiedlungsgesetz, die individuelle Freiheit belästigte und fesselte. Andererseits aber haben diese Gesetze auch dazu beigetragen, die Unterschiede in den breiten Massen der indifferenten Leute zum Bewußtsein zu bringen, welche die Gesetzgebung und die antipolnische Praxis zwischen den deutschen und polnischen Bürgern geschaffen haben. Solche „stummen Versammlungen“ und der „Wagen des Drzymala“ waren grelle Illustrationen dieser Vorschriften.

Das polnische Leben haben diese Gesetze aber nicht eingedämmt. Dank des Sprachenparagraphen hat sich das polnische Leben in der Stille der Vereine und der polnischen Verbände verborgen, so daß wir nur diesem Paragraphen die riesenhafte Entwicklung und die Blüte unserer polnischen Vereine und Organisation zu verdanken haben, und zwar besonders hier in der Fremde, wo jener Paragraph die Veranstaltung öffentlicher Zusammenkünfte und Versammlungen nicht gestattete.

Deshalb können wir die Aufhebung dieses Gesetzes als ein Symptom, als den Anfang der Übertragung der uns seitens der verantwortlichen Staatsmänner gegebenen Versprechungen in die Tat betrachten.

Noch vor einem Jahre lehnte es der Vertreter des Reichskanzlers trotz der kräftigsten Forderungen der polnischen Gegner, welche auf die Vernunftwidrigkeit und die Ungerechtigkeit dieses Paragraphen hinwiesen, grundsätzlich ab, den Wünschen der Polen zu entsprechen und drohte sogar, daß er lieber die ganze Novelle zum Vereinsgesetz zurückziehen würde, welche die Fesseln der Vereinsverbände lösen sollte, als den Sprachenparagraph aufzuheben. Und die Regierung ist noch damals trotz der ausdrücklichen öffentlichen Meinung und des Beschlusses der riesenhaften Reichstagsmehrheit auf ihrem Standpunkte verblieben.

Wenn sie schon heute nach Ablauf eines Jahres ihre Ansicht geändert hat und schon jetzt während des Krieges diesen Paragraphen aufhebt, den sie noch vor einem Jahre nicht fallen lassen wollte, selbst wenn es dieserhalb zu einem Konflikt mit dem Reichstage

kommen sollte, muß man annehmen, daß in den Anschauungen der leitenden Kreise der Regierung in dieser Beziehung eine grundsätzliche Änderung eingetreten ist und daß diesem „ersten Vorschusse“, wie ihn das „Berliner Tageblatt“ nennt, in Kürze weitere Abzahlungen folgen werden, durch welche uns Polen die Schulden mit Zinsen wiedererstattet werden, welche die Regierung uns gegenüber durch ihre Politik der Ungleichheit und Zurücksetzung gemacht hat, durch eine Politik, die keine hinreichende Begründung hatte, sondern nur durch die Intrigen und Heterereien der Haktisten hervorgerufen wurde, die in den Kreisen des Rassenhasses und der Verfolgung und Vertilgung der Polen heute noch das Ziel ihres Strebens und ihrer Daseinsberechtigung erblicken.

Anstatt ein gesundes und edles Zusammenleben zweier nebeneinander lebenden Kulturrassen zu pflegen, anstatt die Mitarbeit an dem Wohle des Landes und an der Entwicklung der Mitbürger zu fördern, hat man künstlich eine ungesunde Atmosphäre des Rassenhasses geschaffen und genährt und einen Kampf entwickelt, der anstatt zu bauen zerstört und anstatt zu stärken das Staatsgebäude geschwächt hat.

Jetzt hoffen wir aber, daß die Regierung die Schädlichkeit dieser Methode erkannt hat und mit der Aufhebung des Sprachengesetzes einen Weg beschreiten wird, der einzig und allein rationell ist und den Interessen des polnischen Volkes, des deutschen Volkes und des Staates dienlich sein wird.

Aus Nr. 91 des Kurjer Śląski (Gleiwitz)
vom 22. April 1917.

Die Aufhebung zweier Ausnahmegeetze.

Aus Berlin sind uns zwei erfreuliche Neuigkeiten zugegangen. Die erste lautet:

Der Bundesrat hat in der Sitzung vom 19. April 1917 den Beschluß des Reichstages, welcher das Gesetz gegen den Jesuitenorden vom 4. Juli 1872 aufhebt, genehmigt.

Der zweite, in derselben Sitzung des Bundesrates von diesem gefaßte Beschluß hebt den § 12 des Reichs-Vereinsgesetzes vom 19. April 1908, den sogenannten Sprachenparagraphen, der bis dahin die Freiheit des Gebrauches der Muttersprache in öffentlichen Versammlungen, also auch den der polnischen Sprache, einschränkte, auf.

Unsere Volksgeamtheit wird beide Mitteilungen mit wirklicher Freude entgegennehmen, weil sie dafür sprechen, daß die deutsche Regierung aus eigenem Willen, ohne Rücksicht auf andere im Sinne der gegebenen Versprechung an die Beseitigung der Ausnahmegeetze herantreten ist, die sich dem polnisch-katholischen Volke bisher stark fühlbar gemacht haben.

Voll Dankbarkeit gegen die Regierung begrüßen wir den für uns aufgehenden Morgenstern der Freiheit in der zuversichtlichen Hoffnung, daß in nicht zu langer Zeit auch der Rest der Ausnahmegeetze aufgehoben wird.

Aus Nr. 49 der Gazeta Gdańska (Danzig)
vom 24. April 1917.

Zu der Aufhebung des Gesetzes gegen die Jesuiten und des Sprachenparagraphen

bemerkt die „Gazeta Gdańska“ folgendes:

Für unsere Volksgeamtheit hat die Aufhebung des Sprachenparagraphen eine weit größere praktische Bedeutung als die Aufhebung des Jesuitengesetzes.

Wiewohl dieser Paragraph gegen alle Nationalitäten des Deutschen Reiches gerichtet war, hat er sich vor allem unserer Volksgeamtheit fühlbar gemacht. Er hat die freiheitliche Entwicklung unseres öffent-

lichen Lebens, die sich sonst in Vereinen und Versammlungen offenbarte, geknebelt. Darüber hinaus war das Verbot der Anwendung unserer Sprache in dem Lande unserer Väter die Quelle ständiger Unzufriedenheit und Erbitterung.

Aus Nr. 48 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 21. April 1917.

Die Aufhebung des Sprachen- und des Jesuitengesetzes.

So ist denn das erste Ausnahmegesetz gegen die Polen gefallen! Gefallen ist das verhaßte Gesetz, das den Polen in ihrem eigenen Lande gewaltsam den Mund schloß, das auf polnischem Boden die polnische Sprache zum Tode verurteilte.

Hier halt du, polnisches Volk, die erste reife Frucht der Politik deiner katholisch-polnischen Volkspartei und deiner „Gazeta Grudziadzka“! Denn beide dürren von sich sagen, daß der Fortfall des Sprachenparagraphen u. a. das Verdienst ihrer Politik ist.

Dem Reichskanzler Herrn von Bethmann Hollweg wird gewiß das ganze polnische Volk aufrichtige Anerkennung dafür entgegenbringen, daß er das Geschrei der Haktisten und Alldutschen nicht gescheut, sondern mit der Beseitigung des antipolnischen Reichthausens tatsächlich begonnen hat.

Ebenso wird auch das ganze katholische Volk über die Aufhebung des Jesuitengesetzes herzlich erfreut sein, eines Gesetzes, welches den verdienstvollen Orden betraf, der seine segensreiche Arbeit jetzt hoffentlich auch bald in unserem polnischen Lande beginnen wird.

Aus Nr. 91 des Wiarus Polski (Bochum)
vom 21. April 1917

„Es ist zu erhoffen, daß in kurzem Jesuitenkloster in Köln, Essen, Posen, Rattowitz, Danzig, Allenstein und anderen Orten des preußischen Staates werden erstehen können und daß wir schon während der Zeit des Krieges öffentliche polnische Vorträge wissenschaftlichen Inhalts in der Heimat und in der Fremde werden veranstalten können.“

Aus Nr. 167 der Nowa Reforma (Kraufau)
vom 11. April 1917.

Die Botschaft des Königs von Preußen.

Das Osterfest hat den preußischen Staatsangehörigen eine ungewöhnliche Festgabe gebracht: die feierliche Botschaft des Königs, in welcher Reformen angekündigt werden, die vollzogen werden sollen, sobald der Krieg sein Ende erreicht und die Soldaten aus dem Felde wieder heimkehren. Der Reichskanzler und zugleich preußische Ministerpräsident soll einen Plan der Reform ausarbeiten und dem König vorlegen. — Zu einer Zeit, weil zwei Kriege geführt werden, der eine blutige auf dem Schlachtfelde und der zweite zwar nur auf dem Papier, der aber in Wirklichkeit viel wichtiger ist, weil er über die Sympathien und Antipathien von Millionenvölkern entscheidet, zu einer Zeit, da Wilson in seiner Botschaft an das amerikanische Volk sich dem Chor der Ritter anschließt, die sich auf den Kreuzzug vorbereiten, um das deutsche Volk von der Tyrannei des preußischen Militarismus zu befreien, in einer solchen Zeit konnte auch der König von Preußen nicht länger schweigen und mußte die Autorität seiner Person auf die Wagschale der Kämpfe um die Umgestaltung des preußischen Staates werfen.

Kaiser Wilhelm II. hat während seiner Regierungszeit schon wiederholt Beweise von Tatkraft und unerschrockenem Willen gegeben, der nicht vor mehr oder minder deutlichen Drohungen zurückschreckt, sobald es offenbar wird, daß der Geist der Zeit eine ganz bestimmte Richtlinie einhält und daß es vergeblich ist, sich ihm zu widersetzen. Die Entlassung Bismarcks und die Durchführung der sozialen Gesetzgebung sind die besten Beweise dafür. Die Osterbotschaft ist die Antwort des Königs auf die Treibereien der preussischen Junker gegen Bethmann Hollweg in der Hoffnung, daß der Umfang dieser Treibereien den König beunruhigen und eine Personaländerung in der Leitung der Regierung herbeiführen wird. Der König erklärt dem Kabinettspräsidenten sein völliges Vertrauen und gibt zugleich sein königliches Wort, daß die Reformen zustandekommen werden.

Wenn es also auch sicher ist, daß die Botschaft Wilhelms II. eine politische Demonstration ist, die für das Ausland berechnet ist und den Beweis führen soll, daß die Sorgen des Auslandes um die inneren Angelegenheiten Deutschlands völlig überflüssig seien, so ist sie doch auch in der inneren Politik ein Ereignis von ungeheurer Bedeutung. Alle bisherigen Erklärungen über die Neugestaltung der inneren Verhältnisse nach dem Kriege kamen nur aus dem Munde des Reichskanzlers. Sie waren das Programm Bethmann Hollwegs, mit dem er stehen oder fallen wollte. Programme von Ministern haben jedoch bekanntlich nur insofern eine Bedeutung, als es ihren Verkündern gelingt, die Regierungsgewalt zu behalten. Versprechungen von Ministern sind Worte, die in den Wind hinausgestreut werden, dessen stärkerer Hauch jedoch den Minister selbst stürzen kann. Die Osterbotschaft König Wilhelms II., die durch den Präsidenten seiner Regierung gegengezeichnet ist, bildet einen Staatsakt, in dem die Krone feierlich zum Volke spricht. Es ist also ein Akt, der, wie die „Vossische Zeitung“ mit Recht betont, nicht nur den König bindet, sondern auch jeden Leiter der königlichen Regierung, der nach Bethmann Hollweg die Regierungsgewalt ausüben wird. Nach der preussischen Staatsverfassung ist die Krone nämlich nicht nur eine Dekoration im allgemeinen Bau des Staates, sondern einer von den drei gleichberechtigten gesetzgebenden Faktoren, von denen die Staatseinrichtungen abhängen.

Welche positiven Versprechungen enthält die Osterbotschaft?

Sie spricht von der Ermöglichung der freien Entwicklung aller sozialen Schichten durch Änderung der Staatsverfassung. Sie erkennt die Unmöglichkeit der ferneren Beibehaltung des preussischen Wahlrechts an und verspricht das allgemeine, geheime und direkte Wahlrecht. Sie spricht aus, daß das Herrenhaus, das sich um den preussischen Staat verdient gemacht hat, sich nicht nur aus Mitgliedern zusammensetzen darf, die infolge ihrer Geburt demselben angehören, sondern auch Personen in seiner Mitte haben muß, die durch die Achtung ihrer Mitbürger aus der Mitte der verschiedenartigen Berufe und sozialen Schichten für diese Stellung bestimmt werden.

Das ist der positive Inhalt des Aktes, der sich übrigens durch schöne rhetorische Wendungen auszeichnet. Auf den ersten Blick sieht man, was in dem Akte fehlt. In der Ankündigung der neuen Wahlordnung fehlt ein einziges kleines Wörtchen, nämlich das von dem gleichen Wahlrecht. Die gesamte fortschrittliche Presse unterstreicht diesen Umstand kräftig.

Eine zweite Besonderheit dieser Osterbotschaft, die in der fortschrittlichen deutschen Presse kritisiert wurde, ist die Verjaugung der angekündigten Reform in die Zeit nach dem Friedensschluß. Der König von Preußen — bemerkt die „Vossische Zeitung“ — rechnet offenbar nur noch mit wenigen Monaten. Es ist jedoch

bekannt, daß dies auch von der Gegenseite abhängt. Daher würde dies tatsächlich eine Vertagung auf unbestimmte Zeit bedeuten.

Die dritte Frage schließlich, die durch die Botschaft hervorgerufen ist, ist staatsrechtlicher Natur. Der preussische Ministerpräsident soll einen konstanten Entwurf der Verfassungsreform ausarbeiten, und dieser muß dann auf verfassungsmäßigem Wege dem Landtag vorgelegt werden. Ein solcher Gesetzentwurf ist bereits einmal, wie das „Berliner Tageblatt“ schreibt, im Landtage eingebracht worden, hat jedoch zu keinem Ergebnis geführt, da sich die Parteien darüber nicht einigen konnten. Der Landtag hat aber noch die selbe Zusammenfassung, die er damals hatte. Was wird also die Regierung anfangen, wenn sich im Landtage eine Mehrheit für die Wahlreform, wie sie den Forderungen des Volkes entspricht, nicht finden sollte? Die Parteien der Linken in Deutschland wären daher dafür, daß die Angelegenheit dem Reichstage unterbreitet würde, in welchem man mit der Annahme rechnen könnte. Mit der Verfassung Preußens und derjenigen Deutschlands läßt sich diese Forderung nicht vereinbaren.

Zuletzt stellt die deutsche Fortschrittspresse melancholisch fest, daß in der königlichen Botschaft mit keinem Worte das Verlangen nach einer parlamentarischen Regierung im Reiche und im preussischen Staate erwähnt wird, wodurch das deutsche Volk mit allen andern Kulturvölkern der Welt gleichgestellt, die Regierung aus den Händen der Berufsbureaucraten entrissen und Faktoren übergeben würde, die dem Volke gegenüber verantwortlich und sich dieser Verantwortung bewußt sind.

So ist also die Osterbotschaft König Wilhelms II. nur ein halber Akt, der die berechtigten Forderungen des deutschen Volkes nicht voll erfüllt und den weiteren politischen Kampf um ihre Verwirklichung offen läßt. Für uns Polen bildet auch das, was in der Botschaft schon enthalten ist, eine nicht geringe Errungenschaft. Mit dem Fall des Dreiklassenwahlrechts fällt im preussischen Landtage auch die Alleinherrschaft der preussischen Junker, dieser Hauptstützen der polenfeindlichen Politik. Die Erörterungen, welche die Konservativen im preussischen Landtage aus Anlaß der Verkündung des polnischen Staates hervorriefen, werden ihren Schwanengesang bilden, der in der Geschichte nicht zum besten verzeichnet bleiben wird. Eine Gefahr für das Polentum bildet in der Botschaft nur das Fehlen des kleinen Wörtchens „gleiches Wahlrecht“. Dies kann in der Zukunft eine Hintertür bilden, durch welche mit Hilfe des Pluralwahlrechts verschiedenartige Bevorzugungen der Deutschen „in den Ostmarken“ Einlaß erlangen können, durch welche „die Armen und Zurückgedrängten“ in Schutz genommen werden sollen. Die Lösung „gleiches Wahlrecht für Alle“, die durch die deutsche fortschrittliche Presse aufgestellt worden ist, ist daher zugleich auch die Lösung des Polentums.

Aus Nr. 103 des Kurjer Warszawski (Warschau)
vom 15. April 1917.

Die Wahlreform in Preußen.

Nach einer ausführlichen Darstellung des bisherigen Wahlrechts in Preußen schreibt das Blatt:

Man kann in gegenwärtigem Augenblick noch nicht beurteilen, welche Gestalt die endgültige Verwirklichung der kaiserlichen Botschaft annehmen wird. Unzweifelhaft betritt aber Preußen den Weg der Demokratisierung, und die anderen deutschen Bundesstaaten werden ihm entschieden folgen und ihre politische Physiognomie bedeutend ändern. Es ist nämlich ganz klar, daß die preussische Wahlreform nur einen Teil der Umgestaltung, der Preußen unterworfen werden wird

ausmachen und nur den Anfang der allgemeinen demokratischen Bewegung in den deutschen Staaten bilden wird. Die Reform wird nach allen Richtungen hin ihren demokratisierenden Einfluß ausstrahlen, umsomehr, als auch das Deutsche Reich sich auf Umgestaltungen vorbereitet, die seiner Regierung einen mehr parlamentarischen Charakter geben sollen. Die vor kurzem eingesetzte Kommission zur Revision der Verfassung hat die Aufgabe, die Reichsverfassung zu demokratisieren. Auf diese Weise wird das Reich auf die einzelnen Bundesstaaten einwirken und umgekehrt.

Aber damit ist die Bedeutung der angekündigten Reform nicht erschöpft. Man kann wohl annehmen, daß sie keine Opposition finden wird, die imstande wäre, ihren Fortgang zu hindern.

Die Demokratisierung Deutschlands und Preußens wird unzweifelhaft auch auf die internationalen Verhältnisse einen Einfluß ausüben. Die Hoffnung der Erlangung eines dauerhaften Friedens nach dem Kriege, der Anwendung von Grundsätzen des Rechts und der Gerechtigkeit in den internationalen Beziehungen sind, wie bereits Kant festgestellt hat, nur dann zu verwirklichen, wenn sich die Staaten nach demokratischen Grundsätzen richten. Seit der Zeit Kants ist diese Behauptung beinahe zu einer feststehenden Wahrheit des Völkerrechts geworden, und Herr Martens hält sie für einen Hauptfaktor der Entwicklung der Beziehungen zwischen den Staaten. Vom internationalen Standpunkt aus betrachtet, gewinnen die Reformen in Deutschland und Preußen eine große Bedeutung nicht nur für die fernere, sondern auch für die nächste Zukunft Europas und der ganzen Welt.

Aus Nr. 85 des Dziennik Kujawski (Hohenjalza)
vom 15. April 1917.

Polnische Angelegenheiten.

Bekanntlich hat die neue russische Regierung ein Manifest an die Polen erlassen, in dem sie die Errichtung eines aus allen drei Teilen Polens bestehenden polnischen Staates ankündigt. In der Hauptstadt Polens soll auf der Grundlage eines allgemeinen Wahlsystems zwecks näherer Bestimmung der Formen der zukünftigen polnischen Regierungseinrichtungen ein polnischer Landtag zusammentreten.

Der besondere Inhalt dieses Manifestes entzieht sich heute noch der Veröffentlichung von unserer Seite. Unsern Lesern wird er nach den polemischen Ausführungen der reichskanzlerischen „Nordd. Allg. Ztg.“, die wir schon in der Nummer 78 unseres Blattes brachten, nicht ganz fremd sein. Die Ausführungen bestätigen, daß die Polenfrage zu einer internationalen Frage herangereift ist und von der Bildfläche nicht mehr beseitigt werden kann. Augenblicklich ergreift in dieser Angelegenheit auch der Warschauer vorläufige Staatsrat das Wort und spricht sich darüber folgendermaßen aus.

(Es folgt der Wortlaut der Erklärung vom 6. d. M.)

Das ist die allgemeine Überzeugung, die durch den Lauf der Ereignisse bestätigt wird. Das haben auch, was wir hier besonders unterstreichen müssen — unsere, unter der russischen Regierung befindlichen Brüder ausgesprochen. Das Zarentum hat die polnische öffentliche Meinung von dem Ausspruche seiner Meinung nicht aufgehalten, und der geschichtliche Akt der Mittelmächte vom 5. November 1916 hat die Kraft dieser Erklärungen seitens der Polen noch vermehrt.

Nachdem das Zarentum gefallen ist und die neue Regierung ihr Programm in der Polenfrage bekannt gemacht hat, ist es selbstverständlich, daß die polnische Bewegung eine sehr lebhafte geworden ist. Um in-

dessen streng sachlich zu sein, müssen wir feststellen, daß eine vollständige Einheitlichkeit nicht herrscht. Dem Anscheine nach beruht der Hauptunterschied hier nicht so sehr auf idealen grundsätzlichen Verschiedenheiten, als darauf, daß die Polen in Rußland in solche zerfallen, die in Rußland bereits ansässig sind und dort sicherlich auch verbleiben werden, sowie in Millionen derjenigen, die infolge des Krieges nach Rußland geraten sind und sich stets nach der Rückkehr in ihre Heimat sehnen.

In den Kreisen der ersteren hat sich ein polnisches demokratisches Komitee gebildet, das einen Aufruf erlassen hat, aus dem wir einen Abschnitt folgen lassen:

„Gegenwärtig erklären wir im Einverständnis der öffentlichen Meinung des Volkes, daß wir den Abgeordneten des Königreiches Polen und dem nationalen Komitee den Namen einer nationalen Vertretung absprechen; als solche könnten wir in Rußland nur eine Vertreterschaft anerkennen, die durch die nationale Regierung beglaubigt wäre.

Da wir eine Vereinigung der polnischen Allgemeinheit innerhalb der Grenzen des russischen Staates unter der Losung der Unabhängigkeit Polens und die Gleichberechtigung der in Rußland verbliebenen Polen wünschen, vereinigen wir uns in der Organisation, die, ohne sich den Titel der Vertretung beizulegen, der Dolmetsch der Bestrebungen unseres Volkes und der Anwalt seiner Rechte auf ein unabhängiges Dasein sein und im Bereiche der Rechte derjenigen Polen, welche Bürger des russischen Staates verbleiben, mit der Demokratie Rußlands nach der Errichtung eines freien, demokratischen Organismus streben wird, der nur allein unsern Landsleuten volle bürgerliche und nationale Rechte sichern kann.“

Ohne auf eine tiefere Beurteilung dieser Ergüsse einzugehen, wollen wir nur auf deren fehlerhafte Grundlage hinweisen. Denn es gibt kaum einen größeren Fehler, als den, den gewählten nationalen Vertretern, — also in Rußland den polnischen Abgeordneten zur Duma und zum Staatsrate — das Recht der nationalen Vertretung abzuspochen. Unter solchen Umständen führt eine Organisation, welche ähnliche Grundsätze verkündigt, trotz der allerhöchsten Losungen nur eine Sonderpolitik, so lange sie nicht an der ganzen öffentlichen Meinung oder dem überwiegenden Teile derselben eine Stütze findet.

Ebenso verhält es sich mit dem polnischen demokratischen Komitee.

Denn wir haben vor uns Beschlüsse des „polnischen nationalen Klubs in Moskau“, der in der Angelegenheit der polnischen Vertreterschaft einen geradezu entgegengesetzten Standpunkt einnimmt. Dort lesen wir:

1. Das Ziel unseres Strebens müßte auf die Vereinigung der drei Landesgebiete zu einem unabhängigen Staate gerichtet sein.
2. Zwischen Polen und Rußland könnten die Verhältnisse lediglich auf die Grundlage eines Bündnisses Gleicher mit Gleichen und Freier mit Freien gestützt werden.
3. Über die innere Einrichtung Polens darf nur der polnische gesetzgebende Landtag entscheiden. Ein Kampf um diese Einrichtung wäre daher wegen der äußeren Aufgaben verfrüht und schädlich.
4. Über die äußeren Verhältnisse innerhalb der Grenzen der Unabhängigkeit hat keine fremde gesetzgebende Körperschaft zu entscheiden, — die russische Konstituante nicht ausgeschlossen, sondern vielmehr nur ein internationaler Kongreß.
5. Der Schutz der polnischen äußeren Interessen erfordert eine eigene polnische Vertretung bei der russischen Regierung. Als einzige rechtmäßige, für diese Rolle berufene Vertreter sind die polnischen Abgeordneten aus dem Königreiche, aus Rußland und aus Litauen zu betrachten. Deshalb ist es Aufgabe das Ansehen dieser Abgeordneten aufrechtzuerhalten

Die Untergrabung des Ansehens dieser Abgeordneten gegenüber wäre eine Tätigkeit zum nationalen Nachteile. 6. Die allerdringendste Aufgabe ist: a) die Erwirkung einer klaren, kategorischen Erklärung der russischen Regierung über die Vereinigung aller polnischen Landesteile zu einem selbständigen, unabhängigen polnischen Staate, ferner einer Versicherung, daß die Regierung das als eines der Kriegsziele betrachtet und daß die Vertreter der russischen Regierung diesen Standpunkt auch auf dem Kongreß vertreten werden; b) die Forderung der Beseitigung der russischen Bürokratie aus dem Königreiche; c) die Aufhebung aller tatsächlichen Einschränkungen; d) die Aufrechterhaltung der Kredite der aus Polen Verbannten.

Die Polen müßten als polnische Bürger angesichts der sich jetzt in Rußland abspielenden Ereignisse gegen dieses einen wohlwollenden Standpunkt einnehmen.

So viel der „polnische nationale Klub“. Dessen grundsätzliches Programm ergibt, daß der Klub der ausgewanderten Polenschaft ist. Deshalb können wir uns aus den mehrfach mitgeteilten Gründen auf eine Beurteilung dieser grundsätzlichen Forderungen nicht einlassen. Nachdem wir diese Tatsachen zur Kenntnisnahme unserer Leser gebracht haben, lassen wir zu demselben Zwecke noch weitere folgen. Die sind:

„Der polnische patriotische Verein.“ Stockholm. Am 28. Februar 1916 wurde von den Emigranten in Rußland ein geheimer polnischer patriotischer Verein gebildet. In der Sitzung am 7. April v. J., die in Tambowo öffentlich abgehalten wurde, gab der Verein sein Programm, das sich folgendermaßen gestaltet, näher an: 1. Der polnische patriotische Verein steckt sich als äußerstes Ziel die Wiedererrichtung des unabhängigen, vereinigten nationalen Polens; 2. die Form der polnischen Staatsregierung wird die Konstituante in Warschau feststellen, die auf der Grundlage einer allgemeinen, geheimen, unmittelbaren und proportionellen Abstimmung gewählt wird; 3. Gleichheit der Bürger des polnischen Staates gegenüber dem Gesetz und der Behörde; 4. Freiheit des Wortes, des Druckes, des Verbands, der Vereine und der Streikes; 5. breites Selbstverwaltungsrecht der Dörfer und Städte; 6. Schaffung des Handels und Gewerbes auf den Grundsätzen der Kompensation; 7. Teilnahme der Arbeiterklasse an dem Reingewinn der Unternehmungen; 8. Aufteilung des der polnischen Regierung gehörigen Landes unter diejenigen Landleute, welche wenig oder gar keinen Acker besitzen; 9. billiger und langfristiger Kredit zur Hebung der ländlichen Kultur der kleineren Besitzungen; 10. allgemeiner, pflichtmäßiger und unentgeltlicher Unterricht in den niederen Schulen.

Namens der Tradition des polnischen Freistaates und des Kampfes der polnischen Nation um „Unsere und Eure“ Freiheit unterstützt der polnische patriotische Verein alle freiheitlichen Bewegungen in dem Glauben, daß die allgemeine Freiheit der Völker uns einen vereinigten, freien Staat geben werde.

Soweit das Programm des polnischen patriotischen Vereins, dessen Ziele sehr nebelhaft sind und außerdem demokratische, nationale und sozialistische Wurzeln in sich tragen. Dem Anscheine nach könnte man die Anhänger dieses Programms als polnische Ideologen, aber nicht als Politiker des praktischen Lebens betrachten.

Aus Nr. 89 des Kurjer Slaski (Gleiwitz)
vom 20. April 1917.

Der gefälschte Wijsch.

Der „Kurjer Slonski“ kommt nochmals auf das im November v. J. in Warschau verbreitete Flugblatt mit der gefälschten Rede des Reichskanzlers zu sprechen und schließt seine Ausführungen folgendermaßen:

Nach 4 Monaten hat sich eine Abschrift jenes gefälschten Aufrufs bei uns gezeigt. Einer unserer Leser übersandte uns ein Exemplar des uns schon aus Warschau bekannten Wijsches, der auch bei uns Argwohn gegen die Mittelmächie erwecken und das Volk dahin bewegen soll, daß es den Erklärungen der Regierungen dieser Mächte keinen Glauben schenkt, insbesondere den Erklärungen der Deutschen den Polen gegenüber.

Wir sind der Ansicht, daß eine Agitation mit Hilfe gefälschter Behauptungen um so nichtswürdiger ist, je größere und wertvollere Angelegenheiten für uns Polen in Frage kommen. Wir brauchen es nicht breit zu erklären, daß es sich gegenwärtig um das Wohl des ganzen polnischen Volkes handelt. Der Krieg hat es bewirkt, daß die Deutschen infolge ihrer Siege diese Zukunft ausbauen. Die Verhältnisse, die vor dem Kriege zwischen den Deutschen und uns bestanden haben, sind uns bekannt und deshalb verstehen wir es wohl, daß diese Vergangenheit mit einem Schlage nicht durchstrichen werden kann. Angesichts der Tatsachen, mit welchen die Regierungen Deutschlands und Österreich-Ungarns ihren Standpunkt uns Polen gegenüber kennzeichnen, haben sie das Recht, von uns zu verlangen, daß wir sie so beurteilen, wie es die offenbare Wahrheit gebietet und gegen sie nicht mit Unwahrheiten und Fälschungen operieren. Die Wijsche, von denen wir hier schreiben, sind offenbar eine böse Arbeit und für die Polenraue von Nachteil. Sogar ein Pole, der ein Anhänger Rußlands ist, müßte anerkennen, daß der Akt vom 5. November für Polen ein Akt höchsten Wertes war und diejenigen hochschätzen, die ihn erlassen haben. Und kein Pole hat das Recht, ihm mit Fälschungen entgegenzutreten.

Aus Nr. 161 der Gazeta Narodowa (Posen)
vom 18. April 1917.

Nur keine Angst.

Da die italienische Presse sich immer noch mit der römischen Frage und mit dem Verhältnis der Polen in Preußen zu ihr beschäftigt so wird es wohl angebracht sein, die Sache von richtigen Standpunkt aus aufzuklären.

Es handelt sich hier vor allem um die Ansichten, die der stellv. Vorsitzende der polnischen Fraktion am 1. März d. J. im deutschen Reichstage zum Ausdruck brachte, und um den Widerhall, den diese Ansichten zunächst in einem Artikel des „Messagero“ (der Vote), eines offiziellen Organes der italienischen Freimaurerlogen, fanden.

Was hat denn also eigentlich der Abgeordnete Seyda gesagt, was „die demokratische öffentliche Meinung“ in Italien gegen die Polen in Aufregung bringen könnte? Was war es, was diese öffentliche Meinung, die angeblich stets „eine Lösung der polnischen Frage im Sinne der Wünsche der Polen selbst verlangte“, hätte veranlassen können, ihre bisherige Haltung zu ändern?

Es war ganz einfach die Anhänglichkeit Polens an den heiligen Stuhl, wie sie durch den Mund der polnischen Vertreter im Reichstage zum Ausdruck kam, es waren unsere lebhaften katholischen Empfindungen, die das Herz der italienischen Freimaurer so sehr in Wallung brachten. Die Verlogenheit der italienischen Freimaurer will sich jetzt auch an uns damit rächen, daß sie die zarteste Saite der polnischen Seele anzuziehen sucht. Der „Messagero“ und andere italienische Blätter wollen uns jetzt nämlich zweifeln lassen, ob wir recht getan haben, daß wir für die Rechte des heiligen Vaters eintraten, da wir dadurch die Sympathien verherzt hätten, welche die italienische Regierung bis zu jenem Augenblick für die polnische Sache hegte. Man wäre beinahe geneigt, hier zu sagen: Die Zweifel

könnten leicht zu einer Gewißheit werden, daß wir tatsächlich schlecht gehandelt hätten, wenn wir nämlich die Drohungen und den aggressiven Ton der italienischen Presse ernst nehmen würden. Und das könnte von uns doch schon schmerzlich empfunden werden, weil wir wirklich alles tun möchten, um keinen Trumpf in jenem Spiel aus der Hand zu geben, das uns im Endresultat eine glückliche Wendung für unsere Zukunft bringen soll.

Sagen wir's nun auf einmal gerade heraus: Der Herr stellv. Vorsitzende Seyda hat doch nichts anderes gesagt, als nur das, was die ganze katholische Welt und nicht allein die polnische Volksgemeinschaft empfindet; seine Erklärung war auch nur eine Erfüllung der ständigen Forderungen des ganzen polnischen Volkes, das mit inniger Liebe an seinem Glauben, am hl. Vater und an der Idee hängt, — die durch das Rom der Päpste repräsentiert wird. Die Worte des Herrn Abgeordneten Seyda: „Wir bedauern die Lage des hl. Vaters, die der Würde seines Amtes nicht entspricht“, waren überdies nur eine einfache Feststellung jener Tatsache, auf Grund deren der einst mächtige Herrscher Roms — zum Gefangenen im Vatikan wurde. Ebenjowenig dürfte die Anerkennung, die Herr Seyda den edlen Tendenzen des hl. Vaters zollte, der nur der Sache des Friedens, der Kultur und der Menschheit dienen will, auch nur den Schatten eines Protestes hervorheben. „Wie viel mehr könnte der hl. Vater noch — so sagte der Abgeordnete Seyda mit Recht — der Welt helfen, wenn seine souveräne Stellung gesichert wäre!“

Um die Bestätigung zu dieser Behauptung zu finden, braucht man doch nur die Geschichte der großen Päpste — eines Gregor Hildebrandt, Bonifazius VIII Leo XIII zu kennen, oder ... man muß den Einfluß des Oberhauptes der katholischen Kirche auf die Regierung eines Heinrich, Ludwig und Karl verkennen...

Es ist nun Tatsache, daß der Name „Polen“ ein Synonym des Begriffes „treuer Sohn der Kirche“ ist. Denn wir sind stets bereit, einer erhabenen Idee zu dienen. Wir tragen in unserer Seele einen uns angebornen Idealismus, eine reine Selbstlosigkeit, ein edles Lieben. So nannte uns schon Krasinski „die letzten Ritter auf Erden“ und hielt uns für fähig, die Kuppel der St. Petrus-Kathedrale mit unseren Schwertern wieder aufzurichten, wenn sie einmal stürzen sollte. Deswegen war auch die Behauptung des Abgeordneten Seyda vollständig berechtigt, daß wir „stets darauf bestehen werden, daß die Lösung der römischen Frage im Sinne des hl. Stuhles erfolge“. Und wenn der Abgeordnete Seyda dem hl. Vater außerdem noch für die Beweise seines Mitgefühls und seiner Liebe zu denjenigen Kindern der katholischen Kirche dankte, die infolge des Krieges am meisten zu leiden hatten, so folgte er nur einem ganz natürlichen Triebe seines Herzens.

Wo liegt hier also irgendein Grund zum Verlektsein? Wenn man gerade und aufrichtig denkt, kann man ihn tatsächlich nicht finden; man kann aber eine Anklage leicht konstruieren, wenn man sich auf falsche Prämissen stützt.

So zieht auch Herr Arthur Labriola, eine der Säulen der italienischen Freimaurerei, aus der Rede des Abgeordneten Seyda den Schluß, daß die Polen mit Hilfe einer fremden Waffennacht Rom den Italienern wieder zurücknehmen und die Einheit Italiens durch die Wiederherstellung der weltlichen Macht des Papstes und die Ausmerzungen der mittleren Provinzen Italiens zertrümmern möchten.

Gegen eine solche Behauptung verlohnt es sich nicht ins Feld zu rücken; es verlohnt sich nicht, Vorwürfe zu widerlegen, in denen nicht einmal ein Schatten von Wahrheit oder auch nur Wahrscheinlichkeit enthalten ist. Dafür ist aber interessant, die am Anfange erwähnte Äußerung Labriolas über eine mögliche Änderung der Sympathien des italienischen Volkes, oder genauer aus-

gedrückt, der italienischen Freimaurer, der Sache Polens gegenüber. Hier finden wir bei Herrn Labriola folgende Sätze: „Es wäre für uns vom Nutzen, zu erfahren, bis zu welchem Grade die öffentliche Meinung in Polen den Gedanken des komischen Herrn Seyda teilt, der die Wiederherstellung der weltlichen Macht des Papstes verlangt“. „Herr Seyda und Genossen erscheinen lächerlich, wenn sie über die Unterdrückung Polens klagen und gleichzeitig — Rom den Italienern entreißen wollen.“ „Wir müßten erfahren, inwieweit der polnische Klub im deutschen Reichstage die öffentliche Meinung des Posener Landes vertritt.“ „Es wäre sehr amüsant, einen neuen Staat aufzubauen, der uns morgen vernichten möchte, und deswegen wird es gut sein, wenn wir uns über diesen Punkt rechtzeitig aussprechen...“ „Meine polnischen Freunde kennen meine Anschauungen über ihr Land, und da mögen sie die Polen davon in Kenntnis setzen, welchen Eindruck auf uns die Vorschläge jenes Herrn Seyda gemacht haben“

Da mögen nur Herr Labriola und Genossen jetzt erfahren, daß die Meinung der polnischen Fraktion in diesem Falle, und zwar vor allem in diesem Falle, zugleich die Meinung nicht nur des ganzen Posener Landes — sondern ganz Polens war,

daß eine Erklärung von seiten unserer Abgeordneten gerade in diesem Geiste und in diesem Sinne von einem ganzen Teil unserer Presse und der durch ihn repräsentierten katholischen Bevölkerung kategorisch verlangt wurde, und

daß die polnische Fraktion, als sie solche — und nicht andere Gefühle gegen den hl. Vater und den apostolischen Stuhl zum Ausdruck brachte, gerade am meisten traditionell polnisch, einträchtig und einig war.

Uns kann es dabei gleichgültig sein, wie sich die italienischen Freimaurer zu einem katholischen Polen stellen. Wir meinen aber, daß ihre Einflüsse und Handlungen nicht gleichgültig sein werden für die künftigen und nicht mehr fern liegenden Schicksale ihres eigenen Staates.

Die treuen Kinder der katholischen Kirche, die Ritter der christlichen Idee und Söhne jenes Landes, welches eine Vormauer des Christentums war, werden auch den Beinamen „komisch“ oder „lächerlich“ gern hinnehmen, wenn sie sich nur dabei auch den Namen „echte Polen“ verdienen können.

Aus Nr. 90 des Kurjer Slaski (Gleiwitz)
vom 21. April 1917.

Die Erklärung der polnischen Fraktion in der römischen Frage und das italienische Freimaurertum.

Die bekannte Erklärung der polnischen Fraktion des Reichstages in der Angelegenheit des hl. Vaters hat bei den Freimaurern Italiens Widerhall gefunden. Ein gewisser Herr Labriola verurteilt dieses Auftreten in dem freimaurerischen Hauptblatte „Messagero“, und der Rest der freimaurerischen Zeitungen wiederholt seine Ausführungen.

Herr Labriola wundert sich darüber, daß die Polen, welche die Wiederrichtung ihres Vaterlandes verlangen, gleichzeitig auch fordern, daß dem italienischen Staate Rom entzogen werde.

Uns erscheint das gar nicht so wunderbar, denn sowohl die Teilung Polens als auch die Wegnahme Roms waren Gewaltakte. Daher wären die Wiederrichtung Polens und die Zurückgabe Roms an die rechtmäßigen Sachwalter nur Akte der Gerechtigkeit.

Herr Labriola fragt, ob das Auftreten der Fraktion dem Wunsche des polnischen Volkes entspreche. Wir sind der Ansicht, daß selten ein Auftreten der Fraktion bei der Volksgesamtheit solch einen

einnütigen Beifall gefunden hat, wie gerade das Auftreten in der Angelegenheit des hl. Vaters. Das ist eben der Ausfluß der Treue zu dem Oberhaupt unserer Kirche, die wir als die allerwertvollste Erbschaft nach unseren Vorfahren im Herzen bewahren.

Herr Labriola hat in seinem Artikel die betreffende Rede des Vertreters der Fraktion vollständig gebracht. Wir wissen nicht, auf welchem Wege diese Rede in seine Hände gelangt ist, aber die Vermutung liegt nahe, daß die langen Hände der Allerweltsfreimaurerei für die Zustellung derselben in die eigentlichen Hände gesorgt hat. Daraus ist ersichtlich, wie gut die Freimaurer organisiert sind und wie sie sich gegenseitig geeignetes Material zuführen.

Aus Nr. 163 der Gazeta Narodowa (Polen)
vom 20. April 1917.

Der Hafatismus auf dem Posten.

In der gestrigen Nummer der „Gazeta Narodowa“ haben wir den Beschluß des Hauptvorstandes des „Ostmarkenvereins“ gegen die Aufhebung der antipolnischen Gesetze mitgeteilt. Nach der Auffassung der Hafatisten sind diese Gesetze nur Abwehrgesetze, durch welche die Deutschen in den Ostmarken gegen die Unterdrückung durch die Polen geschützt werden sollen. Im Grunde genommen sind sie aber gegen unsere Muttersprache gerichtet; außerdem schränken sie unsere politische Freiheit ein, schwächen sie uns auf dem wirtschaftlichen Gebiete und suchen sie die polnische Volksgemeinschaft zu proletarisieren, indem sie uns systematisch von unserer väterlichen Scholle verdrängen. Mit einem Worte, sie untergraben unsere nationale Existenz, die sich ausschließlich auf die Widerstandsfähigkeit unserer inneren Kräfte stützt. Unsere deutschen Mitbürger dagegen werden von der Regierung sowohl in ihrem privaten, als auch in ihrem öffentlichen Leben in jeder Hinsicht unterstützt; sie erhalten aktiven Schutz für ihre Muttersprache in den Schulen und bei den Behörden, sie genießen in vollem Maße die politischen Freiheiten, selbst wenn sie der extremsten Opposition angehören, sie werden auf allen Gebieten wirtschaftlich aus den Staatsfonds unterstützt, sei es auf dem Gebiete des Handwerks, des Handels und der Industrie oder auf dem Gebiete der Landwirtschaft (Ansiedlung deutscher Bauern), sei es auch dadurch, daß sie leicht Anstellung als Regierungs- oder Kommunalbeamte erhalten. Dank dieser Unterstützung der Regierung gedeihen unsere deutschen Mitbürger auf jedem Gebiete immer mehr, und sie werden seit der Teilung Polens bis auf den heutigen Tag ständig kräftiger als wir. Und das wird ebenso auch später der Fall sein, denn die Politik der Regierung wird, wie die preußischen Minister zur Zeit des Krieges oftmals erklärt haben, auch weiterhin den Zweck verfolgen, das Deutschtum in den Ostmarken des preußischen Staates zu stärken. Wenn also die Deutschen eine so mächtige Unterstützung seitens der Regierung finden, wenn sie, wie die Praxis lehrt, bei uns immer besser gedeihen und uns sogar den Boden, der uns ernährt, wegnehmen dürfen, so kann doch von einer Unterdrückung der Deutschen in den Ostmarken seitens der Polen nicht die Rede sein. Die Hafatisten bedienen sich deshalb, wenn sie unter diesem Vorwande von der Regierung mit allem Nachdruck verlangen, daß sie an dem System der Ausrottungspolitik gegen die Polen festhalte, und wenn sie deswegen auch gegen die Aufhebung der antipolnischen Gesetze mit aller Macht protestieren, durch die wir so schwer geschädigt werden, indem wir durch sie trotz der gleichen Lasten und Pflichten der bürgerlichen Gleichberechtigung beraubt werden, heuchlerisch solcher Phrasen nur zu dem Zwecke, damit wir selbst systematisch weiter unterdrückt werden.

Und als Grund für diese Unterdrückung geben sie nach ihrem alten Rezept die „Sicherung“ der Ostgrenze des preußischen Staates an. Der gegenwärtige Weltkrieg hat aber deutlich gezeigt, daß diese Grenze ganz gut gesichert ist, und zwar nicht durch die Deutschen allein, sondern auch durch die Polen, die dem Staate zur Sicherung dieser Grenze gegen eine russische Invasion tapfere Soldaten genug gestellt haben.

Ebenso wenig kann aber auch von einer deutschfeindlichen Gesinnung der Polen die Rede sein. Sie wird ja sogar von solchen Deutschen in Abrede gestellt, welche mit den Polen ständig zusammenleben. Sie ist also höchstens eine Erfindung derjenigen hafatistischen Individuen, die ein Interesse daran haben, die Polen in der öffentlichen Meinung der Deutschen in Mißkredit zu bringen. Im Anfange des Krieges wurden wir ja übrigens oft sowohl in Privatgesprächen mit den Deutschen, als auch in deutschen Blättern „unsere polnischen Brüder“ genannt. Sollte sich das gerade jetzt, wo die Hafatisten des Sieges schon so sicher sind, geändert haben? Aus der deutschen Presse, die nicht unter dem Einfluß der Hafatisten steht, kann man das allerdings nicht ersehen. Der ernstere Teil dieser Presse hat sogar jenen Beschluß des Hauptvorstandes des „Ostmarkenvereins“ einer scharfen Kritik unterzogen, in welchem den Polen der Vorwurf gemacht wird, daß sie den Akt der Mittelmächte vom 5. November, durch welchen die Unabhängigkeit Polens proklamiert wurde, nicht enthusiastisch begrüßt hätten. Tatsache ist es auch, daß der ernst denkende Teil des polnischen Volkes sich damals in der politischen Lage in richtiger Weise orientiert hat. Wenn aber ein Teil dieses Volkes diesem Akte gegenüber doch eine abwartende Haltung einnahm, so waren daran hauptsächlich lediglich die Alideutschen und die Hafatisten selbst schuld, die kein Hehl daraus machten, daß das vom russischen Joch befreite Polen eine deutsche Satrapie und ein ergiebiges Ausbeutungsgebiet für die Anhänger der Politik des „Ostmarkenvereins“ bilden sollte. Das deutsche Volk wurde nämlich nach der Okkupation des Königreichs Polen durch die Mittelmächte von einer ganzen Reihe von Werken, Broschüren und Flugchriften überflutet, die alle verlangten, daß das besetzte Königreich Polen in wirtschaftlicher, militärischer und politischer Hinsicht fest in deutscher Hand bleiben und ein Gebiet für die Ansiedlung deutscher Kolonisten bilden sollte. Alle diese Vorschläge kamen von seiten der Alideutschen und Hafatisten her, die doch Anhänger und Gönner der Politik des „Ostmarkenvereins“ sind. Und was die Politik der Regierung in den polnischen Landesteilen der preußischen Monarchie für die Zukunft anbelangt, so war es ebenfalls kein anderer, als der Abgott der Hafatisten und ehemaligen Förderer der antipolnischen Politik der schärfsten Tonart, Fürst Bülow, der vor nicht langer Zeit in seiner bekannten Broschüre für die weitere Ausrottung des polnischen Elements eintrat. Er wurde dabei natürlich von den Hafatisten unterstützt, und ihnen ist es auch zu verdanken, daß über die polnische Bevölkerung ein kalter Wasserstrahl über den anderen kam.

Und wenn die Pläne der Hafatisten wirklich in Erfüllung gehen sollten, so würden wir allerdings keine rosigere Zukunft zu erwarten haben. Wir wollen aber hoffen, daß der liebe Gott die Bäume nicht wird in den Himmel wachsen lassen und daß infolgedessen die bereits bankrott gewordene Politik der Hafatisten nicht mehr wiederaufleben wird. Die Hafatisten berufen sich heute zwar noch auf die Politik Bismarcks, aber uns scheinen die Kürassierstiefel Bismarcks für sie doch zu weit zu sein. Denn wenn Bismarck heute noch lebte, so hätte er seine Ansicht über die polnische Frage sicherlich geändert; er war nämlich doch ein tüchtigerer Kopf, als seine heutigen unfähigen Epi-

gonen, die in dem Buche der Weisheit nicht lesen können, das die Geschichte der Völker vor ihnen geöffnet hat. Die verantwortlichen Leiter der Politik in Berlin haben aber die Bedeutung des gegenwärtigen Augenblicks verstanden und uns deswegen auch eine Änderung der antipolnischen Politik feierlich zugesagt. Und wenn ihnen „der Ostmarkenverein“ heute deswegen Wankelmuth vorwirft, so darf man wohl erwarten, daß die „Nordd. Allg. Ztg.“, das Organ des Reichskanzlers, den Augenblick benutzen wird, um die Hafatisten jetzt auch offiziell in gebührender Weise zurechtzuweisen und festzustellen, daß die Versprechungen der Regierung ehrlich gemeint sind, und daß sie in Kürze auch in der Weise werden verwirklicht werden, daß schon eine allgemeine Verfügung über die Aufhebung der antipolnischen Gesetze erscheinen wird. Das erwartet jetzt die polnische Bevölkerung von der Regierung als eine aktive und konkrete Antwort auf die Angriffe der Hafatisten gegen das Polentum.

Aus Nr. 88 des Orędownik (Posen)
vom 19. April 1917.

Die Erklärung des Ostmarkenvereins hat einen Vorzug — sie ist aufrichtig und offen. Ohne Umschweife manifestiert hier das hafatistische Lager seine polenfeindlichen Gefühle. Die Behauptung, daß die bisherige Ostmarkenpolitik „sich als vorzüglich erwiesen habe“, ist ein so schätzenswertes Dokument des Augenblicks, daß es verlohnt, es sich zu merken. Während die Regierung unter dem Eindruck der Ereignisse, welche „neue Zeiten“ ankünden, sich der Notwendigkeit einer Änderung des antipolnischen Systems nicht verschließen kann und den Beitritt zu der „Neuorientierung“ ankündigt, dekretiert und tut der Ostmarkenverein kund, daß „eine Änderung der polnischen Politik unmöglich sei.“ Der Ton derartiger Kundgebungen ist uns wohl bekannt aus den Zeiten vor dem Kriege her. Es liegt darin eine befehlende Geste der Nebenregierung, die sich das Recht anmaßt, den eigentlichen und verantwortlichen Instanzen zu diktieren, wie sie sich in der polnischen Frage zu verhalten haben. Wir haben gesehen, wie lange Jahre hindurch die maßgebenden Faktoren in Berlin nur allzu willfährig der hafatistischen Nebenregierung nachgegeben haben, deren Dreistigkeit und Rücksichtslosigkeit nach Maßgabe dieser Nachgiebigkeit immer mehr wuchs. Die riesige Umwälzung, welche der Krieg auf allen Gebieten hervorgerufen hat, ist offenbar an den Leuten vom Ostmarkenverein vorübergegangen, ohne Eindruck zu machen. Die blutige Opfergabe, welche die Polen in dieser kritischen Zeit für Deutschland dargebracht haben, ist in ihren Augen nicht einmal des Erwähnens wert. Für sie ist die bisherige Politik, die Politik der Ausnahmegeetze, des Sprachenparagraphen und der Enteignung immer noch „vorzüglich“.

Was werden die verantwortlichen Männer in Berlin zu diesem Versuch sagen, der darauf abzielt, ihre unter der Losung „Neuorientierung“ eingeleitete Politik zu durchkreuzen? Wird sich die Regierung dazu aufschwingen, eine gehörige Abfertigung zu erteilen, und werden den Worten Taten folgen, welche davon zeugen werden, daß der Einfluß des Ostmarkenvereins ein für alle Mal beseitigt ist? Die vom Minister v. Breitenbach im preußischen Herrenhause geäußerten Mutmaßungen könnten als ein bestätigendes Symptom dafür gelten, daß die Regierung tatsächlich nicht mehr daran denkt, noch nach dem Rezept der ungebetenen hafatistischen Ratgeber zu verfahren. Aber die Erfahrungen aus den letzten Jahren haben uns über die mächtigen und hochreichenden versteckten Einflüsse des Ostmarkenvereins allzu gut belehrt, als daß wir rosig in die Zukunft schauen

könnten. Der Hafatismus hat nicht abgedankt, sondern er entfaltet, wie wir aus seiner neuesten Kundgebung sehen, die Standarte des Kampfes von neuem — ungeachtet des Burgfriedens. Das ist eine Tatsache, die auf polnischer Seite sorgliche Beachtung und gehörige Würdigung heischt. Je mehr offenbar wird, daß die Machthaber aus dem Ostmarkenverein ihren ganzen Einfluß nach der Richtung der Beibehaltung der „vorzüglichen“ Ostmarkenpolitik hin ausüben wollen, um so dringlicher müssen wir nicht Worte, sondern Taten fordern, die davon zeugen würden, daß das hafatistische Programm auf Nimmerwiederkehr der Vergangenheit angehört. Bis dies eintreten wird, müssen wir uns mit Vorsicht und Zurückhaltung wappnen, wie sie der gewöhnliche gesunde Verstand gebietet.

Aus Nr. 89 des Wielkopolanin (Posen)
vom 20. April 1917.

Die Polen brauchen durch nichts weiter zu beweisen, daß der Standpunkt des Ostmarkenvereins ungerecht ist. Die Tätigkeit dieses Kampfvereins ist bereits abgeurteilt worden nicht nur durch die vernünftigen Deutschen, sondern durch das ganze gesittete Europa. Wir verlangen Gerechtigkeit und Gleichberechtigung, das aber will uns der Ostmarkenverein nicht zugestehen, sondern er tritt für die Beibehaltung der Ausnahmegeetze ein. Wenn der Ostmarkenverein eine Änderung der Gesinnung der polnischen Bevölkerung fordert, so erklären wir, daß unser polnisches Gewissen Gottes und unser Eigentum ist und daß außer Gott und uns selbst niemand auf der Welt ein Anrecht darauf hat. Wir stehen auf dem Standpunkt der traditionellen polnischen Politik, welche sich der Pflichten gegenüber dem Staat, nicht minder aber auch unserer nationalen Rechte und unserer Lebenskraft sich bewußt ist, die sich beständig wieder gebiert und die keine Ausnahmegeetze zu brechen vermocht haben. Im übrigen verlangen wir nicht Gleichberechtigung aus Gnade und umsonst, denn das polnische Element im preußischen Teilgebiet ist sich dessen wohl bewußt, wieviel es dem preußischen Staate wert ist.

Dazu, in diesen schweren Kriegszeiten, in denen die Polen zusammen mit den Deutschen ihr Blut auf den Schlachtfeldern vergießen, zusammen mit den Deutschen Väter, Söhne, Männer und Brüder verlieren, zusammen mit den Deutschen Ungemach und Mangel leiden, — dazu, in einer so schweren Zeit den Polen noch Moralpredigten zu halten, wie dies der Ostmarkenverein tut und für die Beibehaltung der Ausnahmegeetze und der uns beeinträchtigenden Gesetzgebung einzutreten — dazu kann sich nur der Ostmarkenverein mit seiner traditionellen hafatistischen Politik aufschwingen, die auf ihre Fahne die Kampfeslosung geschrieben hat: „Zugrunde richten und ausrotten diesen widerharrigen polnischen Volksstamm!“

Aus Nr. 88 des Kraj (Lissa i. P.)
vom 19. April 1917.

Der Ostmarkenverein zur polnischen Frage.

Der Ostmarkenverein hat durch den Krieg nichts gelernt.

Das ist ebenso mit Rücksicht auf die polnische, wie auch auf die deutsche Frage, und hauptsächlich mit Rücksicht auf den Frieden zu bedauern.

Vom polnischen Standpunkte aus — müssen wir den Beschluß des Hauptvorstandes des Ostmarkenvereins vom Montag mit demselben Gleichmut ertragen, wie wir alle seine bisherigen Beschlüsse ertrugen.

Wir werden vor ihm nicht im geringsten erzittern. Wir ertragen die Angriffe der „unverföhnlichen“ Ostmärker auch in dem Bewußtsein, daß sie ebenso gegen den Reichsfanzler und gegen seine Politik gerichtet sind. Aber der Reichsfanzler vermochte auch schon die Anzuspinnungen der „Abdoniten“ und anderer Gegner zu ertragen, die ihm die größten Schwierigkeiten bereiten und ihn zu stürzen suchen, wobei sie sich offen gegen den Willen des Monarchen auflehnen, — er wird somit auch diesen Angriff ruhig ertragen können... er weiß ja, daß er aus Kreisen stammt, die den „Abdoniten“ geistig verwandt sind.

Die „Abdoniten“, die ihren Namen von ihrer letzten Konferenz im Hotel „Abdon“ in Berlin erhielten, haben sich in die Handlungen des Monarchen und ebenso in die Befehle, sowie in die ganze militärische und politische Machtsphäre des Oberbefehlshabers der Armee hineinzuversetzen gesucht, damit aber selbstverständlich nichts erreicht. Sie mußten im Gegenteil sogar noch die großmütige Botschaft des Kaisers vom 4. April 1917 erleben, durch welche eine Reform des preußischen Wahlrechts in feierlicher Weise angefügt wurde. Jetzt sucht auch der Hauptvorstand des „Ostmarkenvereins“ dem großherzigen Entschluß des Monarchen entgegenzuarbeiten, durch welchen der Kaiser zusammen mit dem Kaiser von Österreich und König von Ungarn ein selbständiges Königreich Polen schuf.

Die „Abdoniten“, ihrer Gesinnung nach alldeutsch, haben auch protestiert und ihre eigene Meinung als die allein maßgebende hinzustellen gesucht, obwohl sie weder die Beschaffenheit unserer Kriegsmittel, noch die politischen Verhältnisse und am allerwenigsten die Kriegspläne unserer obersten Heerführer kannten. Sie hätten aber sich selbst dabei sagen müssen, daß sie zu schweigen hätten, da sie doch in das alles nicht eingeweiht waren, was dem Kaiser, seinem verantwortlichen Kanzler und den Leitern der Generalstäbe des Heeres und der Marine bekannt ist.

Ebenso zurückhaltend hätte jetzt auch der Hauptvorstand des „Ostmarkenvereins“ in seinen Beschlüssen sein müssen, denn diese Beschlüsse werden, wie alle seine bisherigen Enunziationen, durch folgende Tatsachen widerlegt:

1. An eine Unterdrückung der Deutschen in den Ostmarken denkt kein Pole und könnte auch überhaupt keiner denken angesichts der Tatsache, daß das deutsche Volk über 70 Millionen Seelen zählt, einen mächtigen Staat besitzt und über eine ausgezeichnete Armee und Marine verfügt, während die polnische Bevölkerung kaum 5 Millionen Köpfe zählt...

2. Die Polen in Preußen haben sich mit ihrer Zugehörigkeit zum preußischen Staate versöhnt, wenn die Vorkehrung es einmal so gefügt hat. Sie hegen auch keine gehässigen oder feindseligen Gefühle gegen ihre deutschen Mitbürger, wenn sie nur auf ihrem heimatlichen Boden die Gleichberechtigung finden, die ihnen nach dem natürlichen und übernatürlichengöttlichen Rechte, sowie nach der Verfassung zukommt.

3. Für den Wiederaufbau des Königreichs Polen und für die Befreiung der polnischen Länder jenseits der Grenze vom russischen Joch verstehen wir Polen dankbar zu sein, und wir arbeiten an diesem Aufbau nach Kräften mit. Wir erblicken nämlich in dieser großen politischen Aktion auch unser eigenes Interesse. Diese Aktion vollzieht sich aber ebenso im Interesse Preußens, des Deutschen Reichs und Österreich-Ungarns, sowie überhaupt aller verbündeten Mächte, das slawische Bulgarien und die Türkei selbstverständlich nicht ausgenommen. Gegen 600 000 Mann polnischer Abstammung kämpfen heute

unter dem siegreichen Banner der deutschen Armee; dazu kommen noch Millionen von Polen, Böhmen (mit Skoda!), Slowaken, Slowenen, Kroaten, Serben und Bulgaren — mit einem Worte alle Westslawen, die übrigens — mit wenigen Ausnahmen — schon vor dem Kriege Gegner Rußlands und der Herrschaft des Zaren und der Tschinowniks waren. Dafür gibt es untrügliche Beweise. Auch die Polen im Königreich Polen, in Galizien und bei uns waren Gegner dieses Rußlands, mit dem das polnische Volk früher 35, also bei weitem mehr Kriege geführt hat, als mit seinen westlichen Nachbarn. Die Polen brauchten somit auch in diesem Kriege ihren grundsätzlichen Standpunkt nicht zu ändern, denn sie neigten schon immer nach Westeuropa, mit dem sie durch ihren katholischen Glauben, durch ihre Kultur, sowie durch sonstige zahlreiche und wichtige Beziehungen verbunden waren. Sie befanden sich immer im Gegensatz zu dem mongolisch-tatarischen Asien.

Von dem Ostmarkenverein trennt uns aber die Taktik, daran ist nur der Ostmarkenverein selbst und die von ihm in Deutschland ins Leben gerufene Politik schuld. Und wenn man die Sache real betrachtet, so hat der Ostmarkenverein durch sein Auftreten auch jetzt wiederum eine Verständigung mit ihm, aber auch nur mit ihm, unmöglich gemacht, denn die Polen waren stets und sind auch jetzt noch zur Versöhnung bereit. Wir hoffen aber, daß der Ostmarkenverein diesmal weder die maßgebenden Kreise, noch den Landtag und um so weniger den Reichstag mit sich reißen wird.

4. Die Haltung der polnischen Bevölkerung und ihrer parlamentarischen Vertreter während des Krieges war und ist tadellos. Die polnische Fraktion stimmte für die Kriegskredite und zeigte sich stets loyal; sie hat somit sogar taktisch so viel getan, als die Verhältnisse es irgend erlaubten. Wenn aber nicht noch mehr geschah, so sind daran gerade die feindseligen Stimmen des Ostmarkenvereins und der ihm verwandten Kreise sowie die aufreizenden Anträge im preußischen Abgeordnetenhaus schuld. Sie fanden bei den Polen allerdings einen der Form und dem Tone nach unliebsamen Widerhall. Aber der Zentralvorstand des „Ostmarkenvereins“ weiß ganz gut, daß mit dieser verfehlten Taktik der Polen im Abgeordnetenhaus, sowie mit der nur abwartenden Haltung mancher Organe und Gruppen der polnischen Presse, die darin ihren Grund hatte, daß man dort eben der Tätigkeit des Hauptvorstandes des „Ostmarkenvereins“ nicht traute oder vielmehr die Einschlüsse desselben überschätzte, die Mehrheit der polnischen Volksgemeinschaft nicht einverstanden ist, die von dem entschieden überwiegenden Teil der polnischen Presse aller polnischen Landesteile, im Königreich Polen, in Galizien und sogar in Amerika repräsentiert wird. Wenn der Hauptvorstand des Ostmarkenvereins es aber nicht weiß, so sind daran nur seine Informanten schuld, welche die Stimmen der polnischen Presse nach ihrer Art zu deuten suchen.

Auf dieselbe Weise läßt sich die Haltung der Polen vor und nach der Proklamation des Königreichs Polen erklären. An die polnische Bevölkerung im Königreich Polen kann man aber in dieser Hinsicht überhaupt keine Ansprüche stellen, da amtlich festgestellt wurde, daß auch die Deutschen sich dort nicht anders als abwartend verhielten. Gegenwärtig soll aber schon eine Besserung in den dortigen Verhältnissen eingetreten sein. Und wir wünschen alle, daß sich diese Verhältnisse möglichst bald zur allgemeinen Zufriedenheit gestalten.

5. Die kühle Aufnahme der deutschen Siege auf Seiten der Polen, sowie die Zurückhaltung bei der Zeich-

nung der Kriegsanleihen und hauptsächlich bei der Zustellung von Lebensmitteln — sind aber nur Vorwürfe, die jeden Beweises entbehren, und ein so ehrenwerter Kreis von Männern, als welcher der Hauptvorstand des „Ostmarkenvereins“ doch gelten möchte, dürfte Anklagen ohne Beweise überhaupt nicht erheben.

6. Die Behauptung des Hauptvorstandes des „Ostmarkenvereins“, daß die Polen jetzt überall, ebenso wie früher, an den Wünschen und Tendenzen festhalten, deren Zweck der Wiederaufbau eines unabhängigen polnischen Staates wäre, in dem alle Polen vereinigt sein müßten, ist so phantastisch, daß ein ernster Politiker es gar nicht wagen dürfte, eine solche Behauptung aufzustellen. Denn man behauptet doch geradezu etwas physisch Unmögliches, wenn man erklärt, daß die Polen überall und immer solche Wünsche zum Ausdruck brächten, deren Verwirklichung in der gegenwärtigen Zeit an und für sich schon ganz ausgeschlossen ist. Es gibt nämlich heute kein einziges Volk, das in einem Staate vereinigt wäre. Und die heutigen Polen sind politisch auch schon nüchtern genug, als daß sie sich solchen Utopien hingeben sollten. So fragen wir den Hauptvorstand des „Ostmarkenvereins“, ob auch er seinerseits etwa den Wunsch hegt, daß alle Deutschen in einem Staate vereinigt würden? Müßte er dann auch nicht zugleich die Beseitigung der ehrwürdigen habsburgischen Dynastie, die Zertrümmerung Ungarns und die Auflösung des Schweizer Bundes wünschen?

Einen unabhängigen polnischen Staat wünschen wir allerdings aus unserem ganzen Herzen und aus allen unseren Kräften. Das erklären wir offen, und wir freuen uns auch, daß er, — dank dem Großmut der Monarchen ins Leben gerufen wurde. Dabei stellen wir aber zugleich fest, daß es bei uns keine Irrenden und keine solchen Tendenzen gibt, deren uns der Hauptvorstand des „Ostmarkenvereins“, ohne irgendwelche Beweise angeführt zu haben, verdächtigt.

Die Richtung der polnischen Politik wendet sich also nicht gegen die Lebensinteressen Deutschlands.

Dagegen verstößt gegen die Lebensinteressen des Deutschen Reichs das Auftreten des Hauptvorstandes des „Ostmarkenvereins“, vor allem in einem Augenblick, wo die Friedensverhandlungen beginnen sollen. Denn die Gegner Deutschlands, Österreich-Ungarns, der Türkei und Bulgariens schöpfen aus solchen Enunziationen neue Kraft zum weiteren Kampfe, indem sie auf einen ersten Zwiespalt nicht nur in Preußen, sondern auch im Deutschen Reich selbst rechnen, für das die Stimmung der Polen in Preußen, im Königreich Polen und in Galizien, sowie der Slawen in der österreichisch-ungarischen Monarchie, auf der Balkanhalbinsel und nicht zuletzt auch in Bulgarien nicht mehr gleichgültig sein kann, was übrigens schon viele Staatsmänner und im preußischen Herrenhause auch der Fürst Hatzfeld bestätigt haben.

Im wohlverstandenen Interesse beider Teile, nämlich des polnischen und des deutschen Volkes, liegt also eine aufrichtige und ehrliche Verständigung, ein gegenseitiger Friede, und zwar vor allem mit Rücksicht auf die gemeinsame Gefahr, die uns von dem asiatischen Osten droht, und die für immer selbst durch den vorteilhaftesten Frieden mit Rußland nicht beseitigt wird.

Deswegen ist der Widerstand des Hauptvorstandes des „Ostmarkenvereins“ gegen eine Änderung der antipolnischen Politik geradezu unverständlich; er verrät zum mindesten einen großen Mangel an Verständnis für höhere Gesichtspunkte und für weit wichtigere Fragen, als es die Verzichtleistung auf seine bisherige rein persönliche und nur lokale Anschauung ist.

Wir haben der deutschen Bevölkerung in unserem Landesteil kein Unrecht zugefügt und werden ihr auch keines zufügen, denn das gestattet uns unser katholisches Rechtsgefühl und — angesichts des Schutzes der Deutschen von seiten des mächtigen deutschen Staates — auch unsere Kraft nicht.

Zum Glück haben aber die maßgebenden Kreise in Deutschland eine andere Anschauung als der Hauptvorstand des „Ostmarkenvereins“.

So soll auch schon im Abgeordnetenhaus, wie jetzt im „Tag“ einer der Führer der freikonservativen Partei, der Freiherr v. Zedlig mitteilt, sicherlich noch in dieser Session die Aufhebung des Enteignungsgegesetzes beschlossen werden.

Aus Nr. 11. der Prawda (Posen)

vom 19. April 1917.

Ehe wir auf diesen „alarmierenden“ Beschluß im einzelnen antworten, wollen wir nur kurz hervorheben, daß er der Ausfluß einer einseitigen, durch das engherzige Parteiinteresse geleiteten Prüfung der Sache ist. Der gegenwärtige Krieg hat die Herren Hatzisten nichts gelehrt. Vor allem haben sie sich in der Lage nicht zurechtfinden können, die heute heißt, daß alle strittigen Angelegenheiten auf der Grundlage des recht aufgefaßten beiderseitigen Interesses besprochen werden. Die Zeiten und die Verhältnisse, auf welche sich die Hatzisten in ihrem Beschluß berufen, sind auf Rimmerwiederkehr vorüber, und die neuen Zeiten, die neuen Zeichen der Zeit heißen eine neue Stellungnahme und Neuorientierung.

Aus Nr. 12. der Prawda (Posen)

vom 20. April 1917.

Nicht dahin führt der Weg.

In unserer gestrigen Nummer haben wir den Beschluß des Hauptvorstandes des Ostmarkenvereins mitgeteilt, der bei uns allgemein unter dem Namen „Hatzisten“ bekannt ist. Wir haben dabei nur kurz angedeutet, was wir selbst von diesem Beschluß halten. Heute wollen wir uns mit den Herren Hatzisten etwas ausführlicher auseinandersetzen.

Vor allem fällt der kriegerische Ton auf, in dem der Beschluß gehalten ist. Dieser Beschluß stroht nämlich förmlich von Angriffen gegen das polnische Volk, von Vorwürfen, die, wie wir sehen werden, vollständig unbegründet sind, er stroht von unwahren Behauptungen. Und alles das zu einer Zeit und in einem Augenblick, wo die ersten Bürger des Staates und die ersten Staatsmänner zur gemeinsamen Arbeit, zur Eintracht und zum Ausbieten aller Kräfte mahnen, um den Widerstand der zahlreichen Feinde zu brechen! Der Beschluß der Hatzisten richtet sich aber auch gegen den ausdrücklichen Willen Kaiser Wilhelms II., der erklärt hat, daß er keine Parteien kenne. Die Hatzisten, die stets, so oft ihr eigenes Interesse es verlangt, der Welt verkünden, daß sie allein die Stützen des Thrones und des Altars seien, diese Hatzisten suchen heute, statt in einer für den Staat so schweren Zeit alle Kräfte zur Bezwingung der Feinde aufzubieten, Zwist und Kampf mit ihren polnischen Mitbürgern, und zwar nur deswegen, weil sie sehen, daß ihre eigene Politik kläglich Fiasco gemacht hat. Im ganzen Reiche wurde der Burgfriede verkündet. Alle respektierten diese Lösung — die Herren Hatzisten, diese „Stützen des Thrones“, sind aber die ersten, welche diesen Frieden, der uns allen so sehr not tut, stören.

Und sind die Vorwürfe, die sie dem polnischen Volke machen, auch nur einigermaßen gerechtfertigt?

Die Hafatisten berufen sich in ihrem Beschluß darauf, daß die maßgebenden und verantwortlichen Staatsmänner die polnische Frage immer nur als eine innere Frage Preußens und Deutschlands bezeichnet hätten. Diese maßgebenden Staatsmänner, wie Bismarck und andere, liegen aber schon lange im Grabe, ohne die Erfüllung ihrer Träume erlebt zu haben. Ihre Herrschaft hat ein Ende genommen; das polnische Volk dagegen lebt noch immer weiter und wird auch weiter leben, denn es existiert nicht von Gnaden eines Bismarck, Hammerstein, Miquel, Bülow, Hansemann, Rennemann und Tiedemann, sondern von Gnaden des allmächtigen und allgerechten Gottes.

Diese maßgebenden Staatsmänner träumten doch, wie es schien, ebenso von einem ewigen Bunde mit Rußland, und heute steht dieses Rußland auf der Seite der größten Feinde Preußens und Deutschlands. Jene Männer vermochten also den Lauf der Ereignisse doch nicht aufzuhalten. Es gibt nämlich noch etwas Höheres, als der Wille des Menschen. Wir gebrechlichen Menschen haben somit nicht das Recht, zu erwarten, daß unsere Werke, wenn sie auch noch so herrlich wären, ewig dauern, denn die Ewigkeit gehört nur Gott allein.

So hat auch die polnische Frage jetzt die ihr gebührende Stellung eingenommen, und sie hat aufgehört, eine innere Frage, sei es Preußens oder Rußlands oder auch Österreichs zu sein. Das beweist nicht zuletzt die Botschaft Wilsons. An dieser Tatsache können selbst die Hafatisten nicht mehr rütteln, und als gewiegte Politiker müßten sie eigentlich einsehen, daß ein krampfhaftes Festhalten an veralteten Lösungen und Anschauungen heute keine Bedeutung mehr hat.

„Erst, wenn die Polen“, so schreiben sie aber, „sich mit ihrer Zugehörigkeit zum preußischen Staate ausgesöhnt und ihre feindliche Gesinnung ihren deutschen Mitbürgern gegenüber aufgegeben haben, erst dann könnte eine Änderung in der Polenpolitik eintreten.“ Wir fragen die Herren Hafatisten, ob die Polen in Preußen überhaupt irgendwann Schritte getan haben, um sich von Preußen loszureißen? Polnische Aufstände hat es allerdings gegeben, aber sie waren nur gegen Rußland gerichtet. In dem denkwürdigen Jahre 1848 verteidigte dagegen die polnische Jugend zur Zeit der Unruhen in Berlin die Person des preußischen Königs, und in den Jahren 1864, 1866 und 1870 trat das polnische Volk ohne Murren unter die preußischen Fahnen, um Preußen gegen seinen damaligen Feind zu verteidigen.

Als der Weltkrieg ausbrach, da nahm allerdings gar mancher Hafatist an — das ist eine bekannte Tatsache — daß die Polen im preußischen Landesteil sich für das erlittene Unrecht rächen würden. Es ist heute nämlich kein Geheimnis mehr, daß damals gerade in hafatistischen Kreisen Unruhen von polnischer Seite am meisten befürchtet wurden. Auf Grund solcher Befürchtungen fanden denn auch von seiten der preußischen Polizei zahlreiche Verhaftungen statt. Und was war das Ergebnis dieser neuen, durch nichts gerechtfertigten Verfolgungen? Daß Zehntausende von Polen ihr Leben für die Größe Deutschlands und zum Schutze Preußens opferten. Das polnische Blut floß und fließt auch jetzt noch reichlich auf allen so zahlreichen Schlachtfeldern, und zu den herrlichen deutschen Siegen hat der Heldennut der Polen in nicht geringem Grade beigetragen. Die vielfach von Mißtrauen umgebenen, verdächtigten und zurückgesetzten Polen haben denn auch durch ihre Haltung ihre Vorgesetzten zur Anerkennung ihrer Tapferkeit und ihrer Opferwilligkeit gezwungen. Das beweisen am besten die zahlreichen Eisernen Kreuze, welche heute die Brust — der Polen zieren.

Was sollen wir Polen aber noch mehr tun, um zu zeigen, daß wir uns mit unserer Zugehörigkeit zu Preußen ausgesöhnt haben?

Diejenigen Deutschen, deren klarer Blick vom Rassenhaß nicht getrübt war, haben denn auch die Aufopferung des polnischen Volkes anerkannt, und sie waren es gerade, welche die Praktiken und die Tendenzen der Hafatisten zuerst durchschauten und den Polen die Hand zur Versöhnung reichten.

Aber das eben gefällt den Hafatisten nicht; denn eine Versöhnung der Deutschen mit dem polnischen Volke würde doch ihre eigene Existenz vernichten.

Über die angeblich feindliche Gesinnung der Polen ihren deutschen Mitbürgern gegenüber verlohnt es sich überhaupt kein Wort zu verlieren, — so lächerlich ist dieser Vorwurf. Er fällt übrigens ganz auf die Hafatisten selbst zurück.

Die anderen gegen die Polen dreißt gelehnderten Vorwürfe und Beleidigungen erinnern höchstens nur noch an unser gutes polnisches Sprichwort: „Wen der liebe Gott strafen will, dem nimmt er den Verstand.“

Wir würden den Hafatisten deshalb auch zu viel Ehre antun, wenn wir uns mit ihrem letzten Ausfall noch länger beschäftigen sollten.

Statt dessen stellen wir hier also nur noch einmal mit allem Nachdruck fest, daß das ganze polnische Volk auch seinerseits jede Mitarbeit mit Leuten von einer solchen Denkungsart zurückweist. Das polnische Volk sehnt sich nämlich nach Verständigung mit der friedlichen deutschen Bevölkerung, nach einer Verständigung, die sich auf die Anerkennung einer vollständigen Gleichberechtigung in allen bürgerlichen Rechten und Pflichten — stützt. Also nach einer Verständigung, wie sie uns das christliche Gebot: „Du sollst deinen Nächsten lieben, wie dich selbst“ vorschreibt.

Die ihm zu einer aufrichtigen Versöhnung von deutscher Seite gereichte Hand nimmt das polnische Volk deshalb gern an, um mit den Deutschen zusammen, im wohlverstandenen, gemeinsamen Interesse für eine gemeinsame Zukunft zu arbeiten.

Trotz der feierlichen Ankündigung von seiten der Regierung werfen heute jedoch gewisse Leute dem polnischen Volke immer noch Steine in den Weg. Aber wir wissen jetzt schon, wo wir die eigentlichen Feinde des Polentums zu suchen haben. Wir wissen, daß nicht das ganze deutsche Volk uns feindlich gesinnt ist, sondern nur einzelne Individuen, die bis dahin allerdings leider die Oberhand hatten, deren Arbeit jedoch jetzt schon in das wahre Licht gerückt ist. Wir wollen also mit dem überwältigenden anderen Teil des deutschen Volkes friedlich zusammenarbeiten, ohne auf die sich abschließende Gruppe der politischen Bankrotteure zu achten.

Und wir werden uns von diesem einmal gewählten Wege auch durch weitere ähnliche Beschlüsse des Hauptvorstandes der Hafatisten nicht ablenken lassen.

Das polnische Volk wird nämlich auch für die Zukunft wie bis dahin seine Ruhe und seine nationale Würde bewahren und seine nationalen Eigenheiten und Heiligtümer verteidigen im Vertrauen vor allem auf den Beistand Gottes, dann auf seine eigenen Kräfte und schließlich auch auf die Anerkennung und Unterstützung der friedlich gesinnten Deutschen.

Die Hafatisten haben sich jetzt durch ihr Auftreten in einen direkten Gegensatz zu der Mehrheit des deutschen Volkes und zu der preußischen Regierung gesetzt. Das ist ja ihre Sache. Wir Polen wollen keine Fehde mit ihnen suchen, aber wir werden entschieden und furchtlos alle ihre Angriffe auf unsere Rechte, die uns als gleichberechtigten Staatsbürgern zukommen, zurückweisen.

(R.)

Aus Nr. 90 des Wielkopolanin (Pojen)
vom 21. April 1917.

Der „Ostmarkenverein“ und die polnischen Fraktionen.

Der „Ostmarkenverein“ ist in seinem bekannten letzten Aufruf u. a. auch mit der Stellung unserer Fraktionen im Reichstage und im Abgeordnetenhaus unzufrieden. Er hat natürlich im Sinn die bekannten Reden unserer Abgeordneten Stychel, Korsantj, Sendz und v. Trompczynski. Da aber auch in einigen Organen unserer Presse und hauptsächlich in derjenigen, welche sich mit dem „Kraj“ in Lissa solidarisieren, jeden Augenblick Vorwürfe von der Art erhoben werden, daß unsere parlamentarischen Fraktionen die polnische Sache schädigten und daß hinter diesen Fraktionen nur ein Bruchteil unserer Volksgemeinschaft stehe, während der überwiegende Teil unseres Volkes mit ihrer Stellung nicht zufrieden sei, so ist es notwendig, daß die Sache im Interesse unserer Fraktionen selbst, sowie im Interesse unserer Volksgemeinschaft und des ehrlichen Teils unserer öffentlichen Meinung mit einigen Worten aufgeklärt werde.

In der gegenwärtigen Kriegszeit können Wahl- und öffentliche Volksversammlungen nicht abgehalten werden, die in erster Linie darüber zu entscheiden hätten, inwieweit die Stellung unserer Fraktionen den Anschauungen der Wähler und des polnischen Volkes entspreche. Deswegen muß diese Rolle jetzt die polnische Presse als Dolmetsch der öffentlichen Meinung übernehmen, und zwar vornehmlich diejenige Presse, welche auf dem Standpunkt der nationalen Selbstständigkeit steht, ohne Rücksicht auf den Unterschied in der Anschauung und der politischen Richtung, die sie vertritt; denn solche Unterschiede sind in normalen, ruhigen Zeiten ganz selbstverständlich und gegebenenfalls sogar notwendig. Wenn unsere Presse in dieser Weise heute ihre Aufgabe erfüllt, so erleichtert sie zweifellos auch unseren Fraktionen ihr Auftreten in der parlamentarischen Arena. Das bedarf nicht erst einer längeren Erklärung, denn das ist an und für sich schon klar und selbstverständlich. So geschieht es bei jeder Volksgemeinschaft in konstitutionellen Staaten.

Die letzten Reden unserer Abgeordneten im Reichstage und im preußischen Abgeordnetenhaus waren keine Programmreden. Unseren Fraktionen kam es wohl auch nicht darauf an, in ihnen grundsätzliche Programme zu entwickeln. Dagegen trat ein Punkt in ihnen stets deutlich hervor: Sie präzisieren unter Berücksichtigung des realen Tatbestandes immer klar und genau die politische Lage der polnischen Bevölkerung im preußischen Landesteil in ihrem Verhältnis zu den antipolnischen Gesetzen, die der „Ostmarkenverein“, wie es sich jetzt herausstellt, in ihrem vollen Umfange auch noch weiter aufrechterhalten möchte. Wenn man nun diese Stellung unserer Fraktionen eine programmäßige nennen will, so haben wir natürlich nichts dagegen.

Im preußischen Herrenhaus hat der Minister von Breitenbach, wie bekannt, die Aufhebung des Enteignungsgesetzes, eine andere Anwendung des § 13 des Ansiedlungsgesetzes und gewisse Zugeständnisse im Unterricht der polnischen Sprache angekündigt. Was und wie es die Regierung besonders bezüglich der letzten zwei Punkte zu tun beabsichtigt, wissen wir noch nicht, denn der Minister hat sich in dieser Richtung nicht klar ausgesprochen. Übrigens war das Ganze auch nur eine Ankündigung, ein Versprechen. Aber für den „Ostmarkenverein“ war auch schon diese Ankündigung ein Anlaß zur Beunruhigung, wie wir aus seinem letzten Aufruf ersehen.

Aus Anlaß dieser Ankündigung des Ministers von Breitenbach wurden aber auch unsere Fraktionen in einer ganz leidenschaftlichen Weise angegriffen, und zwar durch den „Kraj“ und durch die ihm verwandten

Organe. Diese Angriffe werden auch heute noch immerzu wiederholt. Vor allem wird die Rede des Fürsten Radziwill den Reden unserer anderen Abgeordneten im Reichstage und im Abgeordnetenhaus entgegengehalten und behauptet, daß die polnischen Fraktionen den richtigen Augenblick verpaßt hätten, weil sie der Regierung keinen Grund gegeben hätten, schon früher eine solche Erklärung abzugeben, wie sie vom Minister von Breitenbach nach der Rede des Fürsten Radziwill abgegeben wurde.

Das ist eine ungenaue und sogar irreführende Darstellung der Tatsachen. Und in der Politik soll man doch nur mit realen Sachen rechnen und alles immer so darstellen, wie es sich wirklich zugetragen hat.

Die Rede des Fürsten Radziwill kann dem Minister von Breitenbach höchstens die Gelegenheit geboten, aber nicht einen Grund gegeben haben, die bekannte Ankündigung zu machen. Die Gründe zu dieser Ankündigung sind anderswo, nämlich in den sogenannten Staatsnotwendigkeiten zu suchen. Und als solche Staatsnotwendigkeiten sind in der letzten Zeit anzusehen: Die bekannte Botschaft des Kaisers, durch welche eine Reform des Landtagswahlsystems und eine Umformung des Herrenhauses nach dem Kriege angekündigt wurde, sowie die frühere Ankündigung des Ministers von Breitenbach in der polnischen Frage. In wiefern die kaiserliche Botschaft tatsächlich eine Staatsnotwendigkeit war, hat schon die deutsche demokratische und sozialistische Presse zur Genüge dargetan. Wir haben die Stimmen dieser Presse in unserem Blatte stets wiedergegeben, deswegen brauchen wir heute auf sie nicht mehr wieder zurückzukommen. Was aber die Erklärung des Ministers von Breitenbach anbelangt, so ist für jeden, der in der Politik mit realen Bedingungen rechnet, klar, daß sie insofern eine Staatsnotwendigkeit war, als es im Interesse des preußischen Staates nicht liegen kann, daß jenseits der Grenze ein freies Polen gegründet wird, das mit Preußen in guten, freundschaftlich-nachbarlichen Beziehungen leben soll, und gleichzeitig im preußischen Landesteil Ausnahmegeetze gegen dasjenige Element aufrecht erhalten werden, welches blut- und stammverwandt mit den Polen jenseits der Grenze ist. Deswegen liegt eben die Aufhebung der Ausnahmegeetze im Interesse des preußischen Staates, und deswegen muß auch die Erklärung des Ministers von Breitenbach als eine Staatsnotwendigkeit gelten. Daß aber der „Ostmarkenverein“ auf einem anderen Standpunkt steht, beweist noch gar nichts.

Übrigens gehen wir von der Voraussetzung aus, daß die letzte Ankündigung des Ministers von Breitenbach in hohem Maße ein Verdienst unserer parlamentarischen Fraktionen ist und ein Verdienst ihrer bisherigen Haltung, die vom „Kraj“ und den ihm verwandten Organen so leidenschaftlich angegriffen wird. Die polnischen Fraktionen verlangten nämlich stets die Aufhebung der Ausnahmegeetze, und zwar zuerst durch ihre Vertreter in den einzelnen Kommissionen, wo sie jedesmal wichtige und reale Gründe vorführten. Dann forderten sie diese Aufhebung schon energischer in den Kammern selbst. Ihre Reden konnten auch nicht ohne Eindruck auf die Kammern und auf die öffentliche Meinung in Deutschland und hauptsächlich auf die demokratischen Kreise bleiben. Das beweisen die verschiedenen Stimmen aus jenen Kreisen, die wir in unserem Blatte ebenfalls mitgeteilt haben und die ausdrücklich und mit allem Nachdruck betonten, daß angesichts der von allen Seiten ausgegebenen Lösungen für die Freiheit kleiner Nationen der preußische Staat nicht der einzige sein dürfe, der noch jetzt mit Ausnahmegeetzen operieren sollte. Wir erinnern hier nur an die Artikel des „Berliner Tageblatt“, des „Vorwärts“ und der „Welt am Montag.“

Die Verdienste unserer Fraktionen in dieser Richtung lassen sich also nicht leugnen, und deswegen müßten auch jene Stimmen verstummen, welche bis zum Überdruß wiederholen, daß die polnischen Fraktionen die Sache Polens schädigen. Abgesehen aber davon sehen wir jetzt erst eine Ankündigung des Ministers von Breitenbach, und von ihrer Verwirklichung wissen wir noch nichts. Zu Freude und gar zum Triumphieren liegt deshalb bis dahin noch kein Anlaß vor, zumal wir ja aus Erfahrung wissen, wie einflußreich der „Ostmarkenverein“ ist, mit dem die Regierung in der polnischen Frage bis dahin immer rechnete und dessen Forderungen sie gewöhnlich nachgab. Wir können heute höchstens dem lieben Gott dafür danken, daß man sich in Berlin endlich schon sagen mußte, daß die immer sich erneuernde Lebenskraft unserer Volksgemeinschaft durch Ausnahmegesetze nicht gebrochen werden kann. Das möge für uns zugleich ein Fingerzeig Gottes sein, daß wir verständig und umsichtig auch für die Zukunft unsere nationalen Rechte verteidigen und die Grundlagen unserer Existenz auf dem wirtschaftlichen, nationalen und religiösen Gebiete kräftigen sollen.

Unsere Fraktionen haben aber durch die Haltung, die sie in der parlamentarischen Arena eingenommen haben, diejenigen Pflichten erfüllt, welche von ihnen die Verteidigung unserer Rechte und unserer Existenz verlangten. Dafür werden sie nun jetzt von dem „Ostmarkenverein“ und nicht minder auch vom „Kraj“ und den ihm verwandten Organen angegriffen.

Aus Nr. 11 der Prawda (Posen)
vom 19. April 1917.

Zu dem Programm der österreichischen Deutschen in Sachen der Ausscheidung Galiziens schreibt das Blatt:

„... Auch bei uns im Deutschen Reiche fehlt es nicht an Leuten mit solchem Appetit. Das sind die bekannten Hafatisten, welche ungeachtet des Krieges am liebsten alles Polnische verschlingen würden.

Schon die gewöhnliche menschliche Gefräßigkeit ist eine Sünde, weil schädlich. Eine umso größere Sünde und ein größerer Schaden ist „politische Gefräßigkeit“. Sie schadet stets nur.

Das deutsche Projekt von der Ausscheidung Galiziens wird dahin wandern, wohin es gehört, in den Papierkorb, und der Wiener Polenklub wird untrüglich mit der Wiener Regierung ein Abkommen schließen in einer Weise, die beide Teile befriedigen wird.“

Aus Nr. 88 des Dziennik Kujawski (Hohensalza)
vom 19. April 1917.

Sie schreiten weiter.

Wer? — werdet ihr fragen. Und die Antwort wird lauten: die Hafatisten! Eine Zeit lang schien es, als ob der Krieg sie gelehrt hätte, aus seinen Umgestaltungen Erfahrungen zu schöpfen, zumal sie erklärten, daß sie bereit seien, aus der veränderten Sachlage im Verhältnis zu den Polen entsprechende Schlüsse zu ziehen. Schon damals stellten wir die Bedingung, daß wir erst sehen wollten, welcher Art diese „Schlußfolgerungen“ sein werden, die sich bis dahin auf eine einseitige Unterstreichung des Deutschturns im Osten stützten. Der Vorbehalt von polnischer Seite hatte seinen Grund. Schon das bekannte Auftreten der Konservativen und Hafatisten im preußischen Abgeordnetenhaus im November brachte von jener Seite oder seitens des Ostmarkenvereins einen Vorgeschnack der „Neuorientierung“. Welcher Bedeutung sich dieser noch immer erfreut, ging damals

aus dem Auftreten des preußischen Ministers von Loebel hervor. Bald darauf erfolgten allerdings die polnische deutschen Ergüsse im preußischen Herrenhause. Die Sonderrede des Fürsten von Radziwill (und des Grafen von Zoltowski), die mehr im eigenen Namen und in dem hinter ihnen stehenden wenigen Politikern von der Art des Fürsten von Drucki-Lubecki, Dombek, Rulerski und Verwandten gehalten wurde, war, wie wir schon vor einigen Tagen bemerkten, für die polnische Landtagsfraktion und die polnische Volksgesamtheit eine Überraschung, und die Erklärungen des Fürsten von Saksfeld und des Ministers von Breitenbach enthielten in ihren Umrissen zu allgemeine Wünsche und Ankündigungen, als daß hieraus eine positive Schlußfolgerung möglich wäre.

Wir haben schon damals darauf hingewiesen, daß wir erst die weitere Entwicklung der ministeriellen Ankündigungen abwarten müssen, um deren Wert im realen Lichte beurteilen zu können. Bevor aber von amtlicher Seite in dieser Beziehung irgend ein weiterer Schritt erfolgt wäre, meldete sich schon der auch heute noch mächtige „Ostmarkenverein“ mit seinem vollbesetzten Vorstände und erließ folgende Erklärung:

(Es folgt der Wortlaut dieser Erklärung.)

Den ausdrücklichen Standpunkt des „Ostmarkenvereins“ muß man mit Anerkennung begrüßen, denn offene Karten sind auch in der Politik eine gute Methode. Die „Germania“ nennt die Herren des Ostmarkenvereins allerdings „Personen stürmischen Charakters“, und das „Berliner Tageblatt“ macht den Herren in diesem Falle Kurzsichtigkeit zum Vorwurfe. Beide Blätter machen auch mit vollem Recht darauf aufmerksam, daß das durch eine jahrelange antipolnische Politik hervorgerufene Mißtrauen bei den Polen schon deshalb nicht über Nacht verschwinden könne, weil eine Änderung der Politik nur angekündigt worden sei, ohne daß die Ankündigung bestätigende Taten erfolgt wären.

Unsererseits möchten wir doch fragen, ob schon die bloße Ankündigung der Beseitigung der polnischen Unbilden ohne die Anerkennung ihrer Rechte als ein hinlänglicher Beweis für die Abschwächung der polnischen Enthaltensamkeit sein kann. Unserer Meinung nach kann sie — wie auch die genannten Berliner Zeitungen anerkennen, den Polen niemand übel nehmen.

Die gewissenhafte Erfüllung der Staatspflichten, das im Felde vergossene polnische Blut und der Dank Hindenburgs für die Hilfe für den Westen gehen bei dem Vorstände der Hafatisten, die durch ihre Erklärung ihren Widerwillen gegen die Ankündigungen der Regierung deutlich genug zu erkennen geben, ohne Eindruck vorüber.

Vielleicht werden sich dem Fürsten von Radziwill infolge der Ergüsse des Ostmarkenvereins noch besondere Erwägungen aufdrängen, weil er sicherlich nicht erwartet hatte, daß seine Worte, „daß ein harmonisches Verhältnis zwischen den Preußen und Polen, also preußischen Bürgern, nur auf der Grundlage einer vollständigen bürgerlichen Gleichberechtigung möglich ist“, auf deutscher — und zwar auch heute noch einflußreicher Stelle — solch einen antipolnischen Widerhall finden werden.

Aus Nr. 89 des Dziennik Berliński (Berlin)
vom 20. April 1917.

Der „Ostmarkenverein“ ändert seinen kampf-lustigen Charakter den Polen gegenüber nicht.

Wie wenig Einfluß alle Kriegserfahrungen auf gewisse nationalistische Kreise in Deutschland ausüben, die in ihrer nationalistischen Verblendung unverbesser-

lich sind, beweist die neueste Erklärung des „Ostmarkenvereins“.

Auf diese Erklärung kann man von polnischer Seite nur erwidern, daß es gegen einen bösen Willen kein Heilmittel gibt. Und wer Fehler finden will, der wird solche auch bei den heiligsten Leuten finden. Hieraus ergibt sich die Schlußfolgerung, auf diese und ähnliche Beschlüsse und Kundgebungen nicht zu achten, das Seinige zu tun und zu denken. Es wird aber die Zeit kommen, die uns Gerechtigkeit widerfahren lassen und diese Chauvinisten von allen Einflüssen und Entscheidungen vollständig beseitigen wird, weil die geschichtlichen Ereignisse und Notwendigkeiten sich als kräftiger erweisen werden als diese oder ähnliche nationalistischen Wünsche und Pläne.

Aus Nr. 48 der Gazeta Gdańska (Danzig)

vom 21. April 1917.

Der „Ostmarkenverein“ arbeitet.

Die „Gazeta Gdańska“ bringt die neueste Erklärung des Ostmarkenvereins und bemerkt hierzu folgendes:

Der Ostmarkenverein ist gegen jede Änderung der deutschen Politik in den östlichen Provinzen und macht diejenigen, welche den Wankelmuth in der bisherigen Politik, die sich gut bewährt habe, unterstützen, auf ihre große Verantwortlichkeit aufmerksam, sobald sie die Deutschen in den Ostmarken schädigen und im Osten des Deutschen Reiches ständige Unruhe und große Gefahr hervorrufen.

Aus der Erklärung des „Ostmarkenvereins“ können die Polen viel lernen. Insbesondere sind sie den Sakristanen für die Aufrichtigkeit dankbar, mit der sie sich auch heute noch, nach der bekannten Ankündigung der Änderungen der Politik gegen die Polen, zu den alten Ansichten bekennen. Ob sie damit die Sache der Regierung erleichtern, müssen wir bezweifeln. Und dennoch ist ihnen trotz des zwangsweisen inneren Friedens die Veröffentlichung derartiger Erklärungen gestattet.

Der nicht zeitgemäße Beschluß des Ostmarkenvereins empört das polnische Volk angesichts der gegenwärtigen kriegspolitischen Lage im allerhöchsten Grade. Aber auch die deutsche öffentliche Meinung wird hierüber unzufrieden sein. Das sehen wir schon aus den Stimmen der deutschen Presse.

Aus Nr. 87 des Kurjer Poznański (Posen)

vom 18. April 1917.

In Sachen der Stellungnahme der Bromberger Regierung zum polnischen Religionsunterricht

erhalten wir von unserem Informator aus geistlichen Kreisen die Mitteilung, daß sich die Regierung gegenwärtig nach mehrmonatlicher Verzögerung endlich dazu entschlossen hat, die polnische Sprache im Religionsunterricht auf der Unterstufe zuzulassen. Am 10. d. M. ist nämlich in die Hände des Antragstellers ein Bescheid des Inhalts gelangt, daß mit Beginn des neuen Schuljahres alles, was in dieser Sache erforderlich sei, veranlaßt würde. (Wörtlich: „daß wir wegen Erteilung des katholischen Religionsunterrichts in polnischer Sprache auf der Unterstufe der dortigen Schule mit Beginn des neuen Schuljahres das Erforderliche veranlaßt haben.“)

In Sachen der Schulmesse in der Ortschaft Ch. hingegen, bezüglich deren die Regierung die Bedingung gestellt hatte, daß die Gesänge und das Schlußgebet in deutscher Sprache stattfinden sollten, ist bisher keine Mitteilung über irgendein Zugeständnis der Regierung eingetroffen.

Aus Nr. 46 der Gazeta Grudziądzka (Graudenz)

vom 17. April 1917.

Die Regierung das ihrige und die den Polen nicht wohlwollenden Beamten und Unterbehörden das ihrige.

Es ist eine ganz unverständliche Sache, daß die der Staatsregierung unterstellten Behörden und Beamten so verfahren dürfen, als ob das, was die Regierung und deren Vertreter, die Herren von Bethmann Hollweg und von Loebell, über die Änderung der Politik den Polen ausgesprochen haben, gar nicht gesagt worden wäre.

In dieser Beziehung zeichnet sich insbesondere die Bromberger Regierung aus, die gegen die Polen allerdings stets sehr abgeneigt war.

Grünerzeit hatte die Angelegenheit der Kleinkinder-Bewahranstalt in Szymborze ungeheuer viel Staub aufgewirbelt. Unlängst sind zwei neue Sachen zur Kenntnis der polnischen Volksgesamtheit gelangt, die beweisen, daß der antipolnische Geist der Bromberger Regierung unverändert ist.

Ein gewisser Geistlicher im Kreise Hohensalza wollte in seinem Kirchspiel eine sogenannte Schulmesse für die Kinder einführen und stellte dieserhalb bei der Regierung einen entsprechenden Antrag.

Es ist schon traurig genug, daß die katholische Kirche sich in Preußen in einer so unangenehmen Lage befindet, daß zur Einführung einer Schulmesse die Genehmigung der Regierung erforderlich ist. Aber noch schlimmer ist es, daß der betreffende Geistliche auf seine Eingabe folgende Antwort erhielt:

„Bromberg, den 19. März 1917.

Bevor wir den Antrag Euer Hohehrwürden, betreffend die pflichtmäßige Teilnahme der dortigen Schule an der einzuführenden Schulmesse, prüfen, ersuchen wir Sie ergebenst um gefällige Mitteilung, ob bei den kirchlichen Gesängen und dem Schlußgebet nur die deutsche Sprache zur Anwendung gelangen wird.

(Unterschrift unleserlich.)

Diese Antwort ist wirklich unerhört!

Es sollen also sogar die Gesänge und die Gebete in der Kirche zu Übungen in der deutschen Sprache degradiert werden. Solche Übungen in der deutschen Sprache will die Bromberger Regierung unseren polnischen Kirchen aufdrängen. Sogar zur Zeit des Krieges, in der die Söhne des polnischen Volkes im Kampfe zum Schutze der Interessen des deutschen Staates ihr Blut vergießen, will sie aus diesen unsern Kirchen Werkzeuge ihrer germanisierenden Arbeit schaffen. Unsere Kinder sollen sogar im Kirchlein unverständliche Lieder singen und gedankenlos unverstandene Gebete verrichten!

Das ist eine unerhörte Sache! Für erwachsene Polen werden den polnischen Zeitungen polnische Artikel übersandt, damit diese die Wichtigkeit der 6. Krieganleihe gut begreifen; denn man weiß sehr gut, daß sogar die Erwachsenen nicht so viel deutsch können, um die deutsche Lehre über die 6. Krieganleihe gehörig zu verstehen. Und von den polnischen Kindern verlangt die Bromberger Regierung, daß sie sogar in der Kirche unverstandene Lieder singen und Gebete verrichten sollen! Bei diesem Gedanken möchten sich die Eingeweide des Menschen herum-drehen!

Ein anderer Geistlicher schreibt, daß er auf seine an die königliche Regierung in Bromberg gerichtete Eingabe wegen Wiedereinführung der polnischen Sprache im Religionsunterrichte auf der Unterstufe seiner von nur polnischen Kindern besuchten Schule schon seit 2 Monaten auf Antwort warte.

Aus diesen beiden Beispielen wolle die höhere Behörde mit dem Reichskanzler und den Ministern

ersehen, wie viel den ihnen unterstellten Behörden an der Ankündigung der neuen Orientierung gelegen ist.

Diese beiden Vorgänge rühren allerdings aus der Zeit vor dem 28. März d. J. her, als die feierliche Erklärung des Vizepräsidenten des preussischen Staatsministeriums noch nicht abgegeben war, daß die Beilegung des antipolnischen Kehrichthaufens noch während der Dauer des Krieges beginnen werde. Denn wenn diese Vorgänge sich nach dem 28. März ereignet hätten, dann würden die Taten der Bromberger Regierung die unter der polnischen Volksgesamtheit erwachten Hoffnungen sicherlich wieder hinweggesetzt haben.

Möge die preussische Regierung daher darüber wachen, daß ihre untergeordneten Behörden wenigstens jetzt und in der Zukunft sich ihrer antipolnischen Stimmung entledigen. Wenn sich dann der eine und zweite Beamte davon überzeugt, daß die hafatistische Stimmung und hafatistische Arbeit zur Karriere heute nicht mehr verhelfen, sondern sogar hinderlich sein könnten, dann werden die dem polnischen Volke unangenehmen und es reizenden Vorgänge seltener vorkommen.

Wir hoffen daher, daß die Regierung gegebenenfalls Belehrungen eintreten lassen wird und die Verhältnisse sich dann auch wirklich ändern werden.

Aus Nr. 164 der Gazeta Narodowa (Posen)
vom 21. April 1917:

Das Blatt berichtet an der Hand des „Berliner Tageblatt“ von der Verfügung des Regierungspräsidenten in Bromberg betreffend die Einführung des polnischen Religionsunterrichts mit Beginn des neuen Schuljahres und knüpft daran folgende Bemerkung:

„Wir haben uns in dieser Sache an die maßgebende Quelle mit der Anfrage gewendet, inwieweit dieses Telegramm auf Wahrheit beruhe. Man hat uns geantwortet, der Bromberger Regierungspräsident habe die Erteilung von Religionsunterricht in polnischer Sprache bisher erst in drei Schulen gestattet, nämlich in Schneidemühlchen im Kreise Tilsche, in Morzewo im Kreise Kolmar und in Lagiewniki. Grundsätzlich verhalte sich die Sache wie folgt: In den Schulen, in welchen Religionsunterricht in der Muttersprache auf der Unterstufe erteilt wurde, finde natürlich dieser Unterricht auch weiterhin in polnischer Sprache statt; wo jedoch mit der Zeit Religionsunterricht in deutscher Sprache für die polnischen Kinder eingeführt worden sei, da entscheide der Minister. Gegenwärtig besaße sich das Ministerium mit einer ganzen Reihe von Anträgen auf Wiedereinführung des Religionsunterrichts in polnischer Sprache, und es sei zu erwarten, daß die Entscheidung des Ministers im Sinne der polnischen Antragsteller ausfallen werde. Somit muß auf eine generelle Verfügung des Ministers gewartet werden, welche baldigst erfolgen sollte.“

Aus Nr. 92 des Kraj (Lissa)
vom 24. April 1917.

Die Neuorientierung.

Das preussische Staatsministerium sollte tatsächlich im beiderseitigen Interesse allgemeine Verfügungen und Anweisungen erlassen, dahin, wie mit der polnischen Bevölkerung umzugehen sei. Gleichberechtigung, Wohlwollen ist notwendig. Mehrfache Bescheide, besonders der Regierung in Bromberg, deuten auf einen Mangel an allgemeinen Anweisungen hin. Das Säumen im Bescheiderteilen fällt auf. Ja, was schlimmer ist, in

der Schulsache nimmt die Bromberger Regierung gegenüber der Bereitschaft der Geistlichen zur Übernahme des polnischen Religionsunterrichts leider einen ablehnenden Standpunkt ein. Wir begreifen, daß die Vorbereitung der angekündigten Schritte Zeit erfordert. Das Kultusministerium mußte natürlich auch viele Beamte für den Krieg stellen wie jedes andere Ministerium. Wir wappneten uns mit Geduld.

Ungeachtet dessen bemerken wir, daß die Beschleunigung, sei es auch nur einer teilweisen Erledigung der Schulsachen, sich sehr empfiehlt, und zwar aus allgemeinen Gründen mit Rücksicht auf die polnische Bevölkerung nicht nur in Preußen, sondern auch im Königreich Polen, in Galizien und sonstwo, mit Rücksicht auf den guten Eindruck, den der gerechte Kurs einer „Neuorientierung“ nicht nur bei uns sondern auch in Österreich und auf dem Balkan auf die dortigen Slaven, nicht zuletzt auf die Bevölkerung in Bulgarien, dem Bundesgenossen der Mittelmächte, machen wird. Wir wissen, daß neue Vorschriften vorbereitet werden, es ist aber an ihrer Beschleunigung im beiderseitigen Interesse gelegen.

Eine gewisse Anzahl polnischer Anträge hat das Ministerium bereits erhalten. Wir haben stets aufgefodert, daß man sich an die höchste Instanz wenden möge. Wir freuen uns darüber, daß dies jetzt geschieht.

Die „Posener Lehrerzeitung“ wehklagte über den eventl. Wandel der Verhältnisse, und sie will die Frage der Einführung der polnischen Sprache auf die Fortbildungsschulen beschränkt wissen. Eine solche Erledigung der Sache konnte offenbar nur ein Schreiber ersinnen, der die Frage einer gründlichen, recht guten religiösen Erziehung nicht als die wichtigste Sache betrachtet. Religion kann man Kindern wirksam einzig mit Hilfe der Muttersprache einprägen. Die liberalisierende, zur Revolution führende Strömung, die in Frankreich und Portugal, neuerdings in Rußland am Werke war, wie sie den Monarchien Italien und Spanien droht, sollte doch recht nachdrücklich die Aufmerksamkeit auf die alte Wahrheit richten, daß nicht ein oberflächliches, nur gedächtnismäßiges Einprägen der Glaubenswahrheiten und des religiösen Wissens, wie es leider gegenwärtig bei uns in der Schule geschieht, über die gute religiöse Erziehung der Volksgemeinschaft entscheidet, sondern eine gründliche religiöse Erziehung, d. i. eine gehörige und wirkungsvolle Einflußnahme auf die Herzen, auf die Gesinnung, was nur mit Hilfe der Muttersprache möglich ist. In unseren Verhältnissen muß die Kirche umjomehr Unterstützung seitens der Schule erfahren durch Unterricht im katholischen Geiste in polnischer Sprache. Indessen ist berechnet worden, daß im Posenschen, wo es viel Simultanschulen gibt, noch etwa 3500 katholische Lehrer über die gegenwärtige Zahl hinaus nötig wären, wenn man die polnische Bevölkerung hinsichtlich der Zahl der katholischen Lehrer mit dem gleichen Maße messen wollte, wie die evangelische Bevölkerung.

Außerdem wird in 850 Schulen nur auf der Unterstufe Religionsunterricht in polnischer Sprache erteilt.

Ein solcher Stand der Dinge kann natürlich niemanden unter uns befriedigen. Wir vertrauen darauf, daß die Verhältnisse in Kürze einigermaßen werden geregelt werden — natürlich unter Verständigung mit unserer höchsten kirchlichen Behörde, die auf der Wacht unserer religiösen Güter steht wozu sie auch ausschließlich zuständig ist.

Aus Nr. 88 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 19. April 1917.

Eine Antwort.

(Zur Schulfrage in Posen.)

Als Antwort dem Herrn Professor Dr. v. Karwowski gibt jetzt der Verfasser der Betrachtungen über die Schulverhältnisse in Posen, die wir in Nr. 80 unseres Blattes veröffentlicht haben, die sachlichen Gründe an, die ihn veranlaßt haben, damals das Wort zu ergreifen. Er schreibt:

Die Budgetberatungen bieten in jeder Kammer, und somit auch in einer Stadtverordnetenversammlung Gelegenheit zu einer eingehenden Besprechung der einzelnen Budgetposten, zum Vergleichen der neuen Geldforderungen mit den früheren, zu Betrachtungen über die Verwendung der im Etat enthaltenen Summen, zum Vorbringen besonderer Wünsche der betreffenden Volksgemeinschaft, und, falls notwendig, auch spezieller Klagen über unangemessene Wirtschaft, sowie schließlich zu der Forderung, daß alle ungerechten Praktiken für die Zukunft unterlassen werden sollen. Deswegen werden auch für die Budgetdebatten von jeder Partei gewöhnlich die tüchtigsten Kräfte als Redner bestimmt, welche die Wünsche der betreffenden Partei vorzutragen haben.

Bei den Budgetberatungen für das Jahr 1917/18 am 28. v. M. trat in der Posener Stadtverordnetenversammlung im Namen der Linken als Kritiker Herr Dr. Jaffé auf; den Standpunkt der Rechten begründete Herr Busse, und von der polnischen Fraktion wurde — wie bekannt — Herr Professor Dr. v. Karwowski zum Redner auserkoren. Der Vertreter der polnischen Interessen befindet sich bei der Budgetdebatte angesichts der politischen Lage in unserer Provinz, von der leider auch unsere Stadtverwaltung in gar mancher Beziehung in einer ungünstigen Weise beeinflusst wird, in einer schwierigen Lage. Denn er muß einerseits, um die polnischen Steuerzahler vor Überlastung zu bewahren, jeden Ausgabeposten ganz genau prüfen, und andererseits mit besonderer Sorgfalt auch diejenigen Posten auf ihre Richtigkeit untersuchen, die zur Deckung der kulturellen Bedürfnisse unserer Bevölkerung bestimmt sind; er muß nachforschen, ob der Etat auf diesem Gebiete unseren Landesleuten gestattet, auch für ihre Bedürfnisse in einem entsprechenden Verhältnisse Sorge zu tragen. Er muß somit mit Aufmerksamkeit alle jene Posten verfolgen, welche sich auf das Dienstpersonal, auf die Unterstützung öffentlicher Institutionen, auf Stipendien, auf das Theater und vor allem auf die Schulen beziehen; denn er weiß, daß das polnische Publikum gar sehr auf die Haltung acht gibt, die er zu allen diesen Fragen einnimmt.

Unsere Volksgemeinschaft ist schon so weit aufgeklärt, daß sie weiß, wie sehr die Gemeindeverwaltungen in der Provinz Posen durch die bestehenden, für uns ungünstigen Sprachengesetze gebunden sind. Sie wacht deshalb mit aller Sorgfalt darüber, daß hauptsächlich in der Schulfrage durch die Verordnungen der Stadtverwaltung nicht sogar noch die Ministererlasse übertrumpft werden und daß auf diesem Gebiete seitens der Stadtverwaltung nicht Mißbräuche vorkommen, deren Beseitigung man sofort verlangen müßte. So wissen wir z. B. alle, daß nach den bisherigen Regierungserlassen der Unterricht in den weltlichen Unterrichtsgegenständen auch den polnischen Kindern in deutscher Sprache erteilt werden muß, aber wir wissen ebenso, daß da, wo das Verständnis des Vortrages es verlangt, auf den deutschen Vortrag eine Erklärung in polnischer Sprache erfolgen darf, und daß deswegen die Lehrer hier insoweit der polnischen Sprache mächtig sein müßten, daß sie dieser pädagogischen Pflicht genügen könnten. Deshalb haben wir auch das Recht, zu verlangen, daß sowohl die Schuldeputation, als auch der

Magistrat bei der Besetzung vakanter Lehrerstellen mit dieser Tatsache rechne. Geschieht das nicht, dann ist eben Grund zur Kritik vorhanden. Man muß dann auf die schädlichen Folgen hinweisen, die sich aus der Nichtbeachtung dieses elementarsten Gebotes der Schulpädagogik ergeben könnten, und man muß verlangen, daß der gesetzmäßige Weg befolgt werde. Dieses Verlangen muß aber stets von neuem hauptsächlich bei den Budgetberatungen, und zwar bis zu dem erwünschten Erfolg wiederholt werden!

Die Folgen eines mangelhaften Verständnisses des Vortrages machen sich bei uns vor allem in einer sehr deutlichen und charakteristischen Weise in der Frequenz der einzelnen Klassen bemerkbar. Während nämlich auf den unteren Stufen vornehmlich der Posener Freischulen das polnische Element bei weitem überwiegt, ändert sich das Nationalitätenverhältnis auf den höheren Stufen in einer auffallenden Weise zu Ungunsten der Polen. Eine Nationalstatistik der Schüler der einzelnen Schulen erhält aber von den Rektoren ebenso die Schuldeputation, wie der Magistrat. In früheren Jahren wurde denn auch diese Statistik jedesmal bei der Berichterstattung des Magistrats mitgeteilt. Warum sollen wir nicht verlangen, daß diese Urkunde, die in deutlicher Weise die hiesigen Schulverhältnisse illustriert, auch weiter mitgeteilt wird? Zu einem solchen Verlangen bot sich wiederum Gelegenheit bei den diesjährigen Etatsberatungen. In gar manchem Falle ist bei uns der Grund zu der so häufigen Übertretung des Zuchtigungsrechts auch nur in der Ungeduld des Lehrers zu suchen, zu der er sich durch die ungenauen Antworten der Schüler hinreißen läßt, die durch das mangelhafte Verständnis des Vortrages verschuldet werden. Fordern wir deshalb die Beseitigung dieses Mißstandes stets von neuem, und zwar bis zum Erfolg. Wir sind ja dazu auch berechtigt.

Auf die Anfrage unserer Stadtverordneten, aus welchem Grunde auf den Etat der Stadt Posen Lehrer aus anderen Provinzen gelangen, die der polnischen Sprache gar nicht mächtig sind, hätte der Magistrat zweifellos als Entschuldigung den angeblich stets befolgten Grundsatz angeführt, daß bei der Anstellung der Lehrer „nicht auf die Nationalität, sondern nur auf die Befähigung geachtet wird.“ Auf denselben Standpunkt stellte sich nun auch der Vertreter der polnischen Fraktion, als er, wie der „Dziennik Poznański“ berichtet, sagte: „Wir haben nichts dagegen, wenn an Stelle der mangelnden Lehrer Lehrerinnen angestellt werden, aber man müßte dabei nicht auf die Nationalität, sondern auf die Befähigung achten.“

Bei der Anerkennung des Prinzips, daß die Klassen nicht mit einer zu großen Schülerzahl überbürdet werden dürfen, damit die Methode des individuellen Unterrichts darunter nicht zu leiden hätte, wäre es auch notwendig gewesen, der Mißbilligung dessen Ausdruck zu geben, daß in den hiesigen städtischen Schulen mit diesen Grundsatz noch viel weniger als in den weltlichen Unterrichtsgegenständen dann geachtet wird, wenn es sich um den katholischen Religionsunterricht handelt. Wenn dieser Punkt von unseren Stadtverordneten nicht hervorgehoben wird, so ziehen die Schuldeputation und der Magistrat daraus die erwünschten Konsequenzen für ihre weitere Praxis.

Aus den Zeitungsberichten ist den hiesigen katholischen Einwohnern, und vor allem den hiesigen Polen weiter noch ein Ministerialerlaß bekannt, nach welchem der Religionsunterricht in dem Stundenplan an die erste Stelle und nicht in eine Zeit gesetzt werden soll, die für die Unterrichtsgegenstände von geringerer Bedeutung bestimmt ist. In Posen wird und kann aber diese Verordnung aus dem einfachen Grunde nicht streng durchgeführt werden, weil es an katholischen

Lehrern überhaupt doch fehlt. Vielleicht wird sich später Gelegenheit finden, den Magistrat an diese Verfüzung des Kultusministeriums noch besonders zu erinnern und dabei zugleich die entschiedene Forderung zu stellen, daß auch bei uns in konfessioneller Hinsicht ein richtiges numerisches Verhältnis in der Lehrer- und Schülerzahl herbeigeführt werde.

Die Eltern in Posen wissen außerdem noch von ihren Verwandten aus der Provinz und anderswoher, daß in ihren Gegenden katholischen Schülern der Schulunterricht tatsächlich von katholischen Lehrern erteilt wird; sie wissen ebenso, daß das Kultusministerium sich grundsätzlich gegen jede Simultanisierung der Volksschulen ausgesprochen hat. Deswegen wurde auch von den polnischen Stadtverordneten mit Recht erwartet, sie würden einen Antrag stellen, daß endlich auch bei uns solchen Zuständen ein Ende gemacht werde, daß katholische Kinder am ganzen Tage keine einzige Stunde von einem katholischen Lehrer unterrichtet werden, sondern daß sie die ganze Zeit unter dem Einfluß von Pädagogen einer anderen Konfession stehen müssen. Von diesen allein erhalten sie ihren Unterricht und ihre Erziehung. Die Regierung in Posen hat sich ja vor Jahren längere Zeit gegen die Forderung des Posener Magistrats gestäubt, die früheren konfessionellen Schulen in Simultanschulen zu verwandeln. Erst im Jahre 1872 — also in der Faltischen Schulperiode zeigte sie sich den Wünschen der Posener Stadtverordnetenversammlung geneigt, der auf Grund des Dreiklassenystems auch noch heute überwiegend Deutsche und Juden angehören. Die Bevölkerung in Posen wurde damals in dieser wichtigen Angelegenheit überhaupt nicht unmittelbar um Rat gefragt. Was aber damals nur einzelne Individuen gegen den Willen der Gesamtheit aufgebaut haben, das müssen wir jetzt um so mehr zu beseitigen suchen, als die Versprechungen nicht erfüllt worden sind, die damals bei dieser Änderung gegeben wurden, daß man nämlich in Zukunft bei der Besetzung von Lehrerstellen an der Gleichberechtigung ebenso auf dem konfessionellen, wie auf dem nationalen Gebiete festhalten werde.

Dem Verfasser des Artikels in Nr. 80 des „Kurjer Poznański“ kam es selbstverständlich gar nicht darauf an, die Verdienste, die sich der geehrte Herr Professor Dr. von Karwowski um unsere Volksgemeinschaft auf verschiedenen Gebieten erworben hat, herabzuziehen, sondern zu einer Besserung der Schulverhältnisse in Posen beizutragen. Und in dieser Hinsicht muß bei uns doch Vieles geschehen. In 849 katholischen Volksschulen erhalten nämlich die polnischen Kinder im Großherzogtum Posen den Religionsunterricht in ihrer Muttersprache auf allen Stufen. Auch der polnische Unterricht ist dort als Unterrichtsgegenstand eingeführt. Warum soll nun nicht auch Posen zu diesen Dörtschaften gehören?

Aus Nr. 87 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 18. April 1917.

Um die polnische Sprache im Postverkehr.

Aus der Stadt schreibt man uns: Der „Kurjer Poznański“ hatte kürzlich mitgeteilt, die Posener Handelskammer habe sich an das stellvertretende Generalkommando in Posen mit der Bitte gewandt, die polnische Sprache im auswärtigen telephonischen Verkehr wieder zuzulassen, und sie hatte die Schwierigkeiten und Unzuträglichkeiten erörtert, welche aus der Nichtzulassung der polnischen Sprache für die polnische Bevölkerung, insbesondere für den Kaufmannstand erwachsen. Das stellvertretende Generalkommando soll diese Eingabe angeblich abschlägig beantwortet haben mit dem Bemerkten, daß die in der Eingabe erwähnten Unzuträglichkeiten sich bedeutend einschränken ließen,

wenn die interessierten Kreise sich des Telegramms bedienen wollten. Auf Grund dieser Erklärung des Generalkommandos wollte ich heute ein Telegramm absenden, doch hat die Post kategorisch erklärt, sie nehme polnische Telegramme nicht an.

Soweit unser Informator. Der ablehnende Standpunkt der Post steht im Widerspruch zu der Erklärung des stellvertretenden Generalkommandos. Unseres Erachtens müßte die Sache durchaus klargestellt werden, und zwar unzweideutig. Wir nehmen an, daß die maßgebenden Faktoren, namentlich die polnischen Mitglieder der Handelskammer, diese Sache an der gehörigen Stelle zur Sprache bringen werden.

Aus Nr. 163 der Gazeta Narodowa (Posen)
vom 20. April 1917.

Unter Hinweis auf das glänzende Ergebnis der 6. Kriegsanleihe schreibt das Blatt:

„über dieses Ergebnis herrscht große und sehr begreifliche Freude im ganzen Reiche — dagegen Bestürzung bei den Mächten der Koalition, die sich während dieses Krieges finanziell von Amerika her stärken mußten. Es hat sich auch bei dieser Gelegenheit die unverwundliche Kraft Deutschlands nicht bloß auf militärischem, sondern auch auf finanziellem Gebiet erwiesen. Damit werden auch die von den Haktisten den Polen gemachten Vorwürfe hinfällig, als wenn wir an der Versorgung des Staates mit eigenem Gelde unzulänglich teilgenommen hätten, denn in dieser riesigen Summe bilden einen bedeutenden Teil polnische Zeichnungen, was die Landräte in den amtlichen Publikationen feststellen. Wenn ungeachtet dessen die von den Polen gezeichneten Summen niedriger sind als die Zeichnungen der Deutschen, so ist das nur eine Folgeerscheinung unserer wirtschaftlichen Lage im Lande, wo alle einträglichen Stellungen Deutsche einnehmen. Jedenfalls haben die Polen nach Kräften ihre Pflicht gegenüber dem Staate getan.“

In derselben Angelegenheit schreibt der Kraj (Lissa i. Pos.) Nr. 29 vom 20. April:

„Dem Hauptvorstande des Ostmarkenvereins zur Kenntnis, daß auf die 6. Kriegsanleihe in der hiesigen Bank Przemysłowców 150 000 (auf die 5. Kriegsanleihe 132 800 M.), in der Bank Włościanów 661 300 (305 000), in der Bank Ziemi 100 000 (60 000), in der Verbandsbank der Erwerbsgenossenschaften 2719 000 (700 000) Mark gezeichnet worden sind.“

Aus Nr. 48 der Gazeta Grudziądzka (Graudenz)
vom 21. April 1917.

Vor der Versammlung der polnischen Fraktionen.

Die Sitzungen des Reichstages und des Landtages nähern sich wieder. Aus verschiedenen Anzeichen ist zu entnehmen, daß die national-demokratische Partei, die einer Zentralbehörde unterstellt ist, zu welcher auch Freimaurer gehören, die Gott nicht anerkennen und Gegner der katholischen Kirche sind, für die polnische Volksgesamtheit wieder eine unkluge Überraschung vorbereitet. Wenn es nur nicht eine ähnliche Überraschung wäre, wie jene Erklärung gegen gewisse Zeitungen, durch welche die Nationaldemokraten die polnische Reichstagsfraktion in den Augen der eigenen Volksgesamtheit und in den des Auslandes unendlich lächerlich gemacht haben.

Manche Posener Zeitungen deuten an, daß die national-demokratischen Zeitungen, z. B. der „Kurjer Poznański“, der „Drendownik“ und der „Dziennik

Rujawski", die Absicht haben, den Fürsten von Radziwill anzupapfen und vielleicht unliebbare Schritte unserer polnischen Fraktionen gegen den greisen und verdienten Vorsitzenden der polnischen Reichstagsfraktion zu veranlassen.

Es ist bekannt, daß unter der Mehrzahl der Abgeordneten, die uns jetzt in Berlin vertreten, die Nationaldemokraten die Führerschaft haben. Sie haben unsere Abgeordneten-Fraktionen an der Führung einer vernünftigen und für unser Volk nützlichen Politik verhindert, sie haben dafür gesorgt, daß von den Fraktionen, die von ihnen ausgegebene Lösung: „Ruhig sitzen, nichts tun“ befolgt wurde. Auch haben sie vermittels verschiedener Schliche die Reichstagsfraktion zu jener lächerlichen Erklärung gegen gewisse Zeitungen getrieben, die ihnen wohl noch öfter sauer aufstoßen wird.

Die Nationaldemokraten wollten mit dieser Erklärung ihre Gegner zerchmettern, und die Fraktion ist unbewußt in diese Falle hineingeraten. So wird das Ansehen der Fraktion zu Zwecken der Parteipolitik gemißbraucht.

Daß die Nationaldemokraten irgend einen Parteistreich vorbereiten, haben wir bereits eben gemerkt. Die dort genannten Zeitungen sind über das politische Kluge Auftreten des greisen und in unserer Volksgesamtheit allgemein geachteten Fürsten von Radziwill im Herrenhause sehr erbittert, obgleich dieser es ermöglicht hatte, daß die preußische Regierung die Erklärung über die alsbaldige Beseitigung des antipolnischen Rehrichthausens abgeben konnte.

Der „Kurjer Poznański“ machte dem Fürsten geradezu den Vorwurf, daß er die Politik der Abgeordnetenfraktionen durchkreuzt habe und schrieb folgendes:

„Ob und inwieweit der Fürst von Radziwill nach einer vorherigen Verständigung mit der Landtagsfraktion oder nur in seinem Namen gesprochen hat, wissen wir nicht. Unzweifelhaft mußten alle Kundgebungen im Herrenhause, welche die Politik der Landtags- oder Reichstagsfraktion kreuzen, auf unsere politische Einheitlichkeit einen abschwächenden Eindruck machen, und das ist nicht erwünscht.“

Dafür mußte wohl die Reichstagsfraktion — dem „Kurjer“ gemäß — den Fürsten bestrafen.

Der „Dziennik Rujawski“, das weniger kluge der nationaldemokratischen Blätter, fordert ein Auftreten der Reichstags- und Landtagsfraktionen gegen den Fürsten schon deutlicher, denn es schreibt:

„Welche Stellung die Landtagsfraktion einnehmen wird, wissen wir nicht. Wir sind aber der Ansicht, daß sie sich über diesen grellen Bruch der Solidarität nicht stillschweigend hinwegsetzen wird. Leider liegt in dieser ganzen Tätigkeit auch ein trauriger Punkt. Dieser betrifft den Fürsten Ferdinand von Radziwill, der trotz seiner Würde als Vorsitzenden der Reichstagsfraktion, die ihn zum Wachen über die Solidarität verpflichtet, die Solidaritätspflicht selbst verletzt hat. Hier wird wohl die Reichstagsfraktion von ihrem Vorsitzenden Aufklärung verlangen, um für die Zukunft einem Handeln „auf eigene Faust“ vorzubeugen.“

Aus den Stimmen dieser nationaldemokratischen Blätter ist großer Zorn darüber zu entnehmen, daß die preußische Regierung sich endlich zur Ankündigung der Beseitigung des antipolnischen Rehrichthausens noch während des Krieges entschlossen hat, sowie darüber, daß der Fürst von Radziwill durch seine politische Kluge Rede der preußischen Regierung die grundsätzliche Abwendung von der verfolgungsfüchtigen antipolnischen Politik erleichtert, bzw. ermöglicht hat.

Diese Wut der nationaldemokratischen Blätter versteht das polnische Volk natürlich nicht, denn dieses hat sich stets darnach gesehnt, daß die preußische Regierung der verfolgungsfüchtigen antipolnischen Politik

ein Ende machen möchte. Und dieses Volk hat sich auch stets Mühe gegeben, nur solche Abgeordnete nach Berlin zu entsenden, welche für die Beseitigung des antipolnischen Rehrichthausens und der schädigenden Antipolengesetze sorgen möchten. Es hat seine Abgeordneten wahrhaftig nicht zu dem Zwecke nach Berlin geschickt, um für das polnische Volk neue Hiebe zu veranlassen, oder der Beseitigung der antipolnischen Gesetzgebung Hindernisse zu bereiten.

Und hier schäumen die Herren Nationaldemokraten und deren Blätter wie der „Kurjer Poznański“, der „Dziennik Rujawski“ und der „Dziennik Rujawski“ vor Wut, daß der Fürst von Radziwill, gestützt auf die Arbeit der katholisch-polnischen Volkspartei und der „Partei der nationalen Arbeit“, mit diesen Parteien dazu beigetragen hat, daß die heißesten Wünsche des polnischen Volkes sich erfüllen.

Darüber also sind jene Herren und deren Zeitungen so wütend? Wie ist das zu verstehen?

Einige nationaldemokratische Politiker schreien in Posen sogar, daß es für die Volksgesamtheit das allergrößte Unglück wäre, wenn die preußische Regierung ihre Versprechungen erfüllen sollte.

Also das würde ein großes Unglück sein, wenn die preußische Regierung den Religionsunterricht in der polnischen Sprache gestatten sollte! Allerdings, für die Ungläubigen und die Gegner der katholischen Kirche könnte das wohl ein Unglück sein!

Es soll ein Unglück sein, wenn die polnische Sprache in den öffentlichen Versammlungen wieder die Freiheit genießt! Es soll ein Unglück sein, wenn das Entzignungsgesetz beseitigt wird! Es soll ein Unglück sein, wenn der § 13 des Ansiedlungsgesetzes in Wegfall kommt! Und das allergrößte Unglück soll es wohl sein, wenn die preußische Regierung von den Mitteln, zu denen auch die Polen beitragen, für die Polen Beträge bereitstellt, damit auch diese Land ankaufen und eine polnische Ansiedlung ermöglichen könnten!

Also alles das, was das polnische Volk am heißesten wünscht, das soll für die polnische Volksgesamtheit ein Unglück sein und die Politik der polnischen Fraktionen durchkreuzen, wofür der Fürst von Radziwill wegen eines angeblichen Bruches der Solidarität zur Verantwortung gezogen und vor das Gericht der Mehrheit der Nationaldemokraten gestellt werden soll!

Außerdem soll wohl auch noch eine Erklärung gegen die „Gazeta Grudziowska“ beschlossen werden, die seit Beginn des Krieges darnach strebte, die Grundlage für eine Politik zu schaffen, welche die preußische Regierung veranlassen würde, die Antipolenpolitik und das ganze antipolnische System in die Kumpelkammer zu werfen, welche für die ganze polnische Volksgesamtheit das „große Glück“ herbeiführen würde, nicht mehr wie früher verfolgt und zurückgesetzt zu werden.

Wenn das ein Unglück sein soll, dann müßte im Gegenteil wohl das ein großes Glück für die polnische Volksgesamtheit sein, daß jetzt z. B. die Sakatisten (die u. a. auch infolge der vernünftigen Politik der katholisch-polnischen Volkspartei und der „Gaz. Grudz.“ ihre Allmacht verloren haben) jene Allmacht wiedergewinnen und die preußische Regierung dazu zwingen würden, die antipolnische Politik aufrechtzuerhalten und die Polen noch mehr zu verfolgen. Das würde wohl ein großes Glück sein!

Das polnische Volk wird sich gewiß an den Kopf fassen, denn es ist wirklich schwer zu verstehen, daß Leute bei gesunden Sinnen solche Dummheiten schwätzen und schreiben können.

Früher betrachtete jeder rechte Pole es als das Ideal der innern Politik, daß das verfolgungsfüchtige antipolnische System falle, und jetzt, — wo auch Fürst von Radziwill dazu beigetragen hat, soll er dafür gewissermaßen bestraft werden!

Nur der kann solche Sachen verstehen, der da weiß, daß die Verfunkenheit und parteiliche Hartnäckigkeit der National-Demokraten alle Grenzen übersteigen, und der es weiß, daß es sich bei ihnen weniger um das Wohl der Volksgesamtheit als um das Wohl ihrer Partei handelt.

Und in dieser Beziehung haben sie Recht. Denn wenn die preußische Regierung ihre Versprechungen alsbald erfüllt, alle antipolnischen Gesetze aufhebt und den Polen in Preußen vollständige bürgerliche und nationale Gleichberechtigung gibt, dann wäre das für die national-demokratische Partei der allererschwerste Hieb und das allergrößte Unglück! Dann würde die nationaldemokratische Partei hier ebenso dem Bankrott verfallen wie in Galizien und im Königreiche Polen. Denn im preußischen Teilgebiete erhält nur die antipolnische Politik der preußischen Regierung diese Partei am Leben.

Das Geschrei der national-demokratischen Zeitungen gegen den Fürsten von Radziwill und das Geschrei einiger Politiker jener Partei, daß es ein Unglück sein würde, falls die preußische Regierung das antipolnische System beseitigen sollte, versteht das polnische Volk, wenn es daran denkt, daß die national-demokratischen Politiker s. B. die Losung ausgaben: „Je schlimmer, desto besser!“ Das heißt: Je schlechter es dem polnischen Volke gehen wird, je ärger die preußische Regierung es plagt, desto besser wird es für die national-demokratische Partei sein, desto mehr wird ihre Macht zunehmen. Denn diese Partei hat sich früher eingebildet, daß das ganze Volk seine bisherigen, ergrauten Leiter und deren Zeitungen verlassen und zu der national-demokratischen Partei und deren Zeitungen übergehen werde.

Zur Zeit des Krieges gab jene Partei die Losung aus: „sitzen und nichts tun!“ Da nun die Mehrzahl unserer Abgeordneten diese Losung befolgte, haben unsere Fraktionen tatsächlich auch still gesessen und für das polnische Volk nichts getan, obgleich man zu Anfang des Krieges viel hätte tun können.

Also solche unkluge Politik hat die national-demokratische Partei betrieben, und die Mehrzahl unserer Abgeordneten befolgte leider das unglückliche und schädliche Kommando dieser Partei.

Die katholisch-polnische Volkspartei und die „Gazeta Grudziowska“ haben dagegen ganz anders gehandelt, denn sie wußten, was das Volk plagt; sie wußten, daß unser Volk der früheren Politik jener Partei satt war, welche doch nur stets neue Schläge veranlaßte.

Daß das Volk den Frieden und die Beseitigung der antipolnischen Gesetze und des ganzen antipolnischen Systems wünscht und deshalb von seinen Abgeordneten verlangt, daß sie dafür eintreten, das war der „Gaz. Grudz.“ sehr wohl bekannt.

Darum hat die katholisch-polnische Volkspartei mit der „Gaz. Grudz.“ gleich nach dem Ausbruche des Krieges Anstrengungen gemacht, um mit Hilfe der einmütigen Arbeit aller andern Parteien, Zeitungen und Abgeordneten die Verwirklichung der Forderungen unseres Volkes zu erreichen. Da aber die national-demokratische Partei von der Eintracht nichts wissen wollte und die Mehrzahl der Abgeordneten ihrem Kommando folgte, hat sich die katholisch-polnische Volkspartei mit der „Gaz. Grudz.“ selbst an die Arbeit gemacht.

Gleich nach Beginn des Krieges hat die „Gaz. Grudz.“ das polnische Volk vor einem großen Unglücke bewahrt, was aber erst nach dem Kriege festgestellt werden kann. Und dann hat sie mit der katholisch-polnischen Volkspartei durch eine vernünftige Politik stets darnach getrachtet, die Einflüsse der Satiristen zu brechen, das antipolnische System umzustößen und die preußische Regierung zu veranlassen, die antipolnische Politik aufzugeben.

Die Politik der Nationaldemokraten hat unserer Arbeit beständig geschadet; aber die Zeit, in welcher diese Arbeit Früchte bringen sollte, näherte sich trotzdem immer mehr.

Inzwischen entstand die „Partei der nationalen Arbeit“, welche sich an unserer Arbeit beteiligte und sie unterstützte.

Ferner kehrte auch der Fürst von Radziwill aus der Gefangenschaft nach Berlin zurück, stellte sich auf die Grundlage unserer nationalen Arbeit und hielt im Herrenhause seine bekannte Rede, welche die letzte Veranlassung war, daß die preußische Regierung sich entschloß, mit der Beseitigung des antipolnischen Mehrschritthauses sofort zu beginnen. Das ganze polnische Volk freute sich herzlich darüber, nur die national-demokratische Partei schäumte vor Wut. Denn die Änderung der antipolnischen Politik war vor allem das Werk der Politik der katholisch-polnischen Volkspartei und der „Gaz. Grudz.“, während die Nationaldemokraten mit ihren Abgeordneten auch ohne diese nur immer neue Hiebe und neues Unglück über das polnische Volk brachten.

Die national-demokratische Partei befürchtet jetzt also, daß die ganze polnische Volksgesamtheit des preußischen Teilgebietes der katholisch-polnischen Volkspartei und der der nationalen Arbeit folgen und sie selbst, wie ihre Genossen in Galizien und im Königreich Polen, dem Bankrott ausgesetzt sein werde. Außerdem befürchtet sie auch, daß unsere Abgeordneten-Fraktionen jetzt die Unhaltbarkeit ihrer verfehlten Politik erkennen und dem verderblichen Kommando jener Partei nicht mehr Folge leisten werden.

Deshalb beschuldigen sie jetzt den Fürsten von Radziwill des Solidaritätsbruches und drohen ihm sogar, obgleich ihm die ganze Volksgesamtheit im Gegenteil aufrichtigen Dank schuldet.

Wir rufen jener Partei zu: „Hand weg von der Person des Fürsten von Radziwill!“ Denn zunächst ist es ein Unsinn, daß der Fürst die Solidarität gebrochen habe, weil er im Herrenhause als Mitglied dieses Hauses und nicht als Vorsitzender der Reichstagsfraktion aufgetreten ist. Der Fürst hatte nicht die geringste Veranlassung, die Fraktion zu befragen und ihr auf die Nase zu binden, was er tun wollte. Er hat es sogar sehr gut gemacht, daß er gar nichts gesagt hat, denn die Mehrzahl der unter dem Einflusse jener Partei stehenden Fraktion hätte dann sicherlich auch diesmal wieder alles verdorben. Und was den preußischen Landtag anbetrifft, so ist es schon seit langer Zeit Sitte, daß die polnischen Mitglieder des Herrenhauses ihren eigenen Weg gehen und die Mitglieder des Abgeordnetenhauses ihre Wege verfolgen.

Wir wollen aber hoffen, daß die Mehrzahl unserer Abgeordnetenfraktionen sich von jener Partei nicht wieder fangen lassen wird wie damals, als es sich um jene erzunhluge Erklärung gegen die Zeitungen handelte.

Wenn aber die Mehrzahl unserer Abgeordneten, die es selbst nicht vermocht hat, unserem Volke Erleichterungen zu erwirken und das antipolnische System umzustößen, den Fürsten von Radziwill jetzt dafür angreifen sollte, daß er mit Hilfe der polnisch-katholischen Volkspartei und der „Gazeta Grudz.“ einen Erfolg erzielt hat, so sind wir überzeugt, daß sich dann das ganze polnische Volk seiner annehmen würde.

Mögen es die National-Demokraten auch wissen, daß nach einer solchen Solidarität, welche zum Schaden des polnischen Volkes die Herrschaft einiger National-Demokraten unserer Fraktionen bedeutet, kein vernünftiger Mensch Verlangen haben kann.

Die National-Demokraten wollen offenbar unsere Volksgesamtheit und unsere polnischen Fraktionen zertrümmern. Das polnische Volk ist zwar geduldig, aber diese Geduld kann ihm doch einmal fehlen!

Möge diese Partei bedenken, daß unser Volk noch einmal das hl. Kreuzzeichen machen wird, wenn es den Namen dieser Partei hört. Dahin werden es diese und deren Zeitungen noch bringen.

Und möge es die Mehrzahl unserer polnischen Fraktionen wissen, daß sie sich, wenn sie es will, daß sie unser polnisches Volk achten soll, der Vormundschaft und dem Kommando jener Partei sich entziehen muß und die Losungen: „je schlimmer desto besser“ und „ruhig sitzen — und nichts tun“ nicht befolgen darf, sondern unermüdlich für das Wohl des polnischen Volkes zu wirken hat. Denn andernfalls würde die katholisch-polnische Volkspartei gegen sie bis zur Erschöpfung kämpfen, und das polnische Volk würde andere Abgeordnete nach Berlin entsenden, welche die Aufgaben und Pflichten eines Abgeordneten besser auffassen würden.

Wir wünschen, daß unsere Volksgesamtheit bei unsern Fraktionen stehe, wir haben aber auch die Pflicht, die fehlerhafte Politik zur Sprache zu bringen und vor neuen Fehlern zu warnen. Wir haben auch das Recht und die Pflicht, unsere Abgeordneten zur Umkehr zu ermahnen, wenn sie fehlerhafte Wege einschlagen. Denn für uns steht das Interesse des polnischen Volkes, das Interesse der ganzen Nation, höher, als das Interesse der Fraktionen. Unsere Fraktionen sollen die Vollzieher des Willens des Volkes, des Willens der ganzen Volksgesamtheit sein, — und nicht des Willens der national-demokratischen Partei.

Das müssen wir verhindern, denn das ist unsere Pflicht.

Aus Nr. 46 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 17. April 1917.

Betrifft den Kampf der „Gazeta Grudziadzka“ mit der Nationaldemokratischen Partei.

Die „Gazeta Grudz.“ hat im verflossenen Quartal einen schweren Kampf gehabt. Zu den bekannten verschiedenen und großen Unannehmlichkeiten der Zeitung gesellte sich auch noch ein Kampf, den die National-Demokraten und deren Zeitungen, z. B. der „Kurjer Poznański“, der „Dziennik“, der „Dziennik Kujawski“ usw. gegen sie eröffneten. Die national-demokratische Partei, zu der auch Freimaurer gehören, also Leute, welche Gott nicht anerkennen und Gegner der katholischen Kirche sind, und deren Zeitungen können die aufrichtig katholische „Gaz. Grudz.“ nicht leiden, weil sie ihnen in der Beherrschung der Seele des polnischen Volkes hinderlich ist. Man glaubte dort, daß insbesondere die Kriegszeit ihnen die Untergrabung unserer Zeitung erleichtern werde; denn man war der Ansicht, daß es ihnen, weil während des Krieges so manches nicht geschrieben werden darf, nicht schwer fallen werde, die Politik der „Gaz. Gr.“ bei der katholisch-polnischen Volkspartei zu verdächtigen, eine Politik, die doch nur der katholischen und polnischen Sache dient und die sich in großem Maße um die Änderung der Politik der Regierung gegenüber den Polen bemüht und deren Vorteile dermaßen vermehrt hat, die ihnen niemand, weder unsere Abgeordneten-Fraktionen noch die National-Demokraten erwirken konnten, welche stets glaubten, daß es ihrer Partei desto besser gehen würde, je schlechter das polnische Volk daheer.

Ganz besonders im verflossenen Vierteljahr glaubte jene Partei schon ihrem Ziele sehr nahe zu sein, denn sie hat der „Gaz. Gr.“ einen großen Verlust an Abonnenten vorhergesagt.

Vor diesen Drohungen und Prophezeiungen haben wir uns natürlich nicht gefürchtet, sondern im Gegenteil offen gesagt, daß jeder, dem die Art der Verteidigung unserer allerheiligsten religiösen und

nationalen Schätze nicht gefällt, sich unter die Standards der National-Demokraten begeben möge. Wir durften das sagen, denn wir kennen doch unsere Leser, wir kennen unsern „Glauben“, wir kennen unsere alte, treue Garde und wissen auch, daß unsere Leser, wenn sie mitunter etwas auch nicht gut verstehen, doch mit dem Kopfe nicken und sagen werden: „Wenn wir es auch nicht wissen, weshalb das geschieht. Die „Gaz. Grudz.“ schreibt jetzt so, aber wir wissen es, daß sie sehr gut weiß, was sie tut, und daß sie keinen Unfug schreibt, sondern stets wirksam für den Schutz unseres hl. Glaubens, des Polentums und der Rechte des polnischen Volkes eintritt.“ Diese alte Treue wird niemals in die Brüche gehen, denn das polnische Volk sagt sich mit Recht: „Die „Gaz. Grudz.“ hat uns lesen und denken gelehrt, sie hat uns Polen lieben gelehrt, in unsere Herzen hat sie zu unseren religiösen und nationalen Schätzen eine immer größere Liebe entzündet und uns gelehrt, zu verstehen, daß wir nur für diese Schätze zu leben und zu arbeiten haben.“

So hat die „Gaz. Grudz.“ schon über 20 Jahre lang gewirkt. Wer da behaupten wollte, daß sie jetzt anders aufträte, der müßte ohne Verstand und ohne Gewissen sein. So sprach und spricht das polnische Volk. Und als es erfuhr, daß gewisse Leute und deren Zeitungen gegen seine Zeitung wieder den Kampf eröffneten, nahm es die „Gaz. Grudz.“ auf Anrufen in Schutz. So lange dieselbe besteht, ist es zum ersten Mal geschehen, daß im ersten und zweiten Vierteljahr die Abonnentenzahl dieselbe geblieben ist. Überdies ist die Zahl genau um 3000 höher als im vergangenen Jahre um dieselbe Zeit.

Damit haben also die National-Demokraten und ihre Zeitungen auf ihren offenen Kampf gegen die „Gaz. Grudz.“ und auf ihre noch weit schlimmere unterirdische Arbeit eine Antwort des polnischen Volkes.

Allen unsern Vertrauensmännern, insbesondere ihren achtbaren Vertreterinnen und allen unsern Freunden danken wir herzlich für ihren wertvollen Dienst und Schutz! Möge ihnen das Gott vergelten!

Diese augenscheinliche Hilfe des polnischen Volkes wird unsere Kraft vermehren, um fremden und eigenen Schädigern auf dem religiösen und nationalen Gebiete eifrig entgegentreten zu können.

Aus Nr. 91 des Ogródownik (Posen)
vom 22. April 1917.

Herr Rulersti,

der seine alte Politik des Schimpfens und Hegens gegen die Deutschen recht schnell verwischen möchte, indem er sich ostentativ mit der „Gazeta Narodowa“ und mit dem „Kraj“ verbrüderet, schreibt fast Tag für Tag ellenlange Artikel, welche Haß gegen alle die atmen, die auf dem Boden der nationalen Politik unserer Abgeordnetenfraktionen stehen. Unsere Leser werden begreifen, daß wir auf diese unzähligen Angriffe, Ausfälle, Beschuldigungen und Drohungen nicht antworten. Die Angriffe des Herrn Rulersti regen uns nicht auf; denn sein Organ hat schon so viele der besten und verehrungswürdigsten Leute angegriffen, daß kein ernst denkender Mensch seinen Presteleistungen Gewicht beilegt. Drohungen aber fürchten wir nicht, denn wer sehen kann, der sieht, daß dieses geradezu krankhafte Sicherregen der „Gaz. Grudz.“ nur ein Symptom von Schwäche und ein Beweis dafür ist, daß sie den Boden unter den Füßen verliert. Heute weckt sogar schon das erfundene Märchen von der „Freimaurerei“, das von der „Gaz. Grudz.“ über die Nationaldemokratie wiedergegeben und sogar unseren Abgeordnetenfraktionen angeheftet worden ist, nur ein Lächeln des Bedauerns.

Meint Herr Kulerski wirklich, daß er auf irgend jemanden Eindruck macht, wenn er mit Pathos ausruft: „Das polnische Volk ist geduldig, aber es kann ihm diese Geduld auch ausgehen! Möge die Nationaldemokratie daran denken, daß sie es dahin bringt, daß das polnische Volk sich bekreuzen wird — beim bloßen Erwähnen derselben!“ Nein, Herr Kulerski! Dieses polnische Volk ist heute allzu reif, als daß es sich auf diese Weise äffen ließe. Das polnische Volk ist kein Kind, das man mit „Freimaurern“, wie mit einem Werwolf schreckt. Dieses polnische Volk hat während des Krieges schon viel gelernt, vor allem hat es die schätzen gelernt, die seine nationalen Rechte energisch verteidigen, ohne sich, wie dies Herr Kulerski tut, mit dem Glorienschein des „Märtyrertums“ zu umgeben. Das polnische Volk weiß schließlich heute schon vorzüglich eine redliche Volkspolitik von Maulheldentum zu unterscheiden, das bei jeder Gelegenheit die Losung „Volk“ im Munde führt. Herr Kulerski spekuliert allzusehr auf die Naivität seiner Leser und verspekuliert sich. Ein neuer Beweis hierfür ist es, wenn er anlässlich der Aufhebung des Sprachenparagraphen schreibt: „Da hast du, polnisches Volk, die erste reife Frucht der Politik deiner katholischen Volkspartei, deiner „Gazeta Grudziadzka!“ Ob Herr Kulerski selbst hieran glaubt, das erscheint uns zweifelhaft, obwohl wir wissen, daß er sich zu rühmen liebt. Etwas größer waren die Ursachen und Beweggründe, wegen der die Regierung endlich zur Aufhebung des Sprachenparagraphen geschritten ist, und etwas größere Leute als Herr Kulerski haben durch energisches Eintreten für die Gleichberechtigung der Polen hierzu beigetragen. Herr Kulerski konnte mit seinem Sichwerfen aus einem Extrem ins andere fürwahr nicht den Eindruck hervorrufen, welcher die Regierung hätte zum Beginn der „Kursänderung“ geneigt machen können.

Aus Nr. 91 des Kraj (Vissa i. P.)
vom 22. April 1917.

Die Taktik der Nationaldemokratie hat bankrott gemacht.

In dem Augenblick, wo die von der Regierung am Anfange des Krieges angekündigte Neuorientierung auch den Polen gegenüber sich zu verwirklichen beginnt, wollten wir keine Parteifehde mit unieren verehrten nationaldemokratischen Gegnern eröffnen.

Wir nahmen aber an, daß auch die Nationaldemokratie es vorziehen werde, zu schweigen, denn im gegenwärtigen Augenblick gibt es bei uns auf dem national politischen Gebiete so viel zu tun, daß es schade um die Zeit wäre, die man für den Parteihader vergeuden würde. Überdies hätte wahrlich keine Partei jemals mehr Grund zu schweigen, als gerade die Nationaldemokratie.

Wir haben uns aber geirrt. Der „Kurjer Poznański“ geruhte nämlich, sich jetzt doch an den „Kraj“ oder vielmehr an die Gruppe der Politiker aus dem Lager des „Kraj“ und der „Gazeta Narodowa“ zu erinnern.

Bei dieser Gelegenheit müssen wir hier jedoch sofort wenigstens einmal feststellen, daß der „Kurjer Poznański“ und ebenso sein nationaldemokratisches Lager sich mit dem „Kraj“ doch schon einmal, und zwar zu einer Zeit beschäftigten, wo der „Kraj“ als Blatt noch gar nicht existierte. Der „Kurjer Poznański“ „brandmarkte“ nämlich schon damals nach seiner Art den „Kraj“, der erst ins Leben treten sollte; und die ihm ergebenden Klatichbasen auf dem Posener Pflaster und in der Provinz „ergänzten nach ihrer Art“ alle uns lästernden Verdächtigungen. Wir würden an

diese alten Auslassungen dieser politischen Feiglinge, die sich damals so gern in das Dunkel der Andeutungen verkrochen, auch heute nicht erinnern, wenn es das politische Interesse unseres Volkes nicht verlangen würde, und wir meinen nicht nur das Interesse unseres Landesteils allein, sondern das Interesse des ganzen polnischen Volkes, vornehmlich aber des Königreichs Po'en und dann auch Galiziens.

Die Nationaldemokratie hat mit gar nichts, aber absolut mit gar nichts dazu beigetragen, daß die politischen Verhältnisse sich bis dahin zu Gunsten unseres Volkes gestaltet haben. Im Gegenteil, sie hat uns nur auf jedem Schritt und Tritt geschadet. Und weil sie uns auch jetzt noch durch ihr Auftreten weiter schadet, so sehen wir uns genötigt, der „Legende“ entgegenzutreten, als ob wir die gegenwärtigen Zugeständnisse der Regierung ihrer politischen Kunst zu verdanken hätten.

Vor allem verdanken wir den Nationaldemokraten und den Anhängern des „Kurjer Poznański“ keineswegs die Initiative zu dem neuen politischen Kurse unserer Reichstagsfraktion der Regierung und dem Deutschen Reiche gegenüber. Kein einziger von den Nationaldemokraten hat sich an dieser historischen Arbeit beteiligt; kein einziger, wir wiederholen es ausdrücklich, obwohl gar mancher Nationaldemokrat sich offen damit zu Gunsten der Nationaldemokratie zu brüsten nicht scheut.

Deswegen erinnert auch die „Gazeta Grudziadzka“ gerade jetzt zur rechten Zeit an die Losung, die von den Nationaldemokraten am Anfange des Krieges für die Dauer desselben ausgegeben wurde: „Ruhig sitzen — nichts tun!“ — und sie stellt vollständig mit Recht fest, daß man schon beim Beginn des Krieges viel hätte — für das polnische Volk tun können....

Wer aber während des Krieges „ruhig saß und — nichts tat“, der kann auch selbstverständlich keine Ansprüche auf irgend welche Verdienste um die günstige Entwicklung der politischen Frage zur Zeit dieses Krieges erheben. Und wenn er trotzdem jetzt sich damit meldet und solche Verdienste für sich und für seine politische Kunst in Anspruch nehmen will, so kann er bei intelligenten Leuten, wenn sie sich auch nur wenig mit der Politik befassen, nur ein ironisches Lächeln hervorrufen.

Deswegen können auch die Versuche des „Kurjer Poznański“, „das wahre Bild der Tatsachen zu färben“, diejenigen nicht irreführen, welche in „neulawischer“ Verblendung die Zeit des Krieges nicht gemächlich verchlaffen haben. In einem solchen Schlage hätten sie allerdings das nicht sehen können, was rings um sie gechehen ist.

Die nationaldemokratischen Lösungen und die politische Kunst des „Kurjer Poznański“ hemmten auch im weiteren Verlauf nur die normale Entwicklung der politischen Ereignisse, und zwar auch noch in der Zeit, als bereits eine Änderung in der Politik der polnischen Fraktion eingetreten war, die ebenfalls nur durch Nicht-Nationaldemokraten herbeigeführt wurde.

Die politischen Verhältnisse hätten sich überhaupt ebenso bei uns wie im Königreich Polen schon viel früher anders gestaltet, wenn nicht diese „polnische Kunst“ der Nationaldemokratie dazwischengetreten wäre.

Wir aber bewegten uns niemals, wie die nationaldemokratischen Organe, nur in den engen Grenzen der Interessensphäre unseres Landesteils, sondern wir hielten es für geboten, vor allem und zu jeder Zeit die Gesamtheit der Interessen des polnischen Volkes zu berücksichtigen.

Der „Kurjer Poznański“ sucht jetzt festzustellen, indem er auf den Widerspruch zwischen der äußeren Politik Deutschlands im Königreich Polen und der uns gegenüber praktizierten inneren Politik in Preußen hinweist, daß eine Politik, die sich auf Ausnahmegeetze

stützte, schon mit Rücksicht auf diesen Widerspruch in der Folge nicht mehr möglich gewesen sei.

Aber der „Kurjer Poznański“ hat kein Recht, sich gerade auf dieses Argument, das doch stets unser stärkstes Argument war, zu berufen, denn gerade er und die ganze Nationaldemokratie haben mit nichts zu einer günstigen Gestaltung der politischen Verhältnisse im Königreich Polen beigetragen; im Gegenteil, er hat mit seiner unklugen Taktik auch hier nur geschadet, wo er nur konnte, indem er in einer ganz gemeinen Weise alle diejenigen verdächtigte, welche an der Wiederherstellung eines unabhängigen polnischen Staates mitwirkten.

Und heute möchte er durch Aneignung unseres politischen Arguments seine verzweifelte Lage in den Augen des polnischen Volkes retten.

Denn verzweifelt ist heute schon wirklich die Lage der Nationaldemokratie. Sie hat während dieses Krieges vollständig bankrott gemacht; — das muß jetzt sogar dem kurzichtigen „Kurjer Poznański“ einleuchten.

In Galizien trat nämlich schon im Anfange des Krieges eine Spaltung im nationaldemokratischen Lager ein. Der eine Teil der Nationaldemokratie erklärte sich damals gegen den anderen, und der andere wanderte dann aus.

Im Königreich Polen war die Lage ähnlich. Ein Teil der Nationaldemokraten verließ das Land; der andere nahm eine mißtrauische und abwartende Haltung ein; schließlich stellte er sich selbst außerhalb der ganzen polnischen Volksgemeinschaft, indem er sich nicht einmal an der Bildung des Staatsrates beteiligte. Erst durch die weitere Entwicklung der polnischen Verhältnisse sahen sich einige Nationaldemokraten genötigt, aktiv mitzuwirken, aber selbstverständlich nicht mehr in führenden Stellungen, wofür sie jetzt an denjenigen zu rächen suchen, die rechtzeitig sich zu orientieren verstanden.

Und war es etwa in Polen viel anders? Es sind doch auch von hier die nationaldemokratischen Matadore weggereist, und ihre Trabanten suchen sich jetzt, wo der Bankrott ihrer Lösungen und ihrer Partei auch schon einem Blinden einleuchtet, mit fremden Verdiensten zu schmücken, indem sie die Änderung der antipolnischen Politik ihrer eigenen „politischen Kunst“ zuschreiben.

Die polnische Volksgemeinschaft ist jedoch bei uns nicht etwa schon in dem Maße unpolitisch, als daß sie die halsbrecherischen Sprünge der gegenwärtigen Taktik der Nationaldemokraten nicht erkennen sollte, die noch eine Stunde vor der Eröffnung der praktischen Durchführung der Neuorientierung von Seiten der Regierung den Fürsten Radziwiłł für seine denkwürdige Rede im Herrenhause vor das Forum der polnischen Fraktion zur Verantwortung zu ziehen riet.

Das polnische Volk weiß nämlich jetzt schon ganz gut — und es wird daran auch noch immer von neuem gemahnt werden —, daß die Taktik der Nationaldemokraten bankrott gemacht und dem polnischen Volke außerordentlich viel geschadet hat, daß sie ihm auch jetzt noch weiter schadet, daß alles das, was in der polnischen Frage bis dahin getan und geleistet wurde, gegen den Willen und gegen das Wissen der Nationaldemokraten geschehen ist, daß somit ein Verdienst daran nur das gegnerische Lager hat. Zu den schärfsten Widersachern der Nationaldemokratie gehört aber eben die Partei des „Kraj“.

An dieser Tatsache werden kein Groß der Nationaldemokraten und keine Ausflüchte des „Kurjer Poznański“ etwas ändern können.

Aus Nr. 89 des Dziennik Kujawski (Hohenstaßa)
vom 20. April 1917.

Betrifft die vereitelte Sienkiewiczfeier in Strelno.

Die hiesige Polizei hat bekanntlich eine Sienkiewiczfeier verboten, weil sie den Inhalt und das Ziel für politisch erachtete. Das Komitee der Volksbibliothek übersandte sofort dem stellvertr. Generalkommando in Stettin eine Beschwerde, auf die bisher trotz erneuter Anfrage keine Antwort ergangen ist.

Angesichts der Ankündigung der Neuorientierung in der Polenfrage haben wir jedoch Hoffnung, daß die Genehmigung zur Veranstaltung dieser Feier, deren in der Provinz Posen so viele ohne Hindernisse seitens der Polizeibehörde abgehalten worden sind, hier bald einlaufen wird. Sobald das Komitee einen günstigen Bescheid erhält, wird es diese Abendunterhaltung veranstalten, durch die auch unser Kreis dem verstorbenen Dichter seine Huldigung darzubringen gedenkt.

Aus dem besetzten Gebiet.

Aus Nr. 108 des Kurjer Warszawski (Warschau)
vom 20. April 1917.

Alexander Sakowski,
durch Gottes Erbarmen

und des heiligen Apostolischen Stuhls Gnade
Erzbischof von Warschau,
Hausprälat Seiner Heiligkeit.

Der hochwürdigen Geistlichkeit und den Gläubigen der Warschauer Diözese Gruß im Herrn.

Ruhmreich und mächtig war Polen, unser Vaterland; ergiebig und fruchtbar sind seine Länder, schön und tüchtig das Volk. Seine großen und glänzenden Taten währen über 800 Jahre. In dieser langen Zeit waren wir ununterbrochen ein freies, religiöses, katholisches Volk, und unsere tapferen Vorfahren haben mit eigener Brust in tausend Schlachten sowohl das Vaterland als auch die Kirche vor dem Angriff der Feinde geschützt.

Es waren oft schwere und furchtbare Zeiten, und es schien, daß das Vaterland schon verloren gehe und mit ihm der katholische Glaube, unsere heilige Kirche, verfallende. Soll ich Euch geliebte Brüder an den Einfall der Schweden in Polen unter Jan Kazimir erinnern? Das ganze Land fiel damals in die Hand des Feindes, selbst der König suchte für sich eine Zuflucht im Auslande, in der Fremde, und allein der Klarenberg (Czenstochau) leistete in der allgemeinen Verzweiflung und Panik unbezwingbaren Widerstand, und durch ihr Beispiel zog er das ganze Volk zur Verteidigung des Glaubens und der Freiheit des Vaterlandes heran und wies gleichzeitig darauf hin, von wo man in Zukunft Rettung für Polen im Unglück erhoffen könne.

Das schwerste — und für das Herz eines jeden Polen ungeheuer schmerzliche — Los ist uns jedoch nicht entgangen. Am Ende des 18. Jahrhunderts, im Moment des Verfalles des lebendigen Glaubens und der guten Sitten, verlor unser geliebtes Vaterland sein unabhängiges Dasein. Es bestätigte sich dann das, was der nationale Kanzelredner Sługa prophezeite, als er zur Buße aufforderte: Underhalb Jahrhunderte waren wir „ohne König eigenen Blutes, ohne eigenes Vaterland, verarmt, überall verachtet, Landstreicher.“

Nach dem Verfall war Polen ein wahrer Märtyrer unter den Völkern, ein Diener bei Fremden und ein Sklave. Alle seine Bemühungen zur Wiedererlangung der Freiheit waren vergeblich. Es halfen sogar nicht Opfer und Ströme polnischen Blutes, das reichlich vergossen wurde.

Aber jetzt, in dem noch nie dagewesenen Kriege naht das Ende unseres Märtyrertums, ich höre nun die Worte des Herrn aus dem Munde des Propheten Jesaias, gleichsam an Polen gerichtet: Fürchte Dich nicht, weil ich Dich erlöst habe. . . . Fürchte Dich nicht, weil ich mit Dir bin. Vom Osten werde ich Deinen Samen herbeiführen; vom Westen werde ich Dich versammeln; ich werde der Mitternacht sagen: Gib, und dem Mittag: Hemme nicht; bring meine Söhne aus der Ferne und meine Töchter aus den Enden der Erde." (Jesaias 43.)

So, meine teuren Brüder, Gott erweckt Polen zum Leben. Ein freies Vaterland gibt Er uns wieder, deswegen wende ich mich an ihn demütig aus der Tiefe meines Herzens: „Zürne mir nicht so sehr Herr, und gedenke nicht mehr unsere Widerrechtlichkeit, sieh nun zu, wir sind alle Dein Volk." (Jf. 64, 9.)

Höre polnisches Volk, verstopfe die Ohren nicht, öffne das Herz weit und verstehe wohl. Es ist ein wichtiger Augenblick, den wir erleben. Die ganze Welt hat auf uns die Augen gerichtet. Der heilige Vater, der Stellvertreter Christi auf Erden, das Haupt der heiligen Kirche, Benedikt XV. sprach zur Welt für uns und unterstützte uns mit seiner Botschaft mächtig. Alle Katholiken aus den entferntesten Winkeln des Erdballs ließen für uns Gebete an den Herrn der Heerscharen ergehen und kamen unserem Lande zu Hilfe. Und weit und breit rühmte der heilige Vater unsere große Vergangenheit, sogar dort, wo man uns garnicht kannte, oder uns schon vergessen hatte, und rief von überall Wünsche der Unabhängigkeit für das unglückliche Polen hervor. Und mächtige Monarchen der Welt, und Regierungen versprachen uns die Freiheit und Unabhängigkeit. Himmel und Erde sprachen für uns. Der Rest der Angelegenheit ist in unserer Hand. Scheuen wir dann keine Opfer und keine Aufopferungen, sobald sie das Wohl des Vaterlandes und unserer Landsleute erfordert.

Nach dem letzten türkischen Kriege fielen auf Grund der Verträge in Karlowicz (1699) die von den Türken besetzte Ukraina und Podolien mit der Stadt Kamieniec an Polen zurück. General Marcin Kontski sollte das Arsenal und die Festung in Kamieniec übernehmen. Diese übergab ihm der Türke Aga. Als er Kontski in die mit Pulver gefüllten Keller führte, warf der durch den Verlust solcher Beute wütend gewordene Barbar glühendes Feuer auf das Pulver, um sich selbst und Kontski in den Trümmern zu begraben. Der unerstickte Kontski fing das funkelnde Feuer auf und ließ es ruhig in seiner Hand ausbrennen. Mit dieser mutigen Tat rettete er die Stadt vor der Explosion und Tausende vom Tode. . . . Hier ist ein Beispiel der Liebe und Aufopferung; so müssen wir auch alle sein gegen unser Vaterland. Die frühere Kühnheit, Aufopferung und Opferwilligkeit, die unsere vergebliche Begeisterung für den Waffenkampf gekennzeichnet haben, mögen sich jetzt zeigen in den gemeinsamen Bemühungen an dem Wiederaufbau des Landes und an der Unterstützung der durch den schrecklichen Krieg getroffenen Mitbrüder.

Ich freue mich in meinem Herzen als Seelenhirt, wenn ich höre, daß ihr einer dem anderen in der Not helft, insbesondere den Kindern, deren Väter im Schützengraben kämpfen und vielleicht nicht mehr leben. Zweifellos wird jede mit reinem und gutem Herzen gemachte Spende Gott annehmen und belohnen. Fahren wir also fort, Gutes zu tun, ein Bruder dem anderen; geizen wir nicht damit, was die Vorsehung in unserer Hand hinterließ, aber nicht als Egoisten, die nur ihr eigenes Wohl suchen, sondern verreinigt in gegenseitiger Liebe, sollen wir uns zum Empfang des wiedererstehenden Vaterlandes einfinden. Diese Einigkeit und Liebe lehrt uns vor allem unser heiliger Glaube, dessen allmächtigen Einfluß leider nicht alle gehörig einzuschätzen verstehen.

Im Laufe der Jahrhunderte hat sich die polnische Frage aufs engste mit der Frage Gottes und der Kirche verbunden, was der Papst Pius IX. zum Ausdruck brachte, als er sich an Przyluski, den Primas von Polen, mit den Worten wandte: „Laßt uns vertrauen! Der Hoffungsstern wird gleichzeitig für die Kirche sowohl als auch für euer Vaterland Polen — erglänzen."

An dich, Landvolk, ergeht vor allem mein Aufruf! Es ist mir bekannt, daß in manchen Gegenden unwissenden und unvernünftigen Leuten eingeredet wurde, daß in Polen der Frondienst zurückkehren würde und die den Landleuten gehörenden Grundstücke ihnen würden entzogen werden. Ich, euer rechtmäßiger Seelenhirt, welcher bereit ist, seine Seele für seine Schäflein hinzugeben, welcher nicht nur für euer geistiges, sondern auch irdisches Gut sorgt, kann euch, die Hand aufs Herz gelegt, versichern, daß solchen Lug und Trug nur unwissende oder falsche Leute oder Feinde unseres Volkes verbreiten, die überdies über eueren Kleinmut nur spotten, daß ihr solchem Geschwätz Glauben schenken könnt.

Man muß also Polen mit zwingender Kraft herbeiwünschen, den sich bildenden polnischen Behörden die Achtung nicht versagen und ihren Verordnungen sich mit der der rechtmäßigen Behörde gebührenden Fügsamkeit und Zucht unterwerfen.

Bis jetzt habt ihr eine uns durch Glauben, Abstammung und Sprache fremde weltliche Macht gehabt, und dieser habt ihr, wie Sklaven euch mit Zittern und Furcht vor der Übermacht beugend, gehorcht; in dem freien und unabhängigen Polen werden unsere Landsleute, eure Söhne und Brüder, die Ämter bekleiden, und diesen müßt ihr als freie Leute, aus gutem und ungezwungenem Willen, mit Achtung, Zucht und Liebe gehorchen. Schwer sündigt, wer seiner rechtmäßigen Behörde nicht gehorcht, noch schwerer, wer deren Ansehen schmälert und unterwühlt, doch am schwersten, wer diese verunglimpft. Das Vaterland fordert von seinen treuen Söhnen Gehoriam und Zucht für diejenigen, denen es die Führung des Volkes anvertraut hat; wer diese verachtet, verachtet jenes, und wer ihnen nicht gehorcht und sie nicht achtet, liebt sein Vaterland nicht. Als der Professor Stanislaus Konarski, der berühmte und verdienstvolle Erzieher der Jugend seiner Zeit, auf das sinkende Polen blickte, hieß er sie vom Schläfe zur Arbeit wachrufen mit dem Rufe: „Steh auf, das Vaterland wartet auf dich!"

Diese Worte sollen heute die Mütter allen ihren Kindern jederzeit und bei jeder Gelegenheit unaufhörlich wiederholen. Erinnert sie, daß Polen damals, als es Heilige besaß, groß und stark gewesen ist, und fiel, als diese fehlten. Nicht anders wird es am Leben bleiben, wenn es zum selbständigen und unabhängigen Dasein zurückkehrt. „Dein Land, o Volk, wird frei sein, — rief Kosciuszko —, wenn nur dein Geist über allem erhaben sein wird", d. h. heilig und religiös. Der große Volksfreund, Professor Stajzyk, sagte wiederum: „Nur die Tugend kann Polen aus der Fuchtel der Sklaverei befreien." Nicht mit Unrecht werden uns gegenwärtig Vorwürfe gemacht, daß uns von den alten Tugenden unserer Väter nicht viel geblieben ist. In Gram und Reue, die Schuld bekennend, können wir daher mit dem unlängst verchiedenen Sienkiewicz antworten: „Alle polnischen Tugenden sind vielleicht aus unserer Mitte geschwunden, geblieben ist jedoch die Verehrung für Maria, und auf ihr werden wir wie auf einer Grundmauer den Rest unserer Tugenden in unserem freien Vaterlande wieder aufbauen."

Ja, meine Lieben, Maria, diese strahlende polnische Erbkönigin, war es, die den Berechnungen der Politik zum Trotz von ihren Gnadenbildern das getrennte Volk in Eintracht wie mit mächtigen Klammern

zusammenhielt, immer von der aus unseren Herzen wie aus den teuersten Edelsteinen gewundenen Krone geschmückt.

Am 1. April 1655 hat sich unser König Jan Kazimir in der Lemberger Kathedrale während der vom Nuntius Peter Eidoni abgehaltenen feierlichen Andacht mit dem ganzen Lande und Volke unter die ganz besondere Obhut der Allerheiligsten Mutter Gottes begeben, indem er sie zugleich zur Königin der polnischen Krone ausrief. „Große Mutter des Gottesmenschen und Allerheiligste Jungfrau — sprach der König kniend — ich, Jan Kazimir... ich wähle Dich zur Schutzheiligen und Königin meiner Staaten.“

Einige Tage später hatte der Nuntius in der Andacht in der Kirche der Jesuitenmönche auf Bitten des Königs am Ende der Litanei den Anruf „Königin der Polnischen Krone“ dreimal wiederholt. Alle Anwesenden haben mit einer Stimme und einem Herzen wiederholt: Bitte für uns. Seit dieser Zeit wurde es zur Gewohnheit, in der Litanei obigen Anruf hinzuzufügen.

Zum Schluß muß ich Euch, teure Brüder, an die Wahrheit, die der Psalmendichter predigte, erinnern: „Wenn der Herr das Haus nicht baut, so haben diejenigen, die es bauten, vergebens gearbeitet.“ Das heilige aus dem Herzen der Reuigen fließende tägliche Gebet fürs Vaterland ist direkt Pflicht eines jeden Polen. Wie in der Vergangenheit die mächtige Obhut und Fürbitte der Mutter Gottes, der Königin der Polnischen Krone und unserer Schutzheiligen, das Land vor dem Untergang gerettet und den winzigen Heereskräften mehr als einmal den Sieg über die übermächtig und hundertfach zahlreicheren Reihen der feindlichen Heere gegeben hat, so wird auch gegenwärtig die Obhut der Allerheiligsten Jungfrau Maria und unserer Schutzheiligen Polen aus dem Leben des Elends und Leidens in das gesegnete Land der Freiheit und des Glücks führen. Beten wir also um das Vaterland, beten wir für das Vaterland!

Auf Sonntag, den 6. Mai, fällt die Feier der Mutter Gottes der Königin der Polnischen Krone. An diesem Tage soll die Geistlichkeit die Andacht durch Ausstellung des Allerheiligsten Sakraments in allen Pfarr- und Filialkirchen, mit dem größten Glanz für das freie und unabhängige Polen abhalten und statt der Predigt diesen meinen Hirtenaufruf verlesen. Du, mein Volk, bete und singe: Gib uns, o Herr, das freie Vaterland zurück.“

Der Allerhöchste Gott segne Euch alle, und die Allerheiligste Mutter, die Königin der Polnischen Krone, nehme Euch in ihre sorgsame Obhut.

Gegeben zu Warschau, den 16. April 1917.

† Alexander, Erzbischof.

Der Kanzleichef

[Geheimer Kammerherr Seiner Heiligkeit
Dr. Cz. Sotolowski.

Aus Nr. 175 der Nowa Reforma (Kraſau)
vom 15. April 1917.

Die Antwort des Staatsrats.

Der Vorläufige Staatsrat hat durch eine einstimmig gefaßte Erklärung auf den Aufruf der provisorischen russischen Regierung in der Frage Polens geantwortet. Die Antwort ist ein Beweis für den politischen Instinkt, von dem sich die oberste polnische Staatsbehörde hat leiten lassen. Die darin enthaltenen Thesen sind inhaltlich gerechtfertigt und politisch geschickt abgefaßt.

Der B. St. weist zunächst darauf hin, daß der Krieg die polnische Angelegenheit zu einer internatio-

nen Frage gemacht und vor unserm Volke die Aussicht auf Verwirklichung seiner langjährigen Wünsche eröffnet hat. Hierbei beruft sich der B. St. auf die Regionen als den vollkommensten Ausdruck dieser Wünsche und Erwartungen. Dieser Hinweis auf die Regionen, die zum Kampfe gegen Rußland geschaffen worden sind, hat in dem Dokumente, das für die russische Regierung bestimmt ist, eine besondere Bedeutung. Indem der B. St. sich auf sie beruft, stellt er offiziell und ohne Vorbehalt seine völlige Übereinstimmung mit der Idee der Regionen in ihrem Verhältnis zu Rußland fest und erkennt dieselbe als die seinige an. Diese Idee ist antirussisch. Indem der B. St. sich auf die Regionen beruft, gibt er sein antirussisches Programm bekannt, sofern es sich um ein Rußland handelt, das auf irgend eine Suprematie über Polen Anspruch macht.

Ferner quittiert der B. St. über die Anerkennung des Abtes vom 5. November seitens der vorläufigen russischen Regierung, verwahrt sich aber zugleich gegen eine Festlegung der Grenzen des polnischen Staates durch eine russische Konstituante und gegen eine militärische Verbindung mit Rußland. Rußland verfügt nicht über die Gebiete, aus denen der polnische Staat sich zusammensetzen soll. Daher hat eine russische Konstituante keinen tatsächlichen Grund, in dieser Angelegenheit das Wort zu ergreifen. Die von vornherein aufgedrungene militärische Verbindung mit Rußland läßt sich außerdem mit dem Wesen eines unabhängigen Staates nicht vereinbaren.

Nachdem der B. St. ferner seine Befriedigung über die freiheitliche Gestaltung Rußlands ausgedrückt hat, stellt er in lokaler Weise fest, daß die Anerkennung der Unabhängigkeit Polens seitens der russischen vorläufigen Regierung die polnisch-russische Frage noch nicht erschöpft. Der wichtigste Teil derselben bleibt auch fernerhin ungelöst. Dieser besteht aber in dem jahrhundertlangen polnisch-russischen Streite um die ausgedehnten Gebiete, die zwischen dem ethnographischen Polen und Rußland liegen und seit Jahrhunderten zu Polen gehören.

Dieser Teil der Erklärung des B. St. ist der wichtigste. Es wird darin das Recht des unabhängigen Polens auf die Gebiete festgestellt, die östlich von dessen ethnographischen Grenzen liegen und zum geschichtlichen Erbe des polnischen Staates gehören. Durch diese Feststellung verwirft der B. St. den Begriff des ethnographischen Polens und führt an dessen Stelle den Begriff eines polnischen Staates in vollem Sinne dieses Wortes ein. Gegenüber den russischen Liberalen, die sich seit langem daran gewöhnt haben, das ethnographische Polen dem nicht ethnographischen Rußland gegenüberzustellen, ist eine solche Aufrichtigkeit erwünscht und angebracht. Der polnische Staat muß, wenn er ein dauerndes und entwicklungsfähiges Gebilde werden soll, ein genügendes Gebiet umfassen. Es würde ihm ein solches fehlen, wenn er nach den Begriffen der russischen Liberalen auf die Grenzen des ethnographischen Polens beschränkt sein sollte. Daher spricht der B. St. der russischen Konstituante das Recht ab, über diese Frage zu entscheiden und formuliert die Forderung, „daß das Geschick dieser Länder im Sinne der staatlichen Interessen des unabhängigen Polens und unter Berücksichtigung des Willens der diese Gebiete bewohnenden Völkerschaften entschieden werden mußte.“

Nachdem er schließlich den Wunsch ausgesprochen hat, daß sich zwischen dem unabhängigen Polen und Rußland gute nachbarliche Beziehungen entwickeln mögen, verwahrt sich der B. St. gegen den Gedanken, gegen die Mittelmächte Krieg zu führen. Wenn also die Verfasser des russischen Aufrufs gedacht haben, daß sie für den Preis der Anerkennung der polnischen Unabhängigkeit die Polen veranlassen werden, sich gegen die Mittelmächte zu wenden, so werden sie durch

den B. St. in Bezug auf diesen Punkt eines besseren belehrt. Gegen die Mittelmächte wollen und werden die Polen nicht kämpfen und sich von niemandem als Werkzeug gegen dieselben gebrauchen lassen.

Die neue russische Regierung ist also durch die Erklärung des B. St. in der polnischen Frage in eine vollständig klare Lage gebracht worden. Auf den Gebieten, die Rußland entrissen worden sind, entsteht ein nach jeder Richtung hin unabhängiger polnischer Staat, der mit Rußland keine anderen als — nachbarliche Beziehungen haben will, und zwar unter der Bedingung, daß Rußland das Recht dieses Staates auf Gebiete, die zwischen dem ethnographischen Polen und Rußland liegen, als dessen geschichtlichen und natürlichen Recht anerkennt.

Wenn also die russische Regierung tatsächlich eine endgültige Lösung der polnischen Frage wünscht, so wird sie durch den B. St. auf eine sehr einfache und gerechtfertigte Lösung hingewiesen. Diese besteht darin, daß Rußland sich in die polnische Frage nicht hineinmischet, sondern sich mit dem durch den Krieg geschaffenen tatsächlichen Zustand ausöhnt und sich ohne Vorbehalt und in vollem Umfange mit der Entstehung des polnischen Staates als der Konsequenz dieses Zustandes einverstanden erklärt.

Nr. 28 des Głos (Warschau)

vom 17. April 1917

bringt einen von Dr. Mlynarski gezeichneten Leitartikel: „Der Staatsrat und Rußland“. Die offizielle Antwort des Staatsrates als der legalen nationalen Vertretung werde in allen Staatskabinetten gelesen und notiert. „Zum ersten Male nach den schweren, langen Jahren der Knechtschaft konnte Polen so sprechen.“ Aber das Gewicht der russischen Proklamation liegt nicht darin, was sie verspricht, sondern in dem, was sie anerkennt, und „das ist das Prinzip der Unabhängigkeit“. Die Antwort des Staatsrates habe diesen Punkt geschickt aufgegriffen. Indem sie sich dagegen verwahrte, daß dieser Unabhängigkeit Beschränkungen auferlegt werden, stellte sie nochmals fest, „daß eine konstitutionelle Monarchie eine starke Regierung und ein zahlreiches Heer Aufgaben sind, von deren Erfüllung uns nichts abzuhalten vermögen wird.“ Das neue Rußland sei noch weit davon entfernt, als lebendige Wirklichkeit dazustehen. „Dieselbe Duma, welche heute die Marseillaise singt, unterstützte vor dem Kriege den antipolnischen Kurs der Regierung.“ „Die russische Proklamation ist nicht die Stimme des Volkes, sondern die Resonanz der erlittenen Niederlage.“ „Der Zarenthron fiel, füllte jedoch nicht die Kluft aus, die uns von Rußland trennt.“ „Die russische Proklamation schweigt von dem (polnischen) König.“ „Die russische Proklamation ist ein neuer Sieg der polnischen Staatsidee. Sie sollte also der realen aufbauenden Arbeit, die der Staatsrat führt und entwickelt, nicht schaden, sondern helfen.“ Jetzt sei es Zeit, den Staatsrat auf die Proklamation durch eine Tat antworten zu lassen. Eine solche Tat werde der Werberuf sein. (Aus Nr. 73 der Warschauer Tagesberichts vom 18. April 1917.)

Nr. 123 der Wiadomości Polskie (Pettau)

vom 16. April 1917.

schreibt unter der Überschrift „Die neuen russischen Versprechungen“ u. a. folgendes: „Die polnischen Legionen und das Polnische Oberste Nationalkomitee begannen ihre militärische und politische Aktion im Bündnis mit der österreichisch-ungarischen Monarchie und unter ihrem Schutz und sie die polnische Frage vor das Forum

Europas gebracht. Ohne die Unterstützung der Habsburgischen Monarchie wären unsere Legionen durch Rußland vernichtet und aufgerieben worden, trotz ihres Heldentums, und unsere Sache könnte dann nicht diese Form annehmen, die sie heute besitzt. Wir erstreben nicht und können eine wiederholte Verbindung mit Rußland nicht anstreben, da dieselbe sich auf einer Gleichstellung auf dem Papier, tatsächlich aber auf eine notwendige Abhängigkeit von Rußland stützen würde. . . . Die Verbindung des kleinen Polen mit dem gewaltig großen Rußland wäre nämlich für uns gefährlich. Die geschichtliche Erfahrung beweist, daß die tatsächlichen Verhältnisse, d. h. die Bevölkerungszahl, das Nationalvermögen usw. eine größere Bedeutung besitzen, als geschriebene Traktate oder Konstitutionen. Rußland würde zweifellos bei einer militärischen Konvention mit Polen einen entscheidenden Einfluß auf Polen erlangen müssen. . . . Wir wollen einen wirklich unabhängigen polnischen Staat, der durch kein ständiges Verbindungsmitglied mit irgend einem anderen Staate verbunden wäre, der eine viel größere, zu der unsrigen in keinem Verhältnis stehende und uns durch seine Gewalt erdrückende Kraft besitzt. Wir könnten lediglich nur mit Österreich-Ungarn in eine staatsrechtliche Verbindung in dieser oder jener Form eintreten, weil die nationale Zusammensetzung und überhaupt das Verhältnis der politischen Kräfte in der Monarchie uns nicht nur mit keiner Gefahr bedrohen würde, sondern im Gegenteil uns die Möglichkeit der Ausübung eines starken Einflusses auf die ganze Monarchie und uns zugleich Sicherheit nach außen gewähren könnte. . . . Die russische Deklaration und die Anerkennung der Unabhängigkeit Polens. . . . beweisen deutlich, daß der Weg, den die Legionen und das Oberste Nationalkomitee gewählt haben, der richtige war, daß er zur Anerkennung der polnischen Staatlichkeit sogar durch Rußland geführt hat. Wir müssen bis zu Ende auf dem Posten verharren, der durch die bewußtesten Elemente unserer Gesellschaft eingenommen wurde, und wir müssen uns vor gefährlichen Seitensprüngen hüten, die entweder in der Richtung der russisch-entente-freundlichen Richtung oder etwa in einer anderen, entgegengesetzten Richtung gehen, die unter populären Lösungsworten auftauchen, einer nervösen und unberechenbaren Richtung, die weder unsere äußere Situation, noch unsere Kräfte mit in Rechnung zieht.“

(Aus Nr. 75 des Warschauer Tagesberichts vom 20. April 1917.)

Nr. 186 des Goniec (Warschau)

vom 22. April 1917

polemisiert unter der Überschrift „Professor Naumann über Polen“ gegen die von Naumann in der „Hilfe“ geäußerten Ansichten über die jetzt in Polen existierenden Probleme, und führt hierbei folgendes aus: „Wir müssen absolut die Ansicht Naumanns bestreiten, daß, während die Deutschen eine Steigerung des Chaos in Rußland wünschen, die Mehrheit der Polen das Gelingen des Programms der Duma ersehne. Dieses letztere kann nur ein Häuflein wünschen, welches noch daran glaubt, daß die Entente siegen werde. Aber das ist nur ein Häuflein. Die übrigen Polen betrachten teils das Chaos in Rußland als unseren Sieg, teils. . . . glauben sie doch weil sie Rußland kennen, auf das festeste, daß in ihm nichts anderes sein werde, als Verwirrung und Entfesselung. Ebenso ist die Meinung Professor Naumanns falsch und oberflächlich, daß die Liberalisierung Rußlands zu den tiefsten Wünschen Polens gehöre“. Das war vielleicht „früher“, gegenwärtig aber ist die Verdrängung, die Polen wünschten die Liberalisierung Rußlands, mehr als übertrieben. „Wahr sei nur, daß

die russische Revolution in Polen größeres Interesse erweckt hat, als bei den anderen Völkern, vor allem deswegen, weil in Rußland gegenwärtig gegen 6 Millionen Polen sind, die „der Willkür der halb-wilden moskowitzischen Elemente überantwortet sind“. (Aus Nr. 77 des Warschauer Tagesberichts vom 23. April 1917.)

Aus Nr. 30 des Glos (Warschau)
vom 18. April 1917.

Am Scheidewege zwischen Krieg und Frieden.

..... Welche tatsächliche Folgen der Appell der Mittelmächte an die russische Regierung haben wird, läßt sich nicht voraussagen.

Einerseits ist die Annahme unmöglich, daß so ernste Erklärungen der Mittelmächte nur ein leeres Spiel mit Worten sein sollten; andererseits unterliegt es keinem Zweifel, daß dieselben auf das russische Volk einen ungeheuren Eindruck ausüben müssen.

Auf jeden Fall wird schon die nächste Zeit darüber Klarheit bringen, ob die Erklärungen Österreich-Ungarns und Deutschlands nur ein Verjuchsballon gewesen sind, oder ob der Schritt nach vorheriger Fühlungnahme geschehen ist.

Wenn dies jedoch tatsächlich auch nur ein diplomatisches Spiel wäre, so würde ein solcher Zug auf dem internationalen Schachbrett ein gleichzeitiger Schach zum König und der Königin bedeuten. Der Wille zum Kampfe wird dadurch bei einem der wichtigsten Gegner bedeutend geschwächt, und zugleich werden die westlichen Ententespieler in eine sehr schwierige Lage gebracht. Was hat nämlich Frankreich und England solchen Vorschlägen der Mittelmächte entgegenzustellen, damit Rußland dieselben limine verwerfe und von neuem von Kampfeslust und vom Willen zum Durchhalten erglühe.

Was auch Paris und London unternehmen mögen, so unterliegt es keinem Zweifel, daß die Erklärungen der Mittelmächte das Land zwischen dem Osten und dem Westen lockern, eine neue Lage schaffen, die politische Stellung Rußlands zu Ungunsten seiner bisherigen Bundesgenossen stärken und die schon zur Zeit der Zarenregierung nach dem Frieden strebenden Elemente zu neuen Kombinationen veranlassen werden, daß zugleich die Bedeutung und der Einfluß dieser Elemente bedeutend gestärkt wird.

Man kann daher ohne Übertreibung behaupten, daß der Kriegspropaganda der Entente ein schwerer Schlag versetzt worden ist, der sehr geschickt und vielleicht tödlich sein wird. Der Fortsetzung des Krieges wird ein Hindernis bereitet, und die Friedensaussichten steigen bedeutend.

Für uns müßte die gegenwärtige Lage ein Ansporn sein, möglichst lebhaft in der Richtung der staatschöpferischen Konsolidation und der Schaffung einer eigenen bewaffneten Macht tätig zu sein, damit ein etwaiger baldiger Frieden uns nicht schwach und in viele Parzellen zerplittert vorfinde. Seien wir uns dessen bewußt, daß wir vor neuen, bedeutungsvollen Möglichkeiten stehen, am Scheidewege zwischen Krieg und Frieden!

Nr. 100 des Dziennik Lubelski (Lublin)
vom 16. April 1917.

schreibt unter der Überschrift „Die O s t g r e n z e n“ unter anderem folgendes: „Die Frage der Grenzen des polnischen Staates steht vor uns mit unwiderstehlicher Kraft. Die östlichen Gebiete der polnischen Republik, die organisch und historisch mit dem mütterlichen Stamm verbunden sind, flehen einfach darum, daß man sich um die Anerkennung ihrer Rechte be-

müht.... Die Nachricht von der Bildung des polnischen Heeres erweckt dort den Willen, in diesem Heere mit Blut und Gut zu dienen.... Der Ruf zu den Waffen findet nicht nur unter der polnischen Bevölkerung, sondern auch bei vielen Litauern und Weißruthenen Wiederhall.... Es wird niemand imstande sein, die entflammte Begeisterung zu vernichten und den Glauben an die Möglichkeit und Notwendigkeit der Verbindung dieser Länder mit dem Königreich Polen zu nehmen.... (Zensurlücke.).... Wenn wir ein würdiges Zusammenleben mit unserem westlichen Nachbar wünschen, so müssen wir die Verhältnisse so gestaltet haben, daß unsere Freundschaft auf beiderseitige reale Vorteile sich stütze. Der Anschluß der östlichen Gebiete an Polen erscheint uns als eine unüberwindliche Notwendigkeit. Diese Ländereien erscheinen uns als die einzigen Gebiete, wohin der Bevölkerungsüberschuß des Königreichs Polen wird abfließen können, wo unsere ökonomische Expansion für die weiten asiatischen Absatzgebiete finden wird.... (Zensurlücke.).... Wird man uns die deutsche Hand aufrichtig entgegenstrecken, so wird polnischerseits ein aufrichtiger Händedruck die Antwort sein. (Zensurlücke). Die alten Zeiten sind schon vorbei, wir sind schon reif und gestärkt und wollen aus dem Zusammengehen entsprechende Vorteile haben. Der Stimme von der Notwendigkeit der Angliederung der litauischen und ruthenischen Gebiete muß schon in der allernächsten Zeit in den maßgebenden Kreisen Gehör geschenkt werden, da doch das Echo, das sogar in dem öffentlichen Auftreten des Staatsrates im Verhältnis zu den Okkupationsbehörden formuliert wird, immer günstiger wird.... Heute geht durch alle polnischen Länder eine gemeinsame Stimme: Litauen und Ruthenen mit dem Königreich Polen.“

(Aus Nr. 73 des Warschauer Tagesberichts vom 18. April 1917.)

Nr. 88 des Kurjer Płocki (Plock)
vom 17. April 1907

schreibt: Polen hat jetzt das Wort!!! Endlich hat sich die Welt auf die Märtyrerin der Nationen, auf Polen, beizogen. Heute heißt es, der Wahrheit in die Augen schauen und ohne Hinterhältigkeit sagen, was uns am Herzen liegt. Wir verlangen von euch nichts Ungewöhnliches: „Gebet uns zurück, was uns mit Recht gehört, ohne daß ihr euch selbst einer Gefahr aussetzt. Wenn unser Vorichlag ungehörig und nicht am Platze ist, wenn ihr, die euch durch Polen angebotene Vermittlung zur Einigkeit zurückweist, wenn ihr nach uns mit Steinen werft, dann wird sich das Urteil Gottes gegen euch wenden.... Polen wird nie ein Mann zum Kampfe aufstehen. Deshalb wenden wir uns an euch: Werft auf den polnischen Friedensvorschlag einen Stein, wenn ihr könnt! Sowohl ihr, die ihr euch slawische Brüder nennt, als auch ihr Söhne Englands, Frankreichs, Belgiens, Italiens, Montenegros, Serbiens, Rumäniens, der Vereinigten Staaten, Chinas, Portugals, ebenso ihr Söhne der Türkei, Deutschlands, Österreichs und Bulgariens. Polen hofft, daß sein Vorschlag angenommen wird, ist jedoch jeden Augenblick bereit, seinen Friedensvorschlag mit dem Schwert zu unterstützen. Deshalb: Provisorischer Staatsrat, arbeite für den Frieden, aber rufe zugleich zum Heeresdienst auf. Führer, bereite die Scharen vor! Nation, einige dich! So ruft Polen, welches endlich heute das Wort hat. (Aus Nr. 74 des Warschauer Tagesberichts vom 19. April 1917.)

Aus Nr. 3 des Mysl Polska (Warschau)
vom April 1917.

Mzymowski erörtert in einem „Das Wert der Befreiung“ betitelten Artikel die bisherige Tätigkeit und die künftigen Aufgaben des provisorischen Staatsrates: Die Errungenschaften des Staatsrates sind im Vergleich zu den großen Ereignissen, die in letzter Zeit die Welt erschüttert haben, sehr gering gewesen. Der Staatsrat ist vorläufig nur im Begriffe, den Plan seiner künftigen staatsbildenden Aufgaben zu skizzieren, anstatt denselben in Taten umzuwandeln. Trotzdem muß das Verhältnis der Polen zum Staatsrat auf unbedingtem Vertrauen beruhen. Die wichtigste Aufgabe des Staatsrates ist und bleibt die Armee und der Staatschah. Die Mitwirkung der Armee am jetzigen Kriege kann nicht ohne Einfluß auf die Festlegung unserer östlichen Grenzen bleiben. Es ist allen bekannt, daß die Kompetenz des Staatsrates sehr beschränkt ist, von der Exekutive gar nicht zu sprechen. Trotzdem darf man das langsame Tempo seiner Arbeiten nicht allein in diesen oder jenen Schwierigkeiten suchen, es fehlt auch viel an der motorischen Kraft.

Die Wiege der polnischen Selbständigkeit ist das Schlachtfeld. Da der Krieg den polnischen Staat erzeugt hat, so muß der Staatsrat vor allem die Bevölkerung unter die Waffen rufen. Sobald der Staatsrat im Rücken eine eigene Armee hinter sich haben wird, werden ihm die übrigen Staatsbefugnisse von selbst in den Schoß fallen. Es ist bekannt, daß der Akt vom 5. November nicht Gefühlsregungen, sondern Interessensrückichten der Zentralmächte entsprang; dieses bürgt für die Dauer und Festigkeit des Bündnisses. Deswegen können die Polen, nur im Interesse der Verstärkung der Wehrmacht der Zentralmächte wirkend, bereits heute die Hand nach der Macht im Lande ausstrecken. Solange den polnischen Staat der russische Soldat, möge er als Diener des Zaren oder als freier Bürger auftreten, bedroht, darf die einzige Stütze und Wehr des Staates nur der eigene Soldat sein. (Aus Nr. 74 des Warschauer Tagesberichts vom 18. April 1917.)

Aus Nr. 109 der „Deutschen Warschauer Zeitung“
vom 22. April 1917.

Vom Provisorischen Staatsrat.

Die Volkswirtschaftliche Abteilung des Staatsrates macht in ihrem letzten Bericht Mitteilungen über die Aufgaben und über die Zusammenfassung der bei ihr bestehenden Kommission für den Wiederaufbau des Landes. Zuden Hauptaufgaben der Kommission gehören die Ausarbeitung einer Landesbauordnung, Hilfeleistung für Zwecke des Wiederaufbaues und von Neuanschaffungen, Erleichterung der Beschaffung von Baumaterial aus den Staatsforsten, Erwirkung von Tarif- und Steuervergünstigungen, Mitwirkung bei der Heranbildung von Baumeistern, Denkmalspflege usw. Bei der Verwirklichung dieses Programms zieht die Kommission die im Lande vorhandenen Vereine und Institutionen heran.

Zum Leiter der Kommission wurde der Baumeister Jan Heinrich ernannt.

Die Kommission für den Wiederaufbau hat ihren Sitz im Gebäude des Technikervereins (Gackistr. 3—5).

Der Provisorische Staatsrat wendet sich durch Vermittlung der Presse an Personen, die für die Zukunft Anstellung in der Staatsverwaltung zu erhalten wünschen, mit der Aufforderung, ihre Angebote bei der Kommission für die Vorbereitung von Staatsbeamten (Mazowiecka 22, Hauptkanzlei) abzugeben. Bevorzugt werden Personen, die schon in ähnlichen Stellungen tätig waren. In die Vorbereitungskurse für Beamte können auch Frauen aufgenommen

werden, die sich über eine genügende theoretische Vorbildung und über eine längere selbständige Büropraxis ausweisen können.

Der Provisorischen Staatsrat gibt ferner bekannt, daß die Bildungskurse für mittlere Verwaltungsbeamte in Lodz von nun ab von der Zivilverwaltung des Generalgouvernements Warschau in Gemeinschaft mit dem Provisorischen Staatsrate geleitet werden. Anmeldungen zur Aufnahme in die Kurse werden beim Provisorischen Staatsrat von der leitenden Kommission für die Vorbereitung von Staatsbeamten (Warschau, Mazowiecka 22, Hauptkanzlei des Staatsrates) entgegen genommen.

Aus Nr. 114 der Deutschen Warschauer Zeitung
vom 26. April 1917.

Vom Provisorischen Staatsrat.

Am 13., 16. und 19. April fanden Sitzungen der Nebenkommision für die Staatsverfassung und am 14., 17., 19. und 23. April solche der Nebenkommision für den Landtag statt.

In diesen Sitzungen wurde derjenige Teil der Staatsverfassung, der sich auf die gesetzgeberische Gewalt bezieht, und die Ausarbeitung der Hauptgrundsätze der Wahlordnung beendet. Beide Nebenkommisionen werden ihre Arbeiten noch weiter fortsetzen, damit die Genehmigung der Satzung für den Landtag so schnell als möglich genehmigt werde.

Bei der Arbeitsabteilung des Provisorischen Staatsrates wurde eine Kommission zur Aufsicht über die polnischen Arbeiter im Auslande gebildet. Diese Kommission hat die Aufgabe, zwischen den Arbeitern und ihren Familien, die in Polen geblieben sind, zu vermitteln, für ihre Beurlaubung und ihre Rückkehr nach Ablauf der Vertragsfrist zu sorgen usw. Die Kommission hat ihren Sitz in der Mazowieckastr. 7.

Aus Nr. 84 des Dziennik Narodowy (Petrisau)
vom 15. April 1917.

Die polnischen Bischöfe und der Staatsrat.

Die Versammlung der polnischen Bischöfe, die vor kurzem in Warschau tagte, rief eine Reihe von Vermutungen über die Frage hervor, ob und welche Stellung sie gegenüber den aktuellen Fragen auf dem Gebiete allgemeiner und nationaler Angelegenheiten eingenommen hat. In der Presse erschienen nur knappe Mitteilungen. Allgemein nahm man an, daß sich die Versammlung sicherlich auch mit allgemeinen Angelegenheiten befaßt hat; es hielt jedoch schwer, irgend welche Informationen nach dieser Richtung hin zu erlangen, namentlich als von Seiten des Krakauer Bischofs Sapieha dies bestritten wurde.

Eine um so große Bedeutung haben daher die Nachrichten, die ein Warschauer Berichterstatter der „Gazeta Polska“ auf Grund einer Unterredung mit dem bekannten Politiker aus dem Lager der Realisten, dem Prälaten Sigismund Chelmiccki veröffentlicht.

Bei der Unterredung — schreibt der Berichterstatter — berührte Prälat Chelmiccki einige Angelegenheiten von allgemeiner Bedeutung, die wir in seinem Auftrage zur öffentlichen Kenntnis bringen.

Über sein Verhältnis zum Staatsrat befragt, antwortete Prälat Chelmiccki folgendes:

„Ich habe den Eindruck, daß das Verhältnis der polnischen Volksgesamtheit zum Staatsrat eine bedeutende Wendung zum Bessern erfahren hat. Die unfreundlichen Stimmen sind verstummt. Der Staatsrat hat die Anerkennung erlangt, und niemand mehr zweifelt an dem guten Willen der Männer, die die verantwortungsvollen Pflichten auf ihre Schultern

genommen haben. Außerdem hat die Zeit erwiesen, daß das Programm der sofortigen Verwirklichung des polnischen Staates tatsächlich das Realste ist und daß das Zögern mit dem Bau der einzelnen Zellen des Staatsorganismus schädlich ist. Daher fingen die bisher passiven Elemente langsam an, sich zu beleben und sich dieser Richtung zuzuwenden, und hervorragende Persönlichkeiten, wie Fürst Lubomirski, Graf Tarnowski und Fürst Sapieha entschlossen sich, an den Arbeiten der verschiedenen Kommissionen des Staatsrats teilzunehmen. Ich selbst habe mich — fügte Prälat Chelmiecki hinzu —, obwohl ich mich aus Rücksicht auf meine Gesundheit von der aktiven Politik zurückgezogen hatte, entschlossen, an den Arbeiten der Landtags- und Verfassungskommission teilzunehmen. Dieser Anschluß der bisher passiven Faktoren an den Staatsrat vergrößert die Autorität desselben, demnach also auch die Kraft des Landes und verringert die Reibungen und die Opposition.

Die Beschlüsse der Versammlung der Bischöfe nach dieser Richtung hin werden unzweifelhaft das Verhältnis zum Staatsrat bedeutend beeinflussen. Die Bischöfe haben nämlich dem Staatsrat das Vertrauen ausgedrückt, daß er das Interesse Polens im Auge behalten und seine wichtige Aufgabe erfüllen werde.

Die Bischöfe haben die Aufgabe des Staatsrats als eine ungewöhnlich wichtige und der Unterstützung würdige anerkannt.

Heute muß sich das ganze Volk darüber Rechenschaft geben, daß die Unabhängigkeit seine wichtigste und auch erreichbare Forderung ist. Daher erkennen die Bischöfe diese als das Hauptziel unserer Politik an und sind bereit, sowohl durch Gebete als auch durch die Tat diejenigen zu unterstützen, die nach der Erreichung dieses Zieles streben. Die Bischöfe haben in ihrer Versammlung die Überzeugung ausgesprochen, daß die Akte, durch welche der polnische Staat proklamiert worden ist, wichtige politische Akte seien, die nicht zurückgezogen werden können.

Die kirchlichen Würdenträger glauben auch an das Gedeihen und die glückliche Entwicklung des entstehenden polnischen Staates.

Diese Erklärung der Bischöfe zeigt am besten, was für einen wichtigen Trumpf der Staatsrat durch ihre Unterstützung erlangt. Unzweifelhaft wird sie auch auf die immer allgemeinere und schnellere Anerkennung des Staatsrates als des obersten staatlichen polnischen Organs einen Einfluß haben.

Die Lage des Staatsrats, der den polnischen Staat beinahe unter Begleitung von Kanonendonner und inmitten des Kriegsbrandes aufbaut, ist ungeheuer schwierig. Die wirtschaftliche Erschöpfung des Landes, seine Teilung in zwei Besetzungsgebiete, die Requisitionen und die erweckten Hoffnungen der Volksmassen — alles dies ist zu einem Knoten versflochten, der zwar kein gordischer, aber doch kompliziert und schwer zu lösen ist.

Ich bin jedoch tief davon überzeugt, — beschloß der Herr Prälat seine Unterredung — daß der liebe Gott die Anstrengungen des Staatsrats unterstützen wird und daß dieser, gestützt auf die allgemeine Mitarbeit des polnischen Volkes, das arg mitgenommene Schiff unseres Vaterlandes in einen Hafen bringen wird, der uns eine neue und glückliche Ära sichert.

Diese Ansicht des hervorragenden Mannes, erfahrenen Politikers und hohen kirchlichen Würdenträgers ist sehr bezeichnend. Sie zeugt von einer ernsten Wandlung in gewissen maßgebenden Kreisen des Königreichs Polen.

Aus Nr. 83 des Dziennik Narodowy (Petriefau)
vom 14. April 1917.

Die Organisation der aktivistischen Großgrundbesitzer im Lubliner Bezirk.

(Von unserm Berichterstatter.)

Lublin, im April.

Obwohl nicht allzu schnell, so schreitet doch die Angelegenheit der Konsolidierung der polnischen Volksgesamtheit im Königreich unter den Fahnen des Aktivismus und des polnischen Staatswesens ständig und deutlich erkennbar vorwärts.

Ein Beweis dafür ist die Hinneigung einer immer größeren Zahl der bis jetzt sich am meisten ablehnend verhaltenden Schicht des ländlichen Adels zum Aktivismus.

Die Massen der Großgrundbesitzer, die den „neutralistischen“ Parteien der Nationaldemokratie und der Partei der „Realen Politik“ angehören und von allen Schichten des Volkes am wenigsten geneigt sind, ihre Güter durch eine russenfeindliche Haltung aufs Spiel zu setzen, bilden bis jetzt den Stützpunkt der Aktion, die gegen die staatschöpferische Arbeit gerichtet ist. Daher sind die immer häufigeren Austritte aus dem Lager der „Zwischenparteilichen Aktion“ um so erfreulicher. Solche Austritte werden teils durch geschlossene Organisationen, wie die Nationale Partei, teils durch lose Gruppen und einzelne Personen bewirkt, die sich um den Staatsrat scharen. Zum Glück gibt es unter unsern Großgrundbesitzern immer mehr Konnikiers und Marxisten. Das letzte Ereignis ist die Entstehung einer aktivistischen Gruppe von Großgrundbesitzern in der Lubliner Gegend, die sofort mit den hiesigen Elementen des nationalen Zentrums Fühlung genommen hat. Die Lubliner Gegend, in der im Verhältnis zu Rußland immer eine rücksichtslos oppositionelle Stimmung herrschte, ist zur Entwicklung einer derartigen Partei sehr geeignet, namentlich gegenwärtig, da unter dem Einfluß der Entwicklung der politischen Verhältnisse bei der ententefreundlichen Orientierung nur die Hartnäckigsten geblieben sind. Daher kann man der neuen Gruppe der Großgrundbesitzer eine günstige Entwicklung wünschen.

Nr. 101 des Dziennik Lubelski (Lublin)
vom 17. April 1917

schreibt unter der Überschrift „Der Neorussophilismus“ folgendes: „In dem Standpunkt unserer rechtsstehenden Parteien ist eine neue plötzliche Wendung eingetreten; die Gruppen, welche langsam dem Aktivismus zuneigten, haben auf einmal mit dem Ausbruch der russischen Revolution eine plötzliche Wendung in der Richtung ihres alten Standpunktes gemacht. . . . Es ist charakteristisch, daß die polnischen demokratischen Kreise diesem Zauber vom Osten nicht unterlagen. Die traurigen Erfahrungen des Jahres 1905 haben diese Kreise belehrt, wozu eine ideologische Abhängigkeit von Rußland führen kann“. Das Blatt glaubt nicht an die Aufrichtigkeit der revolutionären Gesinnung dieser ihren sozialen Stellung nach konserverativen Kreise und drückt die Überzeugung aus, daß sich dieselben Kreise jeder weitgehenden Reform auf dem Gebiete der Agrarfrage aufs entschiedenste entgegenstellen würden. „Das Entzücken über die Revolution — meint das Blatt — ist diesen Kreisen nur dazu nötig, um erklären zu können, daß über die Bildung des Heeres nur der Landtag entscheiden kann“. (Aus Nr. 74 des Warschauer Tagesberichts vom 16. April 1917.)

Nr. 37 des Głos (Warschau)
vom 22. April 1917

bringt einen Leitartikel von J. M. (J. M. Mojszewska) unter der Überschrift: „Die russische Republik und die polnische Monarchie“, der sich gegen diejenigen Kreise der Linken wendet, welche durch den Umstand beunruhigt werden, daß der Staatsrat den Bau einer polnischen erblichen Monarchie gerade zu einer Zeit vorbereitet, da in Rußland der Übergang zur Republik verkündet wird. Mojszewska weist auf die Erfahrungen und Traditionen der polnischen Nation hin, welche die monarchische Verfassungsform als die den Polen am meisten entsprechende erkennen lassen. Die Verfassung vom 3. Mai 1791, welche in Polen eine erbliche und gefestigte Königsgewalt eingeführt hat, entsprang einer gesunden und vernünftigen Einsicht in die Bedürfnisse Polens; leider aber kam diese Reform zu spät. „Der polnische Monarchismus hat alte und eigenartige Traditionen... ist stets weit vom Byzantinismus entfernt..., war und wird niemals reaktionär sein, wie der jüngst gestürzte Zarismus. Wo alles erst in Bildung begriffen, alles, die Souveränität des Staates inbegriffen, strittig ist, „ist beim Staatsbau ein nicht bestrittener Faktor notwendig, der nicht der Abstimmung und der Wahl unterliegt“. (Aus Nr. 77 des Warschauer Tagesberichts vom 23. April 1917.)

Aus Nr. 85 des Dziennik Narodowy (Petrifau)
vom 16. April 1917.

Um den polnischen Regenten.

..... Ernste politische Kreise, die von Anfang an die Realisierung des Staates zum grundsätzlichen Punkte ihres Programms gemacht haben, drücken die Überzeugung aus, daß der Moment der Organisation des Staates gekommen ist, wo die Einsetzung einer vorläufigen obersten Gewalt in Gestalt einer Regentschaft notwendig geworden ist. Diese Forderung, die übrigens schon seit langem von den Okkupationsbehörden vorausgesehen wird, stützt sich nicht nur auf die Notwendigkeit, einen Mittelpunkt der obersten Gewalt in dem entstehenden Staate, der immer mehr neue Regierungsfunktionen übernimmt, zu schaffen, nicht nur auf die Notwendigkeit, ein sichtbares Zeichen zu schaffen, das nach außen hin ein konkreter Beweis für die Verwirklichung der Idee des polnischen Staates sein würde; die Einsetzung einer Regentschaft würde im Volke selbst die staatschöpferischen Tendenzen stärken und befestigen, den Willen zur Organisation des Staates kräftigen und eine Begeisterung erwecken, durch die der Prozeß des Aufbaus des Staates bedeutend beschleunigt werden würde.

Die Notwendigkeit einer Regentschaft ergibt sich außerdem aus Gründen rein praktischer Natur, vor allem, um die breiten Massen der Bevölkerung, namentlich der ungebildeten Landbevölkerung, deren ungeschulte Psyche einen konkreten und plastischen Ausdruck für eine jede Idee verlangt, für die Staatsidee und die Bildung des polnischen Heeres unbedingt zu gewinnen. Die Einsetzung eines polnischen Regenten als des sichtbaren Oberhauptes des in der Entstehung begriffenen Staates würde diese bisher passive Masse elektrifizieren und für den Staat gewinnen.

Die erwähnten politischen Kreise sind an den Bau des Staates im Anschlusse an die Mittelmächte herangetreten, weil sie von den aufrichtigen Absichten der Regierungen dieser Staaten bezüglich der staatlichen Wiedererweckung Polens überzeugt waren. Wenn sie jetzt die Forderung einer polnischen Regentschaft erheben, die immer nur als eine Frage der Zeit galt, so geben sie dadurch nicht nur der aufgeklärten politischen Meinung des ganzen Landes Ausdruck,

sondern sie tun es auch in der tiefen Überzeugung, daß dies auf dem Wege der Verwirklichung des Staates eine neue und sehr bedeutungsvolle Tatsache sein wird, die den Akt vom 5. November der Verwirklichung, d. h. der Bildung einer staatlichen Organisation, die mit Regierungseigenschaften ausgestattet ist und nicht nur beratenden Charakter hat, noch während des Krieges näher bringt.

Die Einsetzung eines Regenten in Gestalt einer Persönlichkeit, die in Polen populär ist, wird die brennende Sehnsucht nach einer eignen Regierung, die sich dauernd im ganzen Volke zeigt, befriedigen. Die Regentenfrage ist eine wirkliche Forderung der Zeit und eine aktuelle Etappe in der Organisation des polnischen Staates, auf den gegenwärtig die Aufmerksamkeit aller Völker Europas gerichtet ist.

Nr. 196 der Ziemia Lubelska (Lublin)
vom 19. April 1917

schreibt unter dem Titel: „Wem wurden die polnischen Legionen übergeben?“ folgendes: „Indem wir die folgenden Informationen unseres Wiener Korrespondenten bringen, halten wir es für notwendig, folgendes festzustellen: Auf Grund von Informationen, die wir von der am meisten kompetenten Stelle erhielten, können wir erklären, daß der Staatsrat gegenwärtig mit den maßgebenden Faktoren Verhandlungen führt, um den neuen Akt in der Frage der Legionen mit einem Inhalt zu füllen, der mit den Interessen und Bestrebungen der polnischen Nation übereinstimmend wäre. Wenn diese Verhandlungen zu Ende sein werden und der Staatsrat in der Heeresfrage einen klaren und entschiedenen Standpunkt eingenommen haben wird, wird die polnische Gesellschaft solidarisches und energisches an die Organisation dieses Heeres herantreten. Die Redaktion.“

Es folgt die Korrespondenz aus Wien, die folgenden Wortlaut hat: „In der polnischen Presse ist eine gewisse Beunruhigung zu verzeichnen, weil in der Berichterstattung über die Übergabe der Legionen General Bessler und nicht der Staatsrat als derjenige bezeichnet wird, der die Legionen übernommen hat. Die maßgebenden Wiener Kreise ermächtigen ihren Korrespondenten festzustellen, daß die polnische Gesellschaft betr. der Zukunft der Legionen keine Befürchtungen zu hegen braucht. Die Legionen wurden der polnischen Nation und nur ihr übergeben. Die polnische öffentliche Meinung dürfte, was diese Tatsache anbetrifft, keine Zweifel erheben. Daß in dem Akte der Übergabe der Legionen der Name des Generals von Bessler genannt wurde, geschah nur, weil dem General von Bessler schon lange vorher die militärische und technische Schulung der polnischen Armee übertragen wurde. Diese Mission wurde dem General von Bessler mit dem Wissen der polnischen Repräsentation durch die Zentralmächte noch im November anvertraut. Die Übergabe der Legionen mußte naturgemäß in militärische Hände erfolgen, also in diesem Falle in die Hände des Generals von Bessler. Dieser Akt bezweckt keinesfalls die Verheimlichung oder Verhüllung der Tatsache, daß die Legionen in das Eigentum der polnischen Nation übergegangen sind. Österreich-Ungarn und sein Bundesgenosse betonten ausdrücklich in einer ganzen Reihe öffentlicher Erklärungen, daß sie die polnische Staatlichkeit anerkennen, und als der beste Beweis dafür kann die Tatsache gelten, daß sie sich mit der Bildung der polnischen Armee einverstanden erklärt haben. Kaiser Karl betonte in seinem an den Staatsrat gerichteten Telegramm mit einer Klarheit, die nichts zu wünschen übrig läßt, daß er der polnischen Nation vom ganzen Herzen den möglichst schnellen Wiederaufbau des polnischen Staates und der eigenen Armee

wünscht. Dieselbe Tendenz hatte auch das Telegramm des Kaisers Wilhelm." (Aus Nr. 76 des Warschauer Tagesberichts vom 21. April 1917.)

Nr. 104 des Dziennik Lubelski (Lublin)
vom 20. April 1917

bespricht die „Frage der Armee und die Werbeaktion“ folgendermaßen: „Eine schwierige und für die polnische Allgemeinheit peinliche Situation ist dank ... der Proklamierung ... als Adress des polnischen Heeres zu Ende. (Die Zwischenworte sind durch die Zensur gestrichen.) Die Gesellschaft war darauf vorbereitet, daß der Staatsrat die Heeresorganisation übernehmen wird, daß er ein Kriegsdepartement bilden können, daß er tatsächlich die Leitung ... der neuen jungen Armee übernehmen wird. Es war verständlich, daß ein gewisses gegenseitiges Abhängigkeitsverhältnis zwischen den Armeen der Zentralmächte und der jungen polnischen Armee bestehen muß, und man war von vornherein darauf vorbereitet, doch stellte man sich dieses Verhältnis in derselben Form vor, wie es z. B. in der griechischen Armee, als dort die französische Heeresmission tätig war, der Fall war, oder ... (eine Zensurlücke) ... ähnlich, wie es in der türkischen Armee der Fall ist. Es läßt sich heute noch nichts bestimmtes sagen, die Dinge sind erst Gegenstand von Verhandlungen, (es folgt Zensurlücke) ... Es ist unsere Pflicht ... festzustellen, daß die polnische Nation alles übernehmen will, was sie übernehmen kann. ... Wir betonen besonders die Notwendigkeit, in der Allgemeinheit das Interesse für das Heer zu erwecken, und das ist nur dann möglich, wenn in den Fragen der Organisation der Rekrutierung und der Werbung die Gesellschaft selbst die entscheidende Stimme haben wird. Wird das aber nicht der Fall sein, so können trotz der ganzen Begeisterung, die bei uns für die Heeresfragen herrscht, die maßgebenden Faktoren der Zentralmächte eine unangenehme Enttäuschung, ein Mißlingen der ganzen Aktion, erleben. Wir wissen, daß es „ernste“ Politiker gibt, die die Vertreter der Zentralmächte zu informieren wagen, daß die Forderungen der Selbstständigkeit des polnischen Heeres und der weiten Vollmachten des Staatsrates in dieser Frage nur vom linken Flügel unseres Aktivismus ausgehen. Wir wagen aber, da wir die Situation kennen, zu behaupten, daß diese „ernsten“ Politiker einseitige Informationen erteilen, warum das aber geschieht, das wagen wir an dieser Stelle nicht festzustellen.“ (Aus Nr. 77 des Warschauer Tagesberichts vom 23. April 1917.)

Aus Nr. 87 des Naprzód (Krakau)
vom 13. April 1917.

Die Legionen als Stamm des polnischen Heeres.

.....Heute möchten wir auf Grund der Dokumente vom 9. und 10. d. Mts. den neuen Zustand, in dem sich die Legionen befinden, analysieren.

Sie sind aus dem Verbande des österr.-ungarischen Heeres ausgeschieden, haben also aufgehört, einen integralen Bestandteil dieses Heeres zu bilden. Sie sind nicht von vornherein in irgend eine Verbindung zum deutschen Heere gebracht worden. Ihr Wesen wird daher eo ipso ausschließlich polnisch sein müssen.

Diese kurze Betrachtung wäre vollständig überflüssig, wenn bei diesem Vorgange der Übertragung nicht der Name des Generalgouverneurs v. Beseler an erster Stelle figurirt hätte.

Wir wollen jedoch die Hoffnung hegen, daß das Wesen der Übergabe der Legionen als Stamm des polnischen Heeres

sich als ein Moment erweisen wird, das die Form überwiegt.

Wir nehmen an, daß General Beseler in Anerkennung der leitenden Idee der Übertragung seine Aufgabe vor allem in dem Sinne auffassen wird, für die entsprechende technische Ausstattung des unter seinem Auge entstehenden polnischen Heeres namentlich bezüglich derjenigen Bedürfnisse Sorge zu tragen, die sich im Lande nicht befriedigen lassen, daß er aber dem Staatsrat und dem polnischen Volke die freie Initiative an dem Werke des Aufbaus des polnischen Heeres überlassen wird.

Der Akt der Übertragung der Legionen grenzt nämlich die Kompetenzen des Generalgouverneurs und diejenigen des Staatsrats nach dieser Richtung hin nicht ab. Dieser Mangel muß durch irgend einen beiderseits anerkannten modus vivendi ausgefüllt werden, von dem in Zukunft viel abhängen wird.

Selbstverständlich — wir wiederholen es — hätte die Angelegenheit viel gewonnen, wenn die Legionen dem Staatsrat übertragen worden wären, was — auch in Ermangelung jeglicher Vorbehalte — durchaus nicht mit einem Übergehen der Person des Generalgouverneurs gleichbedeutend gewesen wäre, da der Staatsrat bei der ganzen Bewaffnungsaktion von ihm abhängig gewesen wäre und mit ihm in dauernder Verbindung bleiben müßte.

Dies hätte aber die Stellung des Staatsrats als eines Regierungsorgans gestärkt und zur Beseitigung jeglicher Zweifel entschieden beigetragen.

Nr. 106 der Gazeta Łódzka (Łódź)
vom 19. April 1917

betont, daß im Drange der großen Geschehnisse die Übergabe der Legionen zur Bildung der polnischen Armee bei der Nation nicht genügende Beachtung gefunden hat. „Und doch ist für uns, für Polen, für unser Staatswesen, die Tatsache, daß die Legionen der Stamm des polnischen Heeres geworden sind, von nicht geringerer Bedeutung, als die Kriegserklärung durch Wilson, oder als die Proklamation der provisorischen russischen Regierung an die Polen. Denn mit dem Augenblick, in dem der junge Staat den Beginn einer Armee besitzt, beschreitet die Verwirklichung der Proklamation vom 5. November ihren wahren und glückverheißenden Weg.“ Die Übergabe der Legionen ist vor allem von hervorragender moralischer Bedeutung, sowohl für den Geist des Soldaten, als auch für den Geist der ganzen Nation. Bisher gaben sich die Legionäre Rechenschaft darüber ab, daß sie zwar für Polen kämpfen, aber sich mit Polen in keinem unmittelbarem Zusammenhange befinden. Heute ist der Legionär Soldat des Stammes der polnischen Armee; er ist in seiner und der anderen Anschauung Blut vom Blute der Nation. Früher behaupteten die russophilen Elemente, die Legionen seien österreichische Truppen, heute ist das ganze Volk stolz darauf, daß der gerechte österreichische Monarch ihm seine liebsten Kinder wiedergegeben, und die hauptsächlichste Forderung der Unabhängigkeitsidee erfüllt hat. Heute muß daher die polnische Nation mit doppelter Energie an den Bau des Vaterlandes herantreten, möge derselbe auch Sekatomben von Opfern, Ströme von Blut und eine Hölle von Leiden mit sich bringen. (Aus Nr. 76 des Warschauer Tagesberichts vom 21. April 1917.)

Aus Nr. 109 der Deutschen Warschauer Zeitung
vom 22. April 1917.

Die Godzina Polski vom 11. April erörtert unter der Überschrift:

Über das polnische Finanzwesen

die vorbereitenden Aufgaben der Finanzabteilung des Staatsrats:

Ein Plan zur Ausgestaltung der polnischen Staatsfinanzen ist bereits vom Staatsratsmitgliede Dzierzicki entworfen worden. Er umfaßt den privaten und den Handelskredit, den Kredit für Meliorationen, Neuanschaffungen und den Kommunalkredit für die Zwecke der Selbstverwaltung. Es werden Leih- und Sparfassen auf neuen Grundlagen ins Leben gerufen werden, die das im Lande in großen Mengen befindliche Bargeld ans Tageslicht fördern und in Umlauf setzen sollen. Außerdem hat die Finanzabteilung Sitzungen für das Zentralkomitee für nationale Spenden ausgearbeitet. Die gesammelten Fonds desselben werden ausschließlich dem Staatsrat zur Verfügung gestellt werden und dürfen nur für Heereszwecke, für Unterstützung von Kriegsinvaliden und ihrer Angehörigen, sowie für allgemeine nationale Zwecke verwendet werden. Alle diese Aufgaben sind sehr schwierig, zumal das polnische Finanzwesen eine terra incognita und überdies von eingewurzelten Vorurteilen überwuchert ist.

Wenn man behauptet, fährt das Blatt fort, daß das Land von seinem östlichen Nachbar getrennt, sich nicht in gleichem Maße wie vor dem Kriege entwickeln können, so kann darauf erwidert werden, daß die wirtschaftliche Entwicklung vor dem Kriege nicht etwa der gesunden russischen Wirtschaft, sondern vielmehr den natürlichen Reichtümern des Landes zu verdanken sei. Die russische Verwaltung habe zwar wenig Steuern eingenommen, aber auch dem Lande weder Schulen, noch Verkehrsstraßen, noch alles das, was ein Kulturstaat zu beanspruchen hat, gegeben.

Jetzt werde sich die Lage unbedingt ändern. Wenn auch die Steuern infolge der Kriegsschäden anwachsen werden, so werde dafür die Gesellschaft materielle und geistige Vorteile genießen. Die polnische Kultur werde von Grund aufgehoben werden, und das erstandene Polen werde infolge der Berührung mit der westlichen Kultur auf allen Gebieten, sei es auf wirtschaftlichem, sei es auf dem Gebiete der Wissenschaft und Kunst, mit allen zivilisierten Ländern wetteifern können.

Aus Nr. 107 der „Deutschen Warschauer Zeitung“ vom 22. April 1917.

Der „Nowy Kurjer Polski“ vom 10. April schreibt über das Thema

Warum müssen die Polen die sechste Kriegsanleihe zeichnen?

unter anderem:

.... Eine solche innere Kriegsanleihe — die 6. seit Beginn des Krieges — hat kürzlich der Deutsche Reichstag beschlossen und heute nehmen schon alle Banken und Postanstalten Zeichnungen für sie an. So mancher Leser wird sich wahrscheinlich über die Wichtigkeit und Notwendigkeit der Zeichnung dieser Anleihe klar sein, und um ihm das Nachdenken zu erleichtern, geben wir unten die Gründe an, nach welchen gerade die Polen die Anleihe zeichnen müssen. Und an solchen Gründen mangelt es nicht.

Der erste Grund ist die allen Staatsbürgern bekannte Pflicht, unter Anwendung aller zur Verfügung stehenden Kräfte die Anstrengungen unserer heldenmütigen Armeen zu unterstützen, die mit ihrer Brust unser Gut und Leben verteidigen.

Die polnische, hart an der Grenze wohnende Bevölkerung, die doch den drohenden Überfällen der Feinde am meisten ausgesetzt ist, wird das Heldentum der Armeen am besten einzuschätzen wissen. Die Armeen haben sie doch vor dem schrecklichen Schicksal,

von dem Ostpreußen und Galizien betroffen wurden, beschützt. Aber das ist noch nicht alles. Nur ein endgültiger Sieg unserer Armeen wird die polnische Bevölkerung vor nochmaligen Einfällen schützen, und eine glückliche Entwicklung im Frieden wird auch ihren Wohlstand sichern. Und vor allen Dingen werden die Polen der deutschen Ostprovinzen dadurch nicht mehr wilde Kosakenhorden zu Nachbarn, sondern freie Bundesbrüder des Deutschen Reiches in Polen haben.

Auch die Rücksicht auf die Polen im Königreich muß bei jedem Anerkennung finden. Augenblicklich bilden sie eine eigene polnische Armee, eigene öffentliche Institutionen, und gehen mit großem Enthusiasmus an den Wiederaufbau dessen, was der Russe vernichtet hat. Und währenddessen stehen die verbündeten Heere in langen Reihen, wie eine eiserne Mauer von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer und schützen das wiederaufstehende Polen vor dem russischen Tyrannen. Darum wird auch derjenige, welcher die Kriegsanleihe zeichnet, — zum Schutze eines freien Polen beitragen. Wer dies nicht tut, — der denkt nicht an seine Brüder.

Aus Nr. 86 des Dziennik Narodowy (Petrikau) vom 18. April 1917.

Der Gemeinderat in Lodz.

Trotzdem die Gemeinderatswahlen, deren Ergebnis allgemein bekannt ist, schon vor zwei Monaten stattgefunden haben, hat diese Selbstverwaltungskörperschaft ihre Arbeiten bis jetzt noch nicht begonnen; ja, es hat noch nicht einmal die Eröffnungsversammlung stattgefunden. Die Gründe dafür sind verschiedener Art; hauptsächlich handelt es sich jedoch um den Streit wegen des polnischen Charakters des Gemeinderats.

Bekanntlich war Lodz die erste Stadt in dem besetzten Gebiete des Königreichs, die eine Selbstverwaltung erhielt. Es war dies übrigens eine ziemlich sonderbare Selbstverwaltung. Die Stadt erhielt einen Gemeinderat, der ebenso wie die Mitglieder des Magistrats im Auftrage Hindenburgs von dem damaligen Polizeipräsidenten von Oppen eingesetzt wurde. Der Gemeinderat bestand aus 36 Gemeinderäten, und zwar je 12 Polen, Deutschen und Juden. Dieses Verhältnis entsprach nicht dem Zahlenverhältnis der Bewohner, da Lodz 250 000 Polen, 165 000 Juden und kaum 50 000 Deutsche zählt.

Grundsätzlich hatte man der polnischen Sprache im mündlichen und schriftlichen Verkehr dieselben Rechte eingeräumt, wie der deutschen, obwohl in der Praxis dieser Grundsatz nicht besonders streng eingehalten wurde. Daher haben die polnischen Stadtverordneten in dieser Angelegenheit wiederholt interveniert, jedoch vergeblich. Der Lodzer Magistrat wurde und wird bis jetzt von Militärpersonen verwaltet. An der Spitze jeder Abteilung stand eine Militärperson. Die Bücher werden deutsch geführt, und polnische Eingaben ohne deutsche Übersetzung werden vom Magistrat nicht erledigt. Die Zeitungen bringen die Nachricht, daß die Deutschen in Lodz vom „Deutschen Verbands für Lodz und Umgebung“, die früher nie davon geträumt haben, daß die deutsche Minderheit in Lodz regieren sollte, mit diesem Zustand sehr zufrieden sind.

In dem früheren Gemeinderat wurde die Angelegenheit der Polonisierung des Magistrats häufig berührt, jedoch vergeblich. Nach der Durchführung der Wahlen zum Gemeinderat verlangten die polnischen Stadtverordneten von den deutschen Behörden die Anerkennung der polnischen Sprache als der einzigen Amtssprache in der städtischen Verwaltung, die völlige Polonisierung der städtischen Ämter, d. h. die Übertragung der Posten des Oberbürgermeisters, des Bürgermeisters, des Vorsitzenden und des stellvertretenden Vorsitzenden, des Gemeinderats an Polen.

Gegen diese Forderungen erklärten sich die Vertreter der Deutschen im Gemeinderat und der Polizeipräsident von Löhns, an den die Polen eine Abordnung geschickt hatten. Infolgedessen richteten die polnischen Stadtverordneten an den Staatsrat ein umfangreiches Schreiben in dieser Angelegenheit, in dem sie ausführten, daß bis zu der Zeit, wo ihre berechtigten Forderungen nicht berücksichtigt werden, sie ihre Mitarbeit im Gemeinderat für unmöglich halten werden.

Nach der Ablehnung obiger Forderungen durch die Behörden faßten die polnischen Stadtverordneten einmütig den Entschluß, daß sie an den Arbeiten in der städtischen Verwaltung nicht teilnehmen werden. Als Antwort darauf wurden sie von dem Generalgouvernement daran erinnert, daß die Ablehnung des Mandats mit einer Geldstrafe von 100 000 Mark oder einer Freiheitsstrafe von 6 Monaten bedroht ist. Diese Warnung hatte keinen Erfolg.

Gegenwärtig ist die Sache noch immer im Gange. Die Folge davon ist, daß der neue Gemeinderat bis jetzt noch keine Eröffnungsversammlung abgehalten hat, da beinahe die Hälfte der Stadtverordneten sich fernhält. In den ersten Tagen des April ist der letzte Termin für die Erledigung des städtischen Budgets für das laufende Jahr abgelaufen, da sich dies ohne Stadtverordnete und Schöffen nicht durchführen läßt.

Das Polizeipräsidium hat für den 19. April die Wahl der Magistratschöffen festgesetzt. Die polnischen Stadtverordneten haben beschlossen, vor der Wahl die oben angeführten Forderungen zum Ausdruck zu bringen. Wenn diese Forderungen auch diesmal nicht berücksichtigt werden, dann werden die polnischen Stadtverordneten an den Beratungen nicht teilnehmen. Ein Teil der jüdischen Nationalisten hat ebenfalls in dieser Angelegenheit seine Solidarität zugesagt.

So stellt sich die Angelegenheit des Gemeinderats in Lodz dar, die in der Stadt viel Interesse erweckt. Wenn man außerdem noch andere Dinge in Betracht zieht, die sich übrigens infolge des Krieges überall fühlbar machen, so wird man verstehen, daß die Verhältnisse und die Stimmung in Lodz nicht allzu günstig sind, um so mehr als auch noch andere strittige Angelegenheiten vorhanden sind.

Aus Nr. 87 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 18. April 1917.

Die Juden im Königreich Polen.

Wir haben einen Auszug aus einem Privatbriefe erhalten, den ein Warschauer Jude nach Frankfurt a. M. geschrieben hat. Dieser Auszug kursoriert im Abdruck unter den Juden in Deutschland und lautet folgendermaßen:

„Der Segen der deutschen Verwaltung in dem okkupierten Polen wird allmählich von allen Volksschichten empfunden. Deutsche Zucht und deutsche Ordnung lehren in allen Gebieten des öffentlichen Lebens ein. Am meisten belebend wirkt aber der deutsche Geist auf unsere Glaubensgenossen ein.

Ihre großen angeborenen Fähigkeiten mußten unter der russisch-polnischen Herrschaft verrosten. Die Juden gerieten unter dieser Herrschaft ebenso in materieller wie in geistiger Hinsicht in eine große Armut. Jetzt leben sie sichtbar auf, und da liegt es an uns, den deutschen Juden, ihnen die Augen zu öffnen und tief einzuprägen, wem sie ihre Wiedergeburt zu verdanken haben. Ebenso ist es unsere Aufgabe, ihnen den richtigen Weg für ihre Zukunft zu weisen. Dazu eignet sich aber nur die orthodoxe Richtung unter den deutschen Juden. Deswegen kann man es als ein großes Verdienst um unser Vaterland preisen, daß die freie Vereinigung für die Interessen orthodoxer Juden in Deutschland zwei ihrer tüchtigsten Männer nach

Polen entsandte, die mit bedeutenden Geldmitteln ausgestattet wurden. Diesen zwei Männern ist es gelungen, die (deutsche) Regierung in Polen zu überzeugen, daß die Juden in Polen, die fast alle orthodox sind, nur von orthodoxen deutschen Juden geleitet werden könnten und daß keine andere Richtung unter den deutschen Juden imstande wäre, sie für das Deutschtum zu gewinnen. Die zur Genüge bekannten früheren Bemühungen anderer jüdischer Richtungen haben nämlich in dieser Hinsicht vollständig versagt. Sie haben zum Teil gerade das Gegenteil von dem erreicht, was bezweckt wurde, sie führten schließlich nur zu einer gefährlichen Demagogie, welche sogar die Interessen Deutschlands bedrohte. Nur die orthodoxen Juden fanden rechtes Gehör bei den polnischen Juden. Bis dahin glichen nämlich die orthodoxen Massen in Polen einer Herde ohne Hirten. Denn die auch bei uns in Deutschland wegen ihrer angeblichen Gelehrsamkeit so gerühmten und fast mit Ehrerbietung genannten polnischen Rabbiner des alten Stils erwiesen sich als unfähige Männer ohne jede Bedeutung, die obwohl sie zum großen Teil nicht einmal polnisch verstehen, zum Polentum neigen und sich einer intensiveren Einführung der deutschen Kultur beinahe ebenso wie die Polen widersetzen. Auch ihre talmudistische Gelehrsamkeit, vormals eine Zierde der polnischen Juden, ist jetzt verwittert und nutzlos, weil sie von dem Hauch der deutschen Methodik nicht belebt ist. Ihr Einfluß auf die weiten Massen ist deswegen auch minimal. Mit einem Wort, die alten Rabbiner haben ihre frühere Bedeutung schon ganz verloren. Und von den beiden Reformrabbinern in Warschau und Lodz lohnt es sich erst gar nicht zu reden. Deswegen war es natürlich, daß alle diese Herren jetzt sofort zurücktraten und daß die Führung auf die Delegierten der deutschen orthodoxen Juden überging. Diese organisierten vor allem die im Lande zahlreich vertretenen Chassiden. Die Chassiden sind jedoch wenig gebildet und hängen fast abergläubisch an ihren Führern, den Wunderrabbinern. Wenn es also gelingt, diese Chassiden für uns zu gewinnen, so haben wir auch die große Masse für uns, die sich leicht lenken und sogar fanatisieren läßt und die wir somit nachher schon leiten können, wie wir wollen. Mit Hilfe der Chassiden werden wir aber auch die Leitung der großen Gemeinden übernehmen können. Denn die dünne Schicht der sehr reichen jüdischen Assimilatoren wird uns dabei keine Hindernisse in den Weg legen. Diese „Familien“, wie z. B. die Nathansohn und Dickstein, sind nämlich schon vollständig entjudet. Sie haben keine Fühlung mehr mit den jüdischen Massen und auch keinen Einfluß auf sie; nur den Polen gegenüber suchen sie noch den Anschein zu erwecken, als ob sie die berufenen Führer der Juden wären. Im Grunde genommen sind sie aber gegenüber dem Schicksal ihrer Mitbekenner ganz gleichgültig. Wenn man ihnen daher nur ihren Anteil an der Leitung überläßt, so kann man machen, was man will. Die orthodoxen deutschen Juden haben jetzt auch schon ein neues Blatt gegründet, das bestrebt sein soll, den jüdischen Massen eine gesunde geistige Nahrung zu bieten, sie vor allem mit dem Leben und mit den Ideen der wahrhaft frommen Juden deutschen Geistes bekannt zu machen, ihnen den fürchterlichen jüdischen Jargon abzugewöhnen, an Stelle desselben die reine deutsche Sprache einzuführen und ihr Herz und ihr Gemüt für den deutschen Geist und für deutsche Sitten zu gewinnen. Den jüdischen Massen imponiert es auch außerordentlich, daß die Delegierten der deutschen orthodoxen Juden durch ihr energisches und unerschrockenes Auftreten dem antisemitischen Stadtrat bedeutende Zugeständnisse abgerungen haben, so z. B. in den Fragen der Sonntagsruhe und in der Zulassung der Kasan-Juden zu den öffentlichen Gärten. In Lodz

wurde ebenfalls ein Beschluß des Stadtrats, auf Grund dessen die deutsche Sprache als Amtssprache in der Stadtverwaltung eingeführt wurde, nur dadurch ermöglicht, daß mit den Deutschen zusammen auch die jüdischen Stadtverordneten stimmten, die nur infolge einer unermüdlichen Agitation der orthodoxen Deutschen Juden, und zwar auf ihr Programm, gewählt wurden. Auf diese Weise wurde im Osten ein wichtiger deutscher Posten vor der polnischen Übersutung bewahrt.

Aus Nr. 83 des Dziennik Narodowy (Petrikau)
vom 14. April 1917.

Eine Stimme der Polen in Litauen.

In Wilna ist von polnischer Seite folgender Aufruf erschienen:

„Eine Abordnung von Litauern, die nach Berlin berufen worden ist, wurde nach Mitteilungen der deutschen Presse von dem Staatssekretär Zimmermann empfangen, der den Vertretern der Litauer die Versicherung gab, daß die kaiserliche Regierung die freundlichsten Gefühle gegen die litauische Bevölkerung hege und beim Friedensschluß ihre Forderungen in der Richtung der Erlangung einer möglichst weitgehenden Autonomie kräftig unterstützen werde. Diese Unterredung und die darin abgegebenen Versprechungen geben Veranlassung zu der Annahme, daß die deutsche Regierung schon jetzt Erwägungen über die Zukunft Litauens für möglich hält und zu diesem Zwecke sich bemüht, vor allem Informationen über die Wünsche und die Ziele der das Land bewohnenden Nationalitäten zu sammeln.“

Die polnische Bevölkerung in Litauen umfaßt, abgesehen von den Volksmassen, die bezüglich der Zahl den anderen Nationalitäten nicht nachstehen, sondern diese vielleicht noch übertreffen, den größten Teil der Gebildeten des Landes und bildet auf diese Weise ein kulturelles Bindemittel für ganz Litauen.

Die polnische Bevölkerung, die politisch am meisten aufgeklärt ist, beobachtet die Entwicklung der politischen Ereignisse in der Gegenwart und wartet auf den Augenblick, da die Angelegenheit Litauens ihre entsprechende Lösung erhalten kann.

Daß bei der Lösung der litauischen Frage alle maßgebenden Faktoren gezwungen sein werden, die Bestrebungen und den Standpunkt der polnischen Bevölkerung zu berücksichtigen, daran zweifeln die Polen in Litauen nicht.

Das Übergehen des polnischen Elements, das den Grundsätzen nicht entsprechen würde, die in dem gegenwärtigen Kriege besonders betont werden, könnte keine dauernden und realen Grundlagen für die Zukunft des Landes schaffen.

100 Jahre der russischen Unterdrückung vermochten lediglich das polnische Element zu einigen und abzuwärtigen.

„Die Polen sind eine wirtschaftliche und kulturelle Macht in Litauen geworden“ — sagt ein hervorragender Vertreter der deutschen Verwaltung — (von Beckerath) nach gründlicher Erforschung der Verhältnisse des Landes während des gegenwärtigen Krieges.

Eine so starke Volksgeamtheit hat vor allem in dem Gefühl ihrer Kraft und Bedeutung die Bürgschaft, daß sie in dem entsprechenden Augenblicke imstande sein wird, ihren Einfluß auf die politischen Ereignisse auszuüben.“

Aus Nr. 106 des Kurjer Polski (Warschau)
vom 21. April 1917.

Litauen als staatliche Einheit.

Beschluß des litauischen Nationalrats.

Unter dem Titel „Litauen als politische Einheit“ veröffentlicht „Kietich“ in Nr. 67 vom 19. März folgende Nachricht:

Am 13. März fand eine Versammlung von Vertretern aller litauischen Parteien in Litauen statt, die den „Litauischen Nationalrat“ bilden. Zu diesem Nationalrat gehören die Vertreter des „Verbandes katholischer Litauer“, der „Litauischen christlich-demokratischen Partei“, des „National-demokratischen Verbandes“, der „Partei für Nationale Freiheit“, der „Partei für ein demokratisches Litauen“ und der „Litauischen Sozialdemokratie“.

Der „Litauische Nationalrat“ ist infolge der neuen Sachlage zu dem Ergebnis gekommen, daß Litauen sowohl in ethnographischer als auch in kultureller und wirtschaftlicher Beziehung eine politische Einheit bildet, daß bei einer Neugestaltung Litauens allen das Land bewohnenden Nationalitäten die gleichen Rechte zustehen müssen und daß allen die freie Entwicklung und die Beteiligung an der Verwaltung des Landes verbürgt werden müßte, daß Litauen eine besondere selbständige Verwaltung erhalten solle, die Organen aus der Mitte der vorwiegend eingewanderten Bevölkerung übertragen werden müßte.

Um obengenannte Forderungen zu verwirklichen, hat der Litauische Nationalrat beschlossen, ein vorläufiges Komitee für die Verwaltung Litauens zu bilden, das sich aus 12 Personen zusammensetzt, die von dem Litauischen Nationalrat gewählt werden. Hierbei wurde den anderen Nationalitäten, die Litauen bewohnen, und zwar den Weißrussen, Polen, Russen und Juden vorgeschlagen, ihre Vertreter in dieses vorläufige Komitee zu entsenden, und zwar die Weißrussen 6, die Juden 3, die Polen 2 und die Russen 1. Dem vorläufigen Komitee wurde übertragen, die gesamte Verwaltung Litauens zu übernehmen und Vorbereitungen zwecks Einberufung einer Konstituante auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts ohne Unterschied des Geschlechts zu treffen. Die Konstituante wird die Regierungsform und die Beziehungen Litauens zu den Nachbarn festlegen.

Am 18. März hat eine Abordnung von Litauern, die aus den Mitgliedern der Duma Sezas, Januiskiewicz und Bielski bestand, den Ministerpräsidenten Fürsten Lwow besucht und ihm die Beschlüsse des Litauischen Nationalrats bezüglich der Bildung eines vorläufigen Komitees für die Verwaltung Litauens vorgelegt. Fürst Lwow hat nach Anhörung der Deputation erklärt, daß er die Initiative der Litauer begrüße und die Forderungen der Vertreter des litauischen Volkes der Provisorischen Regierung vorlegen werde. Zugleich hat Fürst Lwow an die Abordnung die Bitte gerichtet, daß das vorläufige Komitee möglichst bald, ohne die Entscheidung der Provisorischen Regierung abzuwarten, Kandidaten für die Verwaltungsstellen in den Gouvernements Wilna, Kowno und Suwalki in Aussicht nehme, da das Leben nicht wartet und die Reform der lokalen Verwaltung unverzüglich durchgeführt werden müßte.

Aus dem Auslande:

Aus Nr. 182 der Nowa Reforma (Krakau)
vom 19. April 1917.

Innere politische Krisis.

Alle Tagesblätter besprechen die gestrigen Beschlüsse der deutschen Parteien und drücken die Über-

zeugung aus, daß die Krisis heute oder morgen ein Ende nehmen wird mit Ausnahme der Krisis bezüglich des Postens des Ministers für Galizien.

Die „Neue Freie Presse“ bringt aus der gestrigen Sitzung der parlamentarischen Kommission des Polnischen Klubs einige Einzelheiten; unter anderm teilt sie mit, daß man sich über das mangelhafte Wohlwollen der Regierung gegenüber den Polen beklagt und auf die sich daraus ergebende Unzufriedenheit im polnischen Lager hingewiesen habe. Man betonte, daß nur eine Regierung, die bereit wäre, den Polen Wohlwollen zu beweisen und ihre berechtigten Forderungen zu erfüllen, auf die Unterstützung des Polnischen Klubs rechnen könne.

In der weiteren Aussprache kritisierten viele Redner scharf das Verhalten der Regierung und bemerkten, daß man von der Verwirklichung des Projekts der Sonderstellung Galiziens eine Änderung der Verhältnisse in dem schwergeprüften Lande erwartet habe. Die plötzliche Wendung in dieser Angelegenheit muß daher auf die Stimmung in Galizien und im Königreich unvorteilhaft einwirken.

In dieser Angelegenheit erhalten wir von unserm Berichterstatter noch folgende Nachrichten:

Aus diesem Anlaß sprachen in dieser Sitzung alle Redner in diesem Geiste und erklärten sich — mit Ausnahme des Abgeordneten Abrahamowicz — für eine entschiedene Opposition.

Die Mitglieder der parlamentarischen Kommission des Polnischen Klubs stehen unerschütterlich auf dem Standpunkt der sofortigen Durchführung der Sonderstellung Galiziens; Versprechungen allein können sie nicht befriedigen. Versprechungen sind übrigens überflüssig; denn das Handschreiben des Kaisers ist das beste Versprechen.

Aus Nr. 180 der Nowa Gazeta (Warschau)
vom 20. April 1917

greift im Leitartikel „Rückkehr zu alten Plänen“, gezeichnet von P. G. (Gorecki) das Oberste Nationalkomitee an. „Wir befinden uns alle auf die theoretischen Streitigkeiten der galizischen Polen in der Frage, was für Polen besser sein würde, die Vereinigung mit der österreichisch-ungarischen Monarchie oder die Unabhängigkeit.“ Vor dem 5. November 1916 bekämpfte das D. R. K. die Unabhängigkeit Polens, nach dem 5. November wurde sie dagegen seine politische Lösung. Nun ist in der letzten Nummer des offiziellen Organs der galizischen Politiker „Wiadomości Polscy“ ein Artikel enthalten, in dem es u. a. heißt: „Einzig mit Österreich-Ungarn können wir ein dauerndes staatliches Bündnis eingehen.“ „Nowa Gazeta“ fragt hierzu: „Was bedeutet dieser Übergang auf die Seite der österreichisch-ungarischen Monarchie, die doch gemeinsam mit dem Deutschen Reich uns durch den Akt vom 5. November die Unabhängigkeit verbürgt hat, die ein dauerndes staatliches Bündnis mit der Monarchie ausschließt? Wäre dies eine Rückkehr zum Trialismus? Dieser Plan... erschwert die Verständigung Polens mit den beiden verbündeten Reichen... und schafft Faktoren für einen Streit, der durch den Akt vom 5. November zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn beseitigt war. Ob dies den Aufbau des polnischen Staates erleichtert, ist zweifelhaft.“ (Aus Nr. 76 des Warschauer Tagesberichts vom 21. April 1917.)

Aus Nr. 112 der „Deutschen Warschauer Zeitung“
vom 25. April 1917.

Über die galizischen Kohlenfelder

schreibt JdL. im „Industrie Kurier“:

Ein sehr wichtiger Besitzwechsel im Gebiet der westgalizischen Kohlenfelder hat dieser Tage in Krakau

stattgefunden. Ein Kohlengebiet von 770 km² Umfang, das die Westdeutschen Thomas-Phosphatwerke seinerzeit aus der Schlusiuszischen Erbmasse erworben haben, ist durch Kaufvertrag Eigentum der Galizischen Landesverwaltung geworden.

Das in Rede stehende Kohlengebiet beträgt etwa ein Drittel sämtlicher galizischen Kohlenfelder. Es zieht sich von der österreichisch-schlesischen Grenze bei Biastra und Oswiecim bis nach Wiellie Drogi bei Skawina hin im Norden reicht es bis Chrzanow, im Süden bis Wadowice. Die geographische Lage darf als recht günstig bezeichnet werden. Die natürliche Wasserstraße der dortigen Gegend, die Weichsel, schneidet zum Teil das Kohlenfeld, zum Teil bildet sie seine nördliche Grenze. Im Süden läuft die Bahnstrecke Oswiecim-Skawina auf ca. 40 Kilometer Länge durch das Kohlengebiet und in der Richtung von Norden nach Süden schneidet es die Bahnstrecke Trzebinia-Slawce. Auch die Bahnlinien Wielsko-Dziczice und die österreichische Nordbahn berühren zum Teil die Kohlenfelder. Außerdem wird der projektierte Kanal Oswiecim-Krakau das Gebiet auf einer Strecke von über 40 Kilometer durchschneiden und so die zukünftige Hauptwasserstraße für den Kohlentransport bilden. Das ganze Terrain ist übrigens ziemlich eben, ohne nennenswerte Bodenerhebungen, so daß die Anlage weiterer Zufahrtbahnstrecken keine Schwierigkeiten bieten wird.

Die bisherigen Besitzer haben im ganzen an 44 Bohrungen ausgeführt, zum Teil bis auf 1000 Meter Tiefe und mehr. Auf Grund dieser Bohrungen lassen sich annähernde Schätzungen über die gesamte Vorratsmenge dieser Kohlenfelder anstellen. Bis zu einer Tiefe von 1000 Meter und bei Berücksichtigung nur der Flöze von mindestens 1 Meter Mächtigkeit soll der gesamte Kohlenvorrat der bisherigen erbohrten Kohlenfelderfläche von zirka 400 Kilometer etwa 4,6 Milliarden Tonnen und bei Berücksichtigung auch der Flöze von weniger wie 1 Meter Mächtigkeit und der in über 1000 Meter Tiefe vermutlich befindlichen Kohle soll etwa 6,5 Milliarden Tonnen betragen. Über die noch nicht untersuchten, verbleibenden 370 km² Kohlenfelder werden noch keine Schätzungen bekanntgegeben, doch wird der gesamte Kohlenvorrat der erworbenen Gebiete auf etwa 8,1 Milliarden berechnet. Unter Zugrundelegung der gegenwärtigen, galizischen Kohlenproduktion von zirka 2 Millionen Tonnen jährlich würden diese Kohlenvorräte auf etwa 4000 Jahre reichen.

Die Qualität der Kohle soll sehr gut sein, wenn sie auch nicht überall gleichmäßig ist. Sie enthält im Durchschnitt 5500 bis 6200 Wärmekalorien und erreicht stellenweise bis 7000 Kalorien. Zunächst sollen die östlichen Felder ausgebeutet werden, die Flöze von 6 Meter und mehr Mächtigkeit aufweisen; die westlichen Felder, die auch verkohlbare Kohle enthalten sollen, kommen später an die Reihe.

Nach Übernahme der erworbenen Kohlengebiete durch den galizischen Landesauschuß wird die galizische Landesbank und die Industriebank eine Gesellschaft bilden, die dann den regelrechten bergmännischen Abbau der Kohlenfelder in Angriff nehmen wird. Zunächst soll bei Spytkowice ein Doppelschacht angelegt werden, dessen Baudauer auf vier Jahre angegeben wird. Später sollen 5 weitere Doppelschächte erbohrt werden, und man hofft die Produktion innerhalb acht Jahren auf 500 000 Waggons jährlich zu steigern.

Um das Zustandekommen des Kaufvertrages haben sich von galizischer Seite besonders verdient gemacht der Landesmarschall Riezabitoński, der Direktor der Landesbank Dr. Stępczowski, der Landtagsabgeordnete Zaranski und die Herren Dr. Jahl und Schimik. Von der Kaufsumme, deren Höhe nicht bekanntgegeben wird, werden 20% gleich ent-

richtet; die restierenden Beträge werden in Raten bezahlt, beginnend 5 Jahre nach Übernahme der Grubenfelder.

Aus Nr. 786 des Wiedeński Kurjer Polski (Wien)
vom 20. April 1917.

Die polnischen Sozialisten für einen unabhängigen polnischen Freistaat.

Die Polnische Sozialistische Partei hat an die russischen Sozialisten folgendes Schreiben gerichtet:
Genossen!

Ihr habt ein großes Werk ausgeführt. Ihr habt das Ziel erreicht, für das zahlreiche Generationen russischer Revolutionäre gekämpft haben und gestorben sind. Ihr habt das Zarentum, diese gefährlichste Feste der Reaktion, gestürzt, das Zarentum, gegen das gleichfalls polnische nationale Erhebungen und die polnische sozialistische Bewegung gekämpft haben.

Während dieses schrecklichen Krieges habt Ihr durch Eure Revolution die gesamte europäische Demokratie mit Zuversicht erfüllt und diese ist jetzt überzeugt, daß die wirklichen Sieger in diesem Kriege nicht die imperialistischen Regierungen sein werden, sondern alle Völker, die sich in der Freiheit verbrüdernden werden.

Wir beglückwünschen Euch zu dem Siege und wünschen Euch warm, daß Ihr in Rußland die demokratische Republik zum Nutzen der ganzen Menschheit befestigen möchtet.

Wir wünschen zugleich, daß Eure große Revolution die unmittelbare Einleitung zum Friedensschluß bilden möge.

Genossen! Wofür soll jetzt das russische Volk kämpfen? Für die Rückeroberung der polnischen und litauischen Gebiete oder im Namen der heuchlerischen Lösungen von Nikolaus Nikolajewitsch?

Genossen! Wir sind überzeugt, daß die russische Republik nur dann gefestigt sein wird, wenn sie die Eroberungssucht des Zarentums aufgeben und den polnischen und litauischen Gebieten entzogen wird.

Wir kämpften gegen das Zarentum um die Unabhängigkeit unseres Vaterlandes. Das Schicksal des Krieges hat uns der Macht des Zarentums entzogen, noch ehe Ihr mit ihm fertig geworden seid. Wollt Ihr uns jetzt noch mit Euren Staaten verbinden, die Sache Eurer Freiheit kompromittieren und unserem Lande neue Fesseln bringen?

Wir wünschen keine Verbindung mit irgend einem anderen Staate und streben nach einem völlig unabhängigen polnischen Staate.

In der Lage, die infolge der Kriegszereignisse entstanden ist, haben wir von Anfang des Krieges an ununterbrochen nach der Schaffung eines unabhängigen demokratischen polnischen Staates gestrebt. Von diesem Wege wird uns nichts abbringen. Wir wünschen, daß dieser Staat eine Republik werde. Wir wünschen, daß er ein Faktor des Friedens werde. Wir streben danach und kämpfen darum, daß er schon heute eine reale Gestalt annehme. Das polnische Volk verlangt energisch von Deutschland und Österreich-Ungarn, daß sie ihren Worten Taten folgen lassen. Aber wir wünschen nicht, daß Eure Heere versuchen, unser Land zurückzuerobern. Wir wollen unsere Geschicke weder von Rußland noch von anderen Staaten abhängig machen. Wir kämpfen — wie wir bereits gesagt haben — um die völlige Unabhängigkeit.

Genossen! Ihr könnt uns einen ungeheuren Dienst leisten, wenn Ihr Eure Regierung zwingt, unsere Unabhängigkeit aufrichtig anzuerkennen und dem Kampfe um die Rückeroberung unserer Gebiete völlig zu entsagen.

Wir wünschen, daß unsere Unabhängigkeit unter dem Schutze der gesamten europäischen Demokratie

stehen möge. Eure Revolution weckt in uns die Zuversicht, daß das republikanische Rußland nicht nur mit der Politik des Zaren in Bezug auf uns brechen, sondern auch durch seine ganze moralische Kraft unsere wirkliche bedingungslose Unabhängigkeit unterstützen wird.

Wir drücken Euch die Hand.

Das Zentrale Arbeitskomitee der Polnischen Sozialistischen Partei.

Am 5. April 1915.

Aus Nr. 88 des Głos Narodu (Krafauf)
vom 14. April 1917.

Der Stützpunkt.

Rußland, das die Zarenherrschaft abgeworfen hat, hat es für erforderlich erachtet, seine Meinung in der polnischen Frage zum Ausdruck zu bringen.

Diese Notwendigkeit war selbstverständlich. Das russische Volk, das jetzt selbst seine Angelegenheiten unter der Lösung der Gerechtigkeit demokratisch verwaltet, mußte zu einer Angelegenheit Stellung nehmen, mit der diese beiden Begriffe unzertrennlich verbunden sind, wenn es sich nicht den Vorwurf zuschieben wollte, daß es gewisse Fragen nur deshalb übergeht, um nicht in einen Konflikt zwischen seinen Interessen und den Grundsätzen, die seine gegenwärtige Regierung verkündet, zu geraten.

In Petersburg hat man das Recht Polens auf selbständiges Dasein und Unabhängigkeit anerkannt. Dies müssen wir für den einzigen, grundsätzlichen und unmittelbar aktuellen Punkt der russischen Proklamation halten. Dadurch unterscheidet sie sich von dem Versprechen der Autonomie seitens des Großfürsten Nikolai; darin geht sie auch weiter als die Versprechungen des beseitigten Zaren, der ein Polen verkündigte, das mit Rußland durch eine Personalunion verbunden sein sollte. Das republikanische Rußland, das die größten Freiheiten in seinem Innern verspricht, mußte dem Wegweiser folgen, zu dem das Novembermanifest der Mittelmächte geworden ist. Das ist das erste grundsätzliche Bekenntnis vor der Welt, daß Polen ein Recht auf Unabhängigkeit und auf ein selbständiges staatliches Dasein hat. Diesen Erfolg muß man als Hypothek auf die Zukunft Polens nach dem Kriege eintragen, obwohl man nicht verschweigen kann, daß gewissermaßen vom staatsrechtlichen Standpunkte aus eine Veranlassung zu Vorbehalten damit gegeben ist.

Aus dem russischen Versprechen erfahren wir nur von der Lage, in die Rußland Polen für den Fall „der Vereinigung aller polnischen Gebiete“ zu einem Ganzen bringen möchte. Aber die Petersburger Regierung verfügt heute nicht einmal über einen Teil der Gebiete, die früher von Rußland beherrscht wurden. Der Erklärung kann man daher schwerlich einen anderen, als einen rein platonischen Charakter zuerkennen. Die Erklärung wäre viel deutlicher und würde den Eindruck viel größerer Aufrichtigkeit machen, wenn sie sich auf die unmittelbarste Frage beschränkt hätte, nämlich auf die Anerkennung des „Desinteressements“ in der Angelegenheit des Königreichs Polen, und wenn jene „Vereinigung“ nicht gewissermaßen als Vorbedingung hingestellt worden wäre, unter der Rußland ein unabhängiges Polen anerkennen will. Diesen schwachen Punkt in der Petersburger Proklamation haben neutrale Blätter und sogar manche Blätter der Entente herausgefunden. Von polnischer Seite muß er aus dem Grunde besonders unterstrichen werden, weil man nach der einfachsten Logik nur über diejenigen Rechte verfügt, die man besitzt. Diese Rechte, die für uns immer ein Unrecht waren, hat das republikanische Rußland von dem Zarenreiche geerbt,

wenn es in kurzen Worten erklärt hätte, daß es auf diese vorbehaltlos und für immer verzichtet, hätte es die Frage klarer und einfacher zum Ausdruck gebracht, als dies durch den Aufruf geschehen ist.

Dann brauchte es auch nicht über die eigene Konstituante als von einem Faktor zu sprechen, der die Grenzen des zukünftigen Polens festsetzen soll. Wenn man dem polnischen Volke einmal das Recht zuerkannt hat, über sich selbst zu bestimmen, so kann man, grundsätzlich genommen, diese Frage nicht mehr von fremden gesetzgebenden Körperschaften abhängig machen, wenn es sich auch um etwas in Gestalt eines Korreferats handeln sollte. Wir finden wieder gewissermaßen die Spuren der früheren Anschauungen Miłukows, daß die polnische Frage eine innere Angelegenheit Rußlands sei. Wenn nach dem Akte vom 5. November die polnische öffentliche Meinung in Rußland einmütig anerkannt hat, daß die polnische Frage eine internationale sei und nur auf internationalem Wege gelöst werden könne, so mußte sie nach dem Aufruf der Petersburger Regierung in dieser Auffassung befestigt werden, die durch nichts beschränkt werden dürfte.

Von demselben Standpunkte aus betrachtet, ist der Abschnitt über die „freie militärische Union“, die nicht näher bezeichnet ist, überflüssig und nicht aktuell. Diese Absicht, die aus Polen einen Brückenkopf machen möchte, steht durchaus nicht in der Reihe der Lebensbedürfnisse und der Aufgaben des zukünftigen polnischen Staates. Die kulturelle Mission Polens, die durch die Teilungen unterbrochen wurde, bestand in einer Vermittlung zwischen dem Osten und dem Westen, in der Rolle einer Brücke zwischen den beiden Kulturen, und nicht in der Rolle einer Festung. Diese Mission muß Polen unter eigener Verantwortung und nach eigenen Entscheidungen erfüllen. Man muß in Petersburg erfahren und sich darüber Rechenschaft geben, daß alle Beschränkungen der Rechte in Bezug auf die Entscheidung über sich selbst mit der grundsätzlichen Zuerkennung der Unabhängigkeit nicht übereinstimmen und daß alle Bündnisse und Militärkonventionen innere Angelegenheiten der unabhängigen Staaten sind, über die nur der letztere allein entscheiden kann. Wir zweifeln nicht daran, daß sich auch dieser grundsätzliche Begriff Eingang in das Wörterbuch verschaffen wird, das die Diplomatie in der polnischen Frage wird anwenden müssen. Dieses Wörterbuch wächst mit jedem Tage und wird durch die geschichtliche Notwendigkeit vervollständigt, ein starkes Polen mit einem lebensfähigen Organismus aufzurichten, das auf so starke Fundamente gestützt ist, daß es seine europäischen Aufgaben restlos zu erfüllen imstande sein wird.

Daher wenden sich die Augen aller Polen gegenwärtig nach dem Königreich, wo auf dem vorläufigen Staatsrat so wichtige und verantwortungsvolle Aufgaben lasten. Der Staatsrat soll die Organisation des zukünftigen Polens vorbereiten. Wir zweifeln nicht, daß die polnische staatschöpferische Energie in seinem Wirken kräftigen Ausdruck finden wird, daß die Zahl der Attribute der polnischen Staatlichkeit, die auf den Grundstein des Aktes vom 5. November gestützt ist, steigen wird. In einzelnen galizischen Blättern macht sich die Furcht vor einer Verwirrung bemerkbar, die durch die Petersburger Proklamation in die öffentliche Meinung des Königreichs hineingetragen werden könnte. Die Haltung Warschaws, die in der Erklärung des Gemeinderats als der ersten politischen Äußerung zum Ausdruck gebracht worden ist und bis jetzt von der Allgemeinheit konsequent festgehalten wurde, gibt unsrer Ansicht nach zu einer solchen Befürchtung keine Veranlassung. Das Volk hat gelernt, nur mit Tatsachen zu rechnen, und wird ausschließlich nach solchen sein Verhalten einrichten. Worte können daran nichts ändern. Der Krieg hat ihm diese reale Auffassung der politischen Aufgaben und ihrer Aktualität beigebracht.

Der Krieg wird es auch auf dem Wege zu dem weiteren Ausbau des polnischen Staatswesens auf der gemeinsamen Linie des eignen Interesses und desjenigen der Mittelmächte im Sinne des Aktes vom 5. November führen, auf den sich die Rechte und die unänderlichen Bestrebungen des Volkes stützen.

Aus Nr. 106 der Gazeta Poranna (Warschau)
vom 20. April 1917.

Aufrufe Sr. Exzellenz des Bischofs Cieplak.

Der Verwalter der Erzdiözese Mohylew und der Diözese Minsk, Bischof Cieplak, hat am 4. (17.) März an die Geistlichkeit folgenden Aufruf erlassen:

Nach langen Jahren der Sklaverei betritt Rußland einen neuen Weg, der dem Lande Freiheit, Gedeihen und Entwicklung verheißt. Die bisherige Regierungsgewalt ist zurückgetreten und hat der neuen vorläufigen Regierung Platz gemacht, die von dem ganzen Lande anerkannt ist und sich des Vertrauens erfreut.

Das von der vorläufigen Regierung aufgestellte Programm ihrer Tätigkeit kündigt die Durchführung der politischen und religiösen Amnestie, die Verwirklichung der Freiheit des Gewissens, des freien Wortes in Versammlungen und Vereinen, den Vorschlag einer neuen Regierungsform und der Staatsverfassung, die Beseitigung der nationalen, religiösen und Standesbeschränkungen an.

Die Freude und die Begeisterung aller Söhne Rußlands über das, was geschehen ist, wird von den Millionen von Katholiken, die in Rußland wohnen, geteilt.

Auch für uns ist das Morgenrot der Freiheit erschienen; es lösen sich endlich die Ketten, die uns bisher gefesselt haben. Wir werden endlich die Rechte vollberechtigter Staatsbürger erhalten, die wir bis jetzt nicht besaßen.

In dem denkwürdigen Augenblicke, den wir jetzt durchleben, fordere ich die römisch-katholische Geistlichkeit beider Diözesen und alle Katholiken auf zur Unterwerfung unter die vorläufige Regierung, zur Vereinigung in eintrachtiger Arbeit für das allgemeine Beste und zur Erhebung heisser Gebete zum Allmächtigen um Hilfe und Licht von oben für uns alle und besonders für diejenigen, denen es zugefallen ist, Rußland auf neue Bahnen zu führen.

Dieser Aufruf soll in den Kirchen und Kapellen am ersten Sonn- oder Feiertage nach Empfang der Bevölkerung verkündigt werden. An dem selben Tage soll der Gottesdienst nach folgender Ordnung stattfinden:

Nach der hl. Messe werden Supplikationen gesungen, alsdann die Lieder: „Großer, heil. Gott“, „Unter Deinen Schutz“ und zum Schluß wird der Segen unter Ausstellung des allerhl. Sakraments erteilt werden.

Gegeben in Petersburg, am 1. März 1917.

† Johann, Bischof.

Zugleich hat Se. Exz. der Bischof an den Vorsitzenden der Staatsduma folgenden Brief gerichtet:

Sehr verehrter Michael Włodzimierz! In meinem Namen, im Namen der römisch-katholischen Geistlichkeit und aller Katholiken begrüße ich herzlich in Ihrer Person die vorläufige Regierung, die auf Veranlassung der Staatskammer gebildet worden ist. Ich versichere Ihnen, daß wir Katholiken uns völlig der vorläufigen Regierung unterwerfen. Aufrichtig teilen wir die Freude des großen brüderlichen russischen Volkes, das den Weg der Freiheit betritt. Wir hegen die tiefe Überzeugung, daß nur eine Gewalt, die sich auf das Vertrauen des Volkes stützt, Rußland auf dem rechten Wege zu völliger Erneuerung seiner Gestaltung und seines Lebens führen kann.

Wir hegen die berechnete Hoffnung, daß die vorläufige Regierung, nachdem sie in ihrem Programm die erhabene Lösung der Verwirklichung der Freiheit der Völker, die politische und religiöse Amnestie, die Freiheit des Gewissens, des Wortes, der Versammlungen und der Vereine, die Beseitigung der religiösen und nationalen Beschränkungen angekündigt hat, endlich die bei der bisherigen Ordnung unterdrückte römisch-katholische Kirche von den Beschränkungen befreien wird. Dann werden die Katholiken ohne Unterschied der Nationalität, nachdem sie die tatsächliche Freiheit des Bekenntnisses erlangt haben, mit doppelter Kraft an der Arbeit für das allgemeine Wohl teilnehmen. Indem ich mit der Geistlichkeit und dem Volke Gott um Segen für das große Werk des Umbaus des russischen Landes bitte (den Text des Aufrufs an die Geistlichkeit füge ich bei), füge ich die Versicherung der größten Hochachtung und völliger Hingabe hinzu.

Bischof, Cieplak.
Petersburg, den 5. März 1917.

Aus Nr. 68 des Dziennik Kijowski (Kiew)
vom 9./22. März 1917.

In Sachen der Wiedererrichtung des Königreichs Polen durch die Mittelmächte schreibt das Kiewer Blatt:

Solange Deutschland und Österreich-Ungarn sich mit der Entente noch Rat gewußt, hätten sie an irgend welche Zugeständnisse für die Polen und den polnischen Staat nicht gedacht. Als sie aber zu der Überzeugung gelangt seien, daß es ihnen schwer fallen werde, die Gegner zu zwingen, hätten sie das polnische Königreich proklamiert — in der Meinung, die Polen würden nunmehr scharenweise unter die polnisch-deutschen Fahnen eilen. Weil diese Berechnung falsch gewesen sei, weil sich die Hoffnung auf einen baldigen Frieden nicht erfüllt und weil ferner den Mittelmächten die Gefahr des Krieges fast mit der ganzen Welt drohe, hätten sie sich gegenüber den Polen zu den weitgehendsten Zugeständnissen entschlossen. — Auffallen müsse es, daß die Mittelmächte die Errichtung des vorläufigen Staatsrats erst nach der Ablehnung ihres Friedensangebots durch die Entente bekannt gegeben hätten. Bis dahin hätten sie die polnische Frage geradezu geringschätzig behandelt in der Meinung, sie würden sie, falls die Entente auf das Friedensangebot eingehe, ruhig beiseite schieben können. Somit sei die polnische Frage nur ein vorbereiteter Trumpf in den Händen der Mittelmächte für den Fall der Friedensverhandlungen gewesen.

Aus Nr. 67 des Echo Polskie (Moskau)
vom 30. März 1917.

Die Kommission für die Angelegenheiten des Königreichs Polen.

In der Sitzung der provisorischen Regierung vom 15. März wurden die nachstehenden Beschlüsse betreffend die Liquidationskommission für die Angelegenheiten des Königreichs Polen bestätigt:

1. Die Liquidationskommission, die unter der Leitung eines von der provisorischen Regierung ernannten Vorsitzenden beraten soll, wurde aus Vertretern der Ministerien des Äußeren, des Innern, des Krieges, des Kultus und der Justiz sowie aus Vertretern des Rats der Kongresse der polnischen Organisationen, des bürgerlichen Zentralkomitees, des polnischen Hilfsvereins für die Kriegsoffer und des polnischen Komitees in Moskau gebildet.

2. Die Liquidationskommission wird die Aufgabe haben, aufzuklären, wo und in welchem Zustande sich das Vermögen der staatlichen und sozialen Institute des Königreichs Polen befindet, sie wird vorzeichnen, auf welche Weise dieses Vermögen verwaltet und bis zu dem Moment der Übergabe an den polnischen Staat aufbewahrt werden soll; sie wird in Verständigung mit der entsprechenden Sektion des Ministeriums eine Ordnung der Liquidation der im Königreich Polen tätigen staatlichen Institute aufstellen, das gegenseitige Verhältnis des Staats und der katholischen Kirche bearbeiten und vorzeichnen, auch die Normen ausarbeiten, betreffend die Kriegs- und Zivilgefangenen polnischer Nationalität, welche Untertanen feindlicher Staaten sind.

3. Der Vorsitzende der Kommission unterbreitet ihre Beschlüsse der provisorischen Regierung zur Bestätigung.

4. Die Kommission hat das Recht, Vertreter der interessierten Abteilung des Ministeriums sowie maßgebende Personen zu den Sitzungen einzuladen.

Aus Nr. 67 des Echo Polskie (Moskau)
vom 30. März 1917.

Die Liquidation der Vergangenheit.

Die Bestellung der Liquidationskommission für die Angelegenheiten des Königreichs Polen ist der erste Akt der neuen Regierung in der polnischen Sache, ein Akt von großer Tragweite. Die neue Regierung betritt die Bahn der Liquidation der traurigen Vergangenheit in den gegenseitigen russisch-polnischen Verhältnissen. Schon in der Vorgehensweise der Aufgaben der Liquidationskommission liegt eine Anerkennung des polnischen Staatswesens. Die Kommission soll nämlich u. a. ein Reglement ausarbeiten, auf Grund dessen die staatlichen Güter und die sozialen Einrichtungen des Königreichs Polen „bis zu der Zeit ihrer Rückgabe an den polnischen Staat“ sollen verwaltet werden.

In die Stellung des Vorsitzenden der Kommission hat die Regierung den Rechtsanwalt Alexander Lednicki berufen, und dieser hat schon durch die Annahme der Ernennung bekundet, daß die Regierung die nationalen-polnischen Forderungen anerkennt, deren Sachwalter Alexander Lednicki ist. Die provisorische Regierung konnte, als sie Alexander Lednicki zum Vorsitzenden der Kommission berief, keine richtigere Wahl treffen, denn die ganze vorherige politische und soziale Tätigkeit des Vorsitzenden des Rats der Kongresse und Mitgliedes der ersten Duma hat ihn in diese Stellung vorrücken gemacht, da sie ihm breite Anerkennung und Vertrauen sowohl in der polnischen, als auch in der russischen Volksgemeinschaft erworben hat. Der soziale Arbeiter, der bei der Fahne der Unabhängigkeit Polens steht und an der russischen freiheitlichen Bewegung teilgenommen hat, dieser Arbeiter, der bei der Verteidigung der Interessen seiner Nation sich stets im Namen der höheren demokratischen Ideale von egoistischem Nationalismus frei zu halten mußte ist am besten dazu berufen, in dem kritischen Moment an die Spitze des politischen Instituts zu treten, das den Zweck hat, die traurige Vergangenheit in den polnisch-russischen Verhältnissen zu liquidieren und die Grundlagen für ein neues Bündnis des unabhängigen Polens mit dem freien Rußland zu legen.

Durch die Bildung der Liquidationskommission betritt die provisorische Regierung die Bahn nicht mehr der Worte, sondern der Taten, die Bahn, zu der wir drei Jahr lang Rußland vergeblich aufgefordert haben. Das, was in dem Zarenrußland unmöglich war, entwickelte sich natürlich und aus sich selbst heraus nach dem Siege der Revolution. Der Umstand, daß die Lösungen der Demokratie in die Tat umgesetzt

werden, ist im Verhältnis Rußlands zur polnischen Sache der Beginn einer neuen Ära, einer Ära der Arbeit, deren Endzweck der Wiederaufbau eines unabhängigen und vereinigten Polens sein wird.

Nr. 102 des Kurjer Polski (Warschau)
vom 17. April 1917

weist darauf hin, daß die russische Regierung eine „Liquidierungskommission für die Angelegenheiten des Königreichs Polen“ gebildet hat, die die polnisch-russischen Beziehungen der Vergangenheit regeln soll.“ Das Blatt bemerkt dazu: „Die Einberufung einer solchen Kommission spricht klar den Willen der russischen Regierung aus, unter die Zugehörigkeit Polens zu Rußland einen Strich zu machen. Es ist dies eine neue, diesmal die Form eines Rechtsaktes, ja mehr einer realen Tat besitzende Anerkennung der Unabhängigkeit Polens. Vorüber wird sehr eifrig sein müssen.“ Doch gebe zur Beruhigung Anlaß der dritte Punkt der Verordnung über diese Kommission, wo es heißt, daß die Kommission die gegenseitigen Beziehungen des Staates und der römisch-katholischen Kirche und die Vorschriften über die Militärpflichtigen und die kriegsgefangenen Angehörigen der Zentralstaaten polnischer Nationalität auszuarbeiten habe. (Aus Nr. 72 des Warschauer Tagesberichts vom 17. April.)

Nr. 1911 des Dziennik Petrogradzki (Petersburg)
vom 3. April

Die Mandatsniederlegung seitens der Abgeordneten aus dem Königreich Polen.

Am 18. März haben die Abgeordneten aus dem Königreich Polen zur Reichsduma, die Herren Jarusewicz, Jaronski und Gosiecki, und auch die zum Staatsrat, die Herren Graf Wielopolski, Szebeko und Karpinski ihre Mandate niedergelegt und den Dumapräsidenten sowie die Kanzlei des Staatsrats davon in Kenntnis gesetzt. Die Motive des seit langem erwarteten Schrittes werden in einer besonderen Erklärung niedergelegt werden, deren Text wir vor der Hand noch nicht besitzen.

In dieser Sache brachte der „Dziennik Polski“ die nachstehende Notiz:

„Angesichts der definitiven Erklärung Rußlands in der polnischen Sache durch Proklamierung des Akts über die Unabhängigkeit des vereinigten Polens haben die polnischen Abgeordneten aus dem Königreich Polen für die russische Duma beschlossen, ihre Mandate niederzulegen, indem sie dieselben für erloschen erachten. Sie haben das Nationalkomitee davon in Kenntnis gesetzt. Die Abgeordneten zum Staatsrat aus dem Königreich Polen beschlossen gleichfalls, ihre Mandate niederzulegen.“

Aus Nr. 88 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 19 April 1917.

Der Aufruf des Arbeiter- und Soldatenausschusses an das polnische Volk

hat in völliger Einmütigkeit und unter überaus feierlichen Umständen den Text eines Aufrufes an das polnische Volk beschlossen. Die Vertreter aller politischen und nationalen Gruppen — Litauer, Armenier, Juden und Ukrainer — unterstützten diesen von Sokolow entworfenen Text warm.

In dem Aufruf wurde erklärt, daß das Zar, welches Polen ebenso wie das russische Volk gewürgt habe, gestürzt sei; der Gendarm Europas sei nicht

mehr. Der Arbeiter- und Soldatenausschuß benachrichtigt die polnische Nation hiervon und stellt gleichzeitig fest, daß er das Recht des polnischen Volkes auf unabhängige Existenz ohne jeden Vorbehalt anerkenne. Der Ausschuß vertraue, daß das unabhängige Polen bei sich die republikanische Staatsverfassung einführen, daß das Königreich Polen der von der Nation als beste anerkannte Mann regieren werde, nicht aber eine erbliche Dynastie, in deren Schoße sich Einfaßspindel finden könnten, welche aus der Erblichkeit Ansprüche auf den Thron und auf das Regieren der Nation herleiten möchten. Polen könne sich einzig dann entwickeln, wenn auf dem Throne nicht ein Despot, sondern ein Präsident Platz nehme, der, sofern er sich unfähig erweise, nach einigen Jahren des Regiments beseitigt und durch einen anderen ersetzt werden könne.

Im Namen der polnischen Parteien sprachen in der Sitzung von den polnischen Sozialdemokraten Stanislaus Budkiewicz und im Namen der Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauens Mandelbaum. Der Aufruf wird als Radiotelegramm in alle Weltgegenden verschickt werden. Schließlich wurde nachstehender Text angenommen:

An die polnische Nation!

Das Zarenregiment, das während 1 $\frac{1}{2}$ Jahrhunderten das Polenvolk gleichzeitig mit dem Russenvolke bedrückte, wurde gestürzt durch die geeinigten Kräfte des Proletariats und des Heeres. Indem der Petersburger Arbeiter- und Soldatenausschuß das Polenvolk von diesem Siege der Freiheit über den allrussischen Gendarm in Kenntnis setzt, erklärt er, daß die Demokratie Rußlands auf dem Boden der Anerkennung des national-polnischen Selbstbestimmungsrechts der Völker steht, und er tut kund, daß Polen das Recht darauf hat, in staatlich-internationaler Hinsicht vollständig unabhängig zu sein.

Wir senden dem Polenvolke unseren Brudergruß und wünschen ihm Erfolg im künftigen Kampfe um die Einführung des republikanischen Systems im unabhängigen Polen.

Der Petersburger Arbeiter- und Soldaten-Ausschuß.

Die Absicht, Polen ein republikanisches Regierungssystem aufzudrängen, ist ein bereitetes Zeugnis für die doktrinaire Denkungsart der russischen Revolutionäre. Gerade das von ihnen anerkannte Selbstbestimmungsrecht jeder Nation über ihr Schicksal umfaßt auch die Freiheit des künftigen Polens bezüglich der Wahl der inneren staatlichen Form.

Der Petersburger „Dziennik Petrogradzki“ (1909 vom 31. März) enthält den Bericht über die von dem obengenannten Sozialistenführer Stanislaus Budkiewicz in der Ausschusssitzung gehaltene Rede. Diese Rede soll wie folgt gelautet haben:

„Genossen, Arbeiter und Soldaten! Heute erst sind Mitteilungen aus Warschau bei uns eingetroffen. Heute erst können wir mit voller Überzeugung das sagen, dessen wir gewiß waren, wenn wir an die gemeinsamen Kämpfe des Jahres 1905 dachten. Das polnische Volk, die polnische Arbeiterklasse teilen die Freude des russischen Volkes, welches nach dem Sturze des Zars triumphiert. Dieselben Empfindungen, welche die polnischen Arbeiter in der Zeit der gemeinsamen Kämpfe gegen die Zarenregierung belebten, beleben sie auch jetzt ihre Kräfte im Kampf um die nationale Befreiung stärkend.“

Die polnische Frage ist eine internationale. Das Polenvolk ist in drei Teile geteilt: gegen 4 Millionen Polen stehen unter deutscher Herrschaft, rund 4 Millionen unter der Herrschaft Österreichs, und rund 10 Millionen gab es unter russischer Herrschaft. Dieses polnische

Volk wurde der Freiheit beraubt vor 150 Jahren inmitten des Schweigens der Völker, und darum ist die polnische Frage eine solche des Gewissens der internationalen Demokratie. Es gilt aber hier mit aller Macht hervorzuheben, daß die von dem Rat der Delegierten der Arbeiter und Soldaten repräsentierte russische Arbeiterklasse die edle Initiative ergriffen hat, die mit Füßen getretenen Rechte des polnischen Volkes auf Unabhängigkeit wieder herzustellen. Der heutige Augenblick ist ein historischer. Das russische Proletariat hat soeben die Initiative in Sachen der internationalen Politik ergriffen, sich an alle Völker der Welt wendend mit der Verkündigung vom Sturz des Zarenregiments. Jetzt geht es zur polnischen Frage über.

Wenn wir von dem Rechte des Polenvolkes auf Unabhängigkeit, das ohne jeden Vorbehalt von der russischen Arbeiterklasse proklamiert worden ist, sprechen, dann muß ich die Aufmerksamkeit auf einen daraus sich ergebenden Umstand wenden, welcher für die künftigen Geschicke der polnischen Demokratie und für ihr Verhältnis zu Rußland große Bedeutung hat. Die Unabhängigkeit Polens ist am 5. November von Deutschland proklamiert worden, das gleichzeitig als Form der Verfassung Polens die konstitutionelle Monarchie angekündigt hat und auf den polnischen Thron einen deutschen Fürsten zu setzen willens ist. Dieser Ankündigung hat die polnische Arbeiterklasse die Losung einer Konstituante in Warschau entgegengestellt, welche auf dem Wege des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts gewählt werden soll.

Die polnischen Arbeiter stehen bisher auf diesem Standpunkt, und sie kämpfen um eine unabhängige demokratische polnische Republik. Diese Losungen sind gegenwärtig ihrer Verwirklichung näher gerückt; gegenwärtig kann das polnische Proletariat seinen Kampf um die demokratische polnische Republik mit dem Glauben aufnehmen, daß dieser Kampf zum Siege führen wird.

Für die russische und polnische Demokratie eröffnen sich jetzt die Perspektiven für eine herrliche Entwicklung. Beide Völker werden Hand in Hand vorwärts gehen zusammen mit der Demokratie der Welt und nach der Verwirklichung der unerläßlichen sozialen Umgestaltung streben, deren Endziel der Sozialismus ist. Hoch lebe die demokratische russische Republik! Hoch lebe die demokratische polnische Republik!"

Aus Nr. 73 der Gazeta Polska (Moskau)
vom 18. (31). März 1917.

Das Moskauer Blatt gibt einen Artikel des „Rats der Arbeiter- und Soldatendelegierten“, den dieser aus Anlaß des Aufrufs an das polnische Volk veröffentlicht hat, in dem folgendes ausgeführt wird:

Schließlich sei die Zeit herbeigekommen, wo das russische Volk nicht nur frei und offen reden, sondern seine Versprechungen hinsichtlich der polnischen Frage durch die Tat beweisen könne. Ein- und einhalbes Jahrhundert hindurch habe das blutige Geschlecht der Romanow dieses herrliche, ewig junge Land bedrückt. Es habe niemals einen Zeitpunkt gegeben, in dem die Politik der Romanow in Polen die Anerkennung des russischen Volkes gefunden hätte. Und jetzt, wo es gelungen sei, das Gesindel zu kürzen, das sich um das Geschlecht von Romanow gesammelt habe, sollte der erste Gedanke der Revolutionsarmee, des Proletariats und des Volkes sein: das „freie Polen“! Die zarischen Beschützer hätten das bedrückte Polen im Laufe dieses Krieges mit unzähligen Wunden bedeckt und es schändlich den anstürmenden Deutschen abgetreten. Man solle doch daran denken, was

Nikolaus II. Goremykin getan, als der Krieg begonnen habe und die polnischen Gefilde zum ersten Male mit Blut besprengt worden seien. Zwei Jahre hindurch habe er in verbrecherischer Weise geschwiegen; erst, nachdem das Militär aus Warschau hinausgeführt worden sei, habe er sich erdreistet, hier Polens Freiheit zu verkünden. Der elende Feigling habe auch jetzt noch seine arglistige Arbeit weiter verrichtet; er habe befohlen, die ganze Verwaltung aus Polen hinauszuführen, um sie dann, wenn es gelungen sei, die verlorenen Gouvernements wiederzugewinnen, zurückzubringen und das polnische Volk von neuem zu bedrücken.

Die deutsche Regierung habe diese Lage ihres Feindes rechtzeitig erkannt und sofort den selbstständigen polnischen Staat proklamiert. Könne man aber den Hohenzollern trauen? Gewiß nicht! Ihr ganzer Liberalismus in der Polenfrage stütze sich auf die einfache Berechnung, die eigene Macht zu verstärken und gegen Rußland noch eine Million Soldaten ins Feld zu führen. Es sei allen bekannt, wie sehr das preussische Polen unter dem Drucke der Hohenzollern gelitten habe. Und es gebe auch im gegenwärtigen Augenblicke keinerlei Unterlagen für die Annahme, daß Wilhelm II. sich geändert hätte, daß aus einem Bedrucker ein Herold der Freiheit der Völker geworden wäre. Nein, dieser Monarch sei mit demselben Öl gesalbt wie Nikolaus II. Jetzt sei die Zeit gekommen, nur zu sagen: Es lebe das vereinigte, unabhängige, das freistaatliche demokratische Polen!

Keine Macht der Welt dürfe dem ausdauernden polnischen Volke bei der Vereinigung der drei Teile Polens — des russischen, österreichischen und deutschen — zu einem Staate, bei der Abwälzung des Joches der drei Kaiser hinderlich sein. Es gebe keine bessere Zeit als die gegenwärtige, um das heilige Feuer des Aufstandes anzufachen und zu schwören, für das Vaterland in den Tod zu gehen. An die Waffen, polnische Brüder! Möge diese Stimme hindurchdringen durch den Rauch der Schlachten der Revolution, durch das Säusen der Kugeln aus den Karabinern der Hohenzollern und Habsburgern und die Herzen der bedrückten Brüder erreichen. Zugleich mit ihnen werde man kämpfen für die Freiheit des vereinigten, unabhängigen Polen, „für unsere und eure Freiheit, für die polnische demokratische Republik“!

Aus Nr. 73 der Gazeta Polska (Moskau)
vom 18./31. März 1917.

In einem unter der Überschrift „Eine Stimme des freien Rußland“ veröffentlichten Artikel schreibt das Moskauer Polenblatt u. a. folgendes:

Der Rat der Arbeiter- und Soldatenabgeordneten und die Provisorische Regierung seien in der polnischen Frage mit einander einig, sie erkannten das vereinigte Polen als unabhängigen Staat an; man könne dreist sagen, daß auch ganz Rußland damit einverstanden sei. Und so schlugen denn heute auch alle polnischen Herzen freudiger als je, da ja dem polnischen Vaterlande eine hellere Zukunft entgegenleuchte. Man sei überzeugt, daß die klare und aufrichtige Stimme des freien Rußland auch zu den polnischen Brüdern dringen werde, die nicht in Rußland wohnten. Der Augenblick „großer Entscheidungen“ sei gekommen; man solle daher alle Kräfte anwenden, damit die große Entscheidung des polnischen Volkes im Einklange stünde mit dem tatsächlichen Wohle und der Zukunft des polnischen Vaterlandes. Unter dem ersten Eindruck der Stimme des freien Rußland gebe es nur die eine kurze Antwort: Es lebe das freie Rußland!

Aus Nr. 71 der Gazeta Polska (Moskau)
vom 16. (29.) März 1917.

Das Moskauer Polenblatt beschäftigt sich mit dem an die „Völker der ganzen Welt“ gerichteten Aufruf des Rats der Arbeiter- und Soldatendelegierten, nennt diesen Aufruf eine interessante Probe und schreibt dazu:

Das russische Proletariat wende sich an das deutsche Proletariat und reiche ihm die Hand zum Frieden. Der Aufruf fordere die deutschen „Genossen“ auf, das absolutistische Joch abzuwerfen, ebenso wie das russische Volk die zarsische Willkür von sich gewiesen habe; es solle nicht fürderhin das Werkzeug der Annexion und Gewalttaten in den Händen der Könige, des Adels und der Bankiers sein.

Man könne zweifeln, ob dieser Aufruf irgendwelchen Erfolg haben werde. Die Losung der internationalen Solidarität des Proletariats sei jetzt völlig kompromittiert worden, insbesondere in Deutschland. Die deutsche Sozialdemokratie habe auf Millionen gut organisierter Genossen gerechnet. Ganze Regimenter, Divisionen hätten sich in der deutschen Armee aus „Genossen“ zusammengesetzt. Die deutsche Regierung habe sie aber wohl gekannt und sei deswegen durchaus nicht beunruhigt gewesen. In der polnischen Publizistik habe man vielfach darauf hingewiesen, daß die in Deutschland gezüchtete sozialistische Internationale der Vorläufer des deutschen Imperialismus sei, daß, wenn der kritische Moment eintrete, die deutsche Sozialdemokratie die Phrasen von der internationalen Solidarität des Proletariats beiseite werfen, wohldiszipliniert in die Reihen der Deutschen treten und sich gegen die benachbarten Länder und Völker bedrohenden Einfallsheere wenden werde. Und so sei es auch geschehen. Der Karabiner sei den Händen der deutschen Genossen nicht entfallen, als sie gegen ihre belgischen und französischen „Genossen“ gezogen seien; diese seien zu mannhafte Führern der grausamen und brutalen Befehle des Kaisers geworden.

Viele der polnischen „Genossen“ hätten aus dieser Tatsache nichts gelernt. Sie wiederholten die Formel der „internationalen Solidarität des Proletariats“, als ob die große Erfahrung des gegenwärtigen Krieges überhaupt nicht existierte. Gegenwärtig stellt der Rat der Arbeiter- und Soldatendelegierten den Wert dieser Formel von neuem auf die Probe, er drücke das Gewissen der deutschen „Genossen“ an die Wand und verlange von ihnen, die Losungen der internationalen Solidarität durch die Tat zu beweisen. Man könne von vornherein überzeugt sein, daß die durch die russischen Arbeiter übernommene Probe mißlingen werde. Es sei aber gut, daß man sie gemacht habe, denn sie werde ohne Zweifel die Falschheit der deutschen Sozialdemokratie enthüllen.

Aus Nr. 84 des Dziennik Narodowy (Petrifau)
vom 15. April 1917.

Herr Erasmus Piłk an die russische Regierung. (Denkschrift über die Stimmung in Polen.)

Herr Erasmus Piłk veröffentlicht in der „Gazette de Lausanne“ vom 27. März d. J. eine Denkschrift, die er durch Vermittlung des polnischen Nationalkomitees in Petersburg telegraphisch an die russische Regierung gerichtet hat. Dieselbe lautet in der Übersetzung:

„In der Überzeugung, daß die russische nationale Regierung unter den vielen vor ihr stehenden Fragen ihre endgültige Aufmerksamkeit der polnischen Frage zuwenden wird, erlaube ich mir, einige Nachrichten über die Stimmung in Polen vorzulegen, die aus direkten Quellen stammen und sich auf Ende Februar d. J. beziehen.

Diese Nachrichten stellen einmütig eine tiefe und allgemeine Mißstimmung sogar unter den erprobtesten Anhängern der Entente fest.

Um dies zu verstehen, muß man sich vergegenwärtigen, daß bis zum Tage des Kriegsausbruchs das russische Polen wie eine neueroberte Provinz behandelt und unerhört unterdrückt wurde. Die Verwaltung, das Schul-, Gerichts- und Eisenbahnwesen waren russifiziert. Das Land wurde ausschließlich von russischen Beamten regiert.

Es kam der Krieg.

Alle großen politischen Parteien des Königreichs ließen sich ausschließlich vom Patriotismus leiten und vergaßen alles Unrecht der Vergangenheit, um der Sache zum Siege zu verhelfen, die sie für die gemeinsame hielten. Indem sie sich auf die Seite Rußlands und der Alliierten stellten, übernahmen die Polen die schwersten Lasten und brachten die größten Blutopfer.

Was für Erfolge ergaben sich daraus für sie?

Das frühere politische System erfuhr keine Änderung. Jegliche Reformen, sogar die einfachsten, wurden bis zur Ankunft des Feindes aufgeschoben, der, obwohl er das Polentum in den eignen polnischen Provinzen unterdrückt, sich zum Beschützer des Polentums in dem besetzten Königreich machte, die Verwaltung, das Schul- und Gerichtswesen polnisch machte und Polen zu Beamten ernannte. Schließlich verkündete er im November die Bildung des polnischen Staates und trat sofort an die Verwirklichung desselben heran. Die dauernden militärischen Erfolge der Mittelmächte verstärkten die Bedeutung dieser Politik.

Trotz des Verlustes der polnischen Gebiete hätte die russische Regierung ihre Absichten bezüglich der Zukunft derselben näher bezeichnen können. Was geschah aber? Während der militärischen Erfolge i. J. 1914 und zu Anfang 1915 war von irgend einer Lösung der polnischen Frage gar keine Rede. Die russisch-polnische Kommission wurde im Mai 1915 im Augenblicke des Rückzugs aus Galizien einberufen und sofort wieder aufgelöst. Erst nachdem sich das russische Heer aus dem Königreich zurückgezogen hatte, ließ die Regierung zum ersten Male das Wort: „Selbstverwaltung“ verkünden. Diese Erklärung hatte keine Folgen; es vergingen 15 Monate, und die polnische Frage kam nicht einen Schritt vorwärts.

Schließlich proklamieren Deutschland und Österreich die Bildung des polnischen Staates. Erst jetzt rührt sich die russische Regierung. Aber wie geschieht dies? Durch eine ministerielle Erklärung, die sogar die letzten Anhänger des Einvernehmens zwischen den beiden slawischen Völkern verstimmen konnte. Die Erklärung des Kaisers, die einen polnischen Staat mit einem eignen Heere ankündigte, kam zu spät und machte keinen Eindruck, umsomehr als die praktische Verwirklichung einem Ausschuß von Bureaucraten überwiesen wurde, die wegen ihrer Feindschaft gegen die Polen bekannt waren.

Alle diese Tatsachen riefen in Polen eine völlige Mißstimmung hervor. Die ganze Hoffnung auf Rußland erlosch. Die öffentliche Meinung hörte nicht auf, von den Bundesgenossen Rußlands Bürgschaften zu verlangen, daß die polnischen Hoffnungen nach dem Kriege verwirklicht werden würden.

Man muß andrerseits feststellen, daß das Volk in seinem Innern nach allen kriegerischen Ereignissen immer klarer seine nationalen Ansprüche formuliert. Es ist der Meinung, daß ein 26 Millionenvolk mit einer ruhmreichen tausendjährigen Vergangenheit nach erwiesenen Fähigkeiten auf allen Gebieten der Zivilisation das Recht zur Vereinigung aller seiner Gebiete in einen nationalen Staat, das Recht auf Unabhängigkeit hat. Es glaubt auch zuversichtlich, daß es diese in dem gegenwärtigen geschichtlichen Moment erlangen wird.

Diese Überzeugungen und Hoffnungen teilen alle Polen ohne Ausnahme, namentlich aber diejenigen, die sich treu an die Seite der Entente gestellt haben und an ihren endgültigen Sieg glauben, die der Meinung sind, daß nur sie ihr nationales Ideal zu erfüllen vermag.

Das ist die nackte Wahrheit über den Zustand der Gefinnungen in Polen. Ich halte mich für verpflichtet, dies mitzuteilen und hoffe, daß dies eine positive Politik herbeiführen wird.

Nachdem ich den besten Teil des Lebens der Lösung der polnischen Frage auf dem Wege des Einvernehmens zweier freier Völker gewidmet habe, erlaube ich mir die Hoffnung auszusprechen, daß die erste Äußerung der russischen Regierung in der polnischen Frage sich auf den geschichtlichen Standpunkt stellen wird, der des russischen Volkes würdig ist, das heute schon frei ist und morgen andere erlösen wird.

Wie aus dieser Denkschrift zu ersehen ist, findet Herr Piłz immer irgend jemanden, vor dem er sich verbeugen muß. Aus Gewohnheit wendet er sich dabei immer an Rußland.

Sonst aber muß man zugeben, daß die Darstellung des Gemütszustandes in Polen seitens des Herrn Piłz mit der Wirklichkeit übereinstimmt. Dieser Zustand charakterisiert sich nämlich durch den vollständigen Verfall des Glaubens an Rußland, selbst an das sozialistisch-republikanische, und die Zahl der Anhänger der Entente wird immer geringer.

Aus Nr. 30 des Glos (Warschau)
vom 18. April 1917.

Die polnischen Emigranten in Petersburg.

(Originalzuschrift des „Glos“).

Kopenhagen, im März.

In den ersten Tagen des Oktobers v. J. fing an in Petersburg eine Zeitung in polnischer Sprache unter dem Titel „Dziennik Polski“ zu erscheinen. Gleich in der ersten Nummer (vom 4. 10. 16) debütierte darin mit einem Feuilleton Herr Władysław Rabski, der den Leiter des Pressebureaus „Polonia“ in Stockholm und dessen Mitarbeiter mit Schmutz bewarf. Dies wurde nicht ungestraft gelassen; denn der Leiter des Pressebureaus Herr Kolodnyński-Motyzynski reagierte darauf in einem längeren Artikel im „Kurjer Nowy“, in dem er die Grundsätze und das Programm der „Polonia“ auseinanderlegte und Herrn Rabski als Verleumder und Denunzianten brandmarkte.

In demselben Feuilleton sparte Herr Rabski nicht mit Lobpreisungen des Polnischen Komitees in Stockholm und sprach sich besonders anerkennend über den bekannten polnischen Gelehrten und Forscher Anton Dobrowolski aus. Nach dem unglücklichen Auftreten des Vorsitzenden dieses Komitees in der schwedischen Presse aus Anlaß des Aktes vom 5. November trat Herr Dobrowolski aus dem Polnischen Komitee aus und erklärte öffentlich, daß er mit ihm keinen Zusammenhang mehr habe.

Diese Zurückweisung hat jedoch Herr Rabski nicht aus der Fassung gebracht. Anstatt seine Schuld zu bekennen, griff er im „Dziennik Polski“ die „Polonia“ in scharfer Weise als eine Institution an, die im Dienste der Mittelmächte steht.

Er versuchte sogar den Beweis zu führen, daß sogar so große Telegraphenbureaus wie Reuter, Havas, und andere für ihre Dienste bezahlt werden. Was wäre da erst von einem Bureau wie die „Polonia“ zu reden! Indem er gegen die „Polonia“ argumentierte, stützte sich Herr Rabski offenbar auf eigene Erfahrungen, da er als Leiter des Bureaus „Nord-Süd“,

das durch keine maßgebende polnische Organisation erhalten wird und aus anderen Quellen seine Lebensäfte schöpfen mußte. Daß diese Äfte reichhaltig flossen, das beweisen zum mindesten die „repräsentativen“ Ausgaben des Herrn Rabski in Stockholm.

Wie es sich aus der weiteren Haltung und Tätigkeit des „Dziennik Polski“ ergab, war dieser das halbamtliche Organ des Grafen Wielopolski und Genossen, durch das vor allem der große Einfluß des Grafen, der sich auf „persönliche Freundschaften“ am Petersburger Hofe stützte, in alle Welt hinausposaunt werden sollte.

Nach dem Debüt des Herrn Rabski machte es sich der „Dziennik Polski“ zur Aufgabe, den in Petersburg erscheinenden Konkurrenten, den „Kurjer Nowy“, der die unerhörte Dreistigkeit hatte, ausdrücklich über die Unabhängigkeit Polens zu schreiben, zu vernichten.

Um sein Ziel zu erreichen, begann der „Dziennik Polski“ Treibereien gegen den „Kurjer Nowy“. Die Aktion des „Dziennik Polski“ zeigte sich nach außen hin darin, daß er ständig und zielbewußt in geschickter und tendenziöser Darstellung allerlei Nachrichten und Artikel aus dem „Kurjer Nowy“ zusammenstellte, aus denen nach Ansicht von Herrn Rabski und Konfanten eine Neigung zu den Mittelmächten hervorging. Aus diesen Zusammenstellungen ergab sich von selbst gewissermaßen die Frage: „Habe ich nicht gesagt, daß dies ein preußenfreundliches Blatt ist, das unser Vaterland und unseren großmütigen Zaren verrät?“

Das Ergebnis dieser planmäßigen und systematischen Arbeit war, daß die russische Zensur das Erscheinen des „Kurjer Nowy“ während des Krieges verbot. Wahrlich, — Graf Wielopolski und sein Organ hatten eine ruhmreiche Tat vollbracht. Aber eines Tages im März nahm das alles ein Ende.

Diejenigen, denen der „Dziennik Polski“ so treu diente, wanderten ins Gefängnis. Wird Graf Wielopolski und Genossen denjenigen folgen, mit denen ihn „persönliche Freundschaft“ verband und von denen er Auszeichnungen erhielt? Werden sie bis ans Ende treu bleiben und dazu beitragen, den Abgesetzten zur Wiedereinlangung ihrer Macht zu verhelfen? Das waren Fragen, die einem von selbst aufstiegen. Die Antwort darauf ließ nicht lange auf sich warten.

Wie immer — folgten sie dem Starren. Das „Nationale Komitee“, das seinerzeit aus Warschau evakuiert wurde, und der „Dziennik Polski“, der noch vor einigen Tagen sämtliche „Gnadenbeweise“, „Wohlthaten“ und „Zusicherungen“, die dem Grafen Wielopolski in der polnischen Angelegenheit von dem „erlauchtesten und allergnädigsten Herrscher“ gegeben wurden, haben bereits einen Purzelbock geschossen und an die neue revolutionäre Regierung folgenden bezeichnenden Aufruf gerichtet:

(Siehe Seite 700 Nr. 16 des Gesamtüberblicks vom 25. April 1917.)

Den „allergnädigsten Herrn“ hat man bereits vergessen, wie man überhaupt die einfachsten Grundsätze nicht nur der Ethik, sondern auch des menschlichen Anstandes vergessen hat. Die Methode hat man jedoch nicht geändert, und die Wangen der Polen in Rußland, die noch Achtung vor sich selbst haben, werden auch fernerhin vor Scham erröten müssen beim Anblick der Tätigkeit des „Dziennik Polski“ und seiner Beschützer.

R — ski.

Nr. 26 des Glos (Warschau)
vom 16. April 1917

widmet dem politischen Zusammenbruch der Anhänger der Politik Dmowskis in Rußland eine kurze Betrachtung.

Die Herren Harusiewicz, Jaronski, Graf Wielopolski haben stets ihre Hoffnung auf die bureaukratischen Kreise gesetzt und die Liberalen gering geschätzt. Jetzt sitzen ihre Freunde in den Gefängnissen, während die von ihnen gering Geschätzten oben auf sind. „Herr Dmowski und seine Anhänger haben den Boden unter den Füßen verloren.“ Mit der jetzigen Regierung könne sich die Nationaldemokratie nicht verständigen. Kerenski wurde vor einigen Jahren von Delegierten des Polenklubs zum Duell gefordert. Überhaupt äußerte er sich über die Nationaldemokratie stets mit Verachtung. Auch die anderen Mitglieder der provisorischen russischen Regierung teilen seine Gefühle. „Die Niederlage (der Nationaldemokratie) ist außerordentlich katastrophal.“ (Aus Nr. 72 des Warschauer Tagesberichts vom 17. April 1917.)

Aus Nr. 67 des Echo Polskie (Moskau)
vom 30. März 1917.

Ein epochemachender Moment.

Der große Krieg der Völker nähert sich einem epochemachenden Augenblick. Noch vor einem Monat schien es, daß dieser epochemachende und entscheidende Moment das Eintreten der Vereinigten Staaten in den Krieg sein werde. Als Präsident Wilson seine erste Note an die kämpfenden Staaten veröffentlichte, schrieben die englischen Blätter, indem sie mitteilten, daß papierene Noten zu nichts führten, mit großer Energie: „Möge Präsident Wilson sich mit uns verbünden und uns beistehen, Deutschland zu besiegen, oder möge er sich mit Deutschland verbünden, und ihm beistehen, uns zu besiegen — und es wird Friede werden — anders nicht.“ Gegenwärtig bereiten sich die Vereinigten Staaten nach dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Deutschland deutlicher als je zum Kriege vor. Die ganze Kriegsslotte der Vereinigten Staaten und die Nationalgarde werden mobilisiert, die Schiffsdocks bereiten sich vor, die Kriegsaufgaben anzunehmen, und die Munitionsfabriken haben die Arbeit auf Rechnung der Regierung aufgenommen. Mit einem Worte, in den ganzen dicht bevölkerten und reichen Vereinigten Staaten haben in großem Maßstabe die Kriegsvorbereitungen begonnen.

Noch vor Monatsfrist hätten diese Tatsachen einen erschütternden Eindruck gemacht. Die ganze Welt hätte von ihnen widergehallt, vor allem das ganze kämpfende Europa. Heute werden diese Tatsachen kaum wahrgenommen und notiert, wenngleich auch heute, wie in jeder anderen Periode des Krieges, das aktive Auftreten der Vereinigten Staaten gegen Deutschland eine unermesslich weitreichende Bedeutung hat.

Gleichzeitig spielen sich auf verschiedenen Fronten kriegerische Ereignisse von großem Gewicht ab. Der gegen das ganze Zentrum der deutschen Positionen in Frankreich gerichtete englisch-französische Angriff, der bereits seit einer Reihe von Wochen anhält, hat seinen Gipfelpunkt noch nicht erreicht. Mit jedem Tage gewinnt er unausgesetzt an Intensität und Energie, und immer mehr wird er einer Generalschlacht ähnlich, welche die Deutschen, ob sie wollen oder nicht, werden unter Bedingungen liefern müssen, wie sie die Umstände ihnen vorschreiben werden. Ein entscheidendes Vordringen scheint auch an der italienischen Front im Anzuge zu sein, und auf dem asiatischen Kriegsschauplatz tragen die verbündeten englischen und russischen Heere einen Erfolg nach dem andern davon, deren größter die Eroberung von Bagdad, des Hauptpunktes

des türkischen Widerstandes in Mesopotamien, dieser Perle des türkischen Staates war.

Aber auch diese gewichtigen Ereignisse, welche die kriegerischen Angelegenheiten der deutsch-feindlichen Koalition ungeheuer vorwärts bringen, treten vor der Hand in den Hintergrund angesichts der epochemachenden Tatsache der russischen Revolution.

Im Verhältnis zum Kriege fängt die Rolle der großen russischen Revolution erst an. Die Deutschen geben der Hoffnung Ausdruck, daß Rußland, ebenso wie Frankreich 1870 nach der Entthronung der Bonapartes, nicht imstande sein werde, den Krieg fortzusetzen, daß es lediglich einen nicht hinlänglich organisierten, mithin schwachen Widerstand werde zu leisten vermögen. Diese Hoffnungen stützen sich auf die Annahme, daß die Revolution die Armee habe desorganisieren und in ihr die verschiedenartigsten, sehr stark zentrifugalen Tendenzen habe hervorrufen müssen. Gestützt auf diese Hoffnungen sammeln die Deutschen Streitkräfte, um gegen die nordwestliche russische Front vorzudringen, sie zu durchbrechen und sich den Weg nach Petersburg zu bahnen.

Wenn dieser Angriff erfolgen wird, dann wird der große Kampf auf der Linie des Dünasflusses und weiter nach Süden bis zu den Pinsker Sümpfen über die Geschichte der russischen Revolution und damit über diejenigen des Krieges entscheiden. Für den Fall des Sieges der Deutschen erscheinen die ärgsten Mutmaßungen begründet — bis zur Wiedereinsetzung des alten Regimes einschließlich. Eine schreckliche Reaktion würde dann nicht nur Rußland, sondern auch den größeren Teil Europas umfassen. Wird aber der deutsche Angriff abgewehrt, — wofür mit größtem Schwunge alle Vorbereitungen getroffen werden, — dann wird mit einem Hiebe das Ziel verwirklicht werden, wegen dessen vor drei Jahren die Völker Europas zum Kampfe gegen Deutschland schritten.

Niemals ist behauptet worden, daß dieses Ziel die Vernichtung oder die Teilung Deutschlands im Auge habe. Die Entwicklung des deutschen Imperialismus hat seit vielen Jahren die Unversehrtheit und Sicherheit anderer Staaten immer mehr bedroht. Es handelte sich somit darum, diese Entwicklung in verhältnismäßig friedliche Bahnen zu drängen, sie der monarchischen Entwicklung Frankreichs und Englands ähnlich zu machen, was einzig geschehen konnte durch die Demokratisierung Deutschlands, durch eine Umänderung des junckerlich-oligarchischen Systems in ein aufrichtig demokratisches. Im Namen dieser Idee ist man zum Kampfe geschritten, und sowohl in England wie auch in Frankreich ist schon während des Krieges vielfach erklärt worden, daß man jeden Augenblick bereit sei, mit dem deutschen Volke Frieden zu schließen, wenn es die gegenwärtige Regierung stürzen und speziell für den Abschluß des Friedens ein Parlament wählen werde, nicht jedoch werde man Frieden schließen mit den Hohenzollern und mit ihrer Regierung.

Das war die Leitidee des Krieges, aber die Sache stellte sich bedeutend komplizierter dar. Der preussische Despotismus hatte eine Bruderorganisation in dem russischen Zarismus, und sogar in vieler Hinsicht — entgegen dem, was vielfach behauptet worden ist — sein Urbild; denn im Zarismus erhielten sich doch unverändert die Regierungsmethoden aus den Zeiten Friedrich Wilhelms I. und Friedrichs II. Der deutsche Imperialismus und das militärische preussische System konnten, — sogar durch den Hochmut und den Dünkel Wilhelms II. repräsentiert, — nicht für die ganze Welt bedrohlich sein. Die größte Drohung war die Möglichkeit der Erneuerung des heiligen Bundes vom Jahre 1815, die Möglichkeit einer neuen Bündnisverständigung Deutschlands mit dem Rußland der Zaren. Und darum war der Krieg

gegen das Deutschland der Hohenzollern nur dann möglich, wenn ein Konflikt zwischen dem Partum und Deutschland ausbrach, ein Konflikt, von dem man kaum zu träumen wagte. Und darum mußte dieser Konflikt, als er ausgebrochen war, bis zu den äußersten Grenzen ausgenützt werden.

Heute besteht diese größte Drohung für die Gesittung und die Kultur der Welt nicht mehr. Auf dem Boden des Kampfes gegen einen Despotismus wurde der andere gestürzt. Das lag in der inneren Logik der Ereignisse. Das grundsätzliche Ziel hat die deutschfeindliche Koalition damit schon erreicht; denn es kann doch keine Rede von einem Bündnis zwischen dem heutigen Deutschland und dem demokratischen Rußland sein.

Aber das heutige Deutschland bereitet sich noch zu einer Anstrengung vor. Es ist dies der erwartete Angriff an der russischen Nordwestfront. Dort wird in einer Schlacht eben der epochenmachende und wendende Moment in der Geschichte dieses schrecklichen Krieges eintreten. Auf dem großen und blutigen Schlachtfelde soll das demokratische Rußland das Recht erringen und die Fähigkeit erweisen für eine freie und ungehemmte Entwicklung und für ein ebensolches ewiges Leben und mit ihm für den Fortschritt und die Demokratisierung ganz Europas. Auf den Feldern, welche die Düna durchschneidet, sollen sich die Geschicke der Welt entscheiden.

Wir wollen über die Möglichkeit einer Niederlage nicht nachdenken. Der Fortschritt und die Gesittung der Menschheit können eine Niederlage nicht davontragen. Ihr Sieg liegt in den Rechten der Natur, in den Rechten, welche die Geschicke der Menschheit lenken.

Aus Nr. 69 des Echo Polskie (Moskau)
vom 19. März (1. April) 1917.

Rußland und Polen.

Ein neuer Hoffnungsstrahl, gepaart mit starkem Glauben, stieg auf im Herzen eines jeden Polen, und eine gewaltige Kraft bemächtigte sich seiner Seele, als nach Warschau, Krakau, Posen, Lemberg und Danzig die Nachricht von dem historischen Akte der Provisorischen russischen Regierung kam, durch welchen die Unabhängigkeit und Vereinigung Polens proklamiert wurde. Dieser Akt wurde in Warschau von seiten Rußlands schon seit dem 23. Juli (5. August) 1915 oder vielmehr seit dem 19. Juli (1. August) 1914 sehnsüchtig erwartet. Nach dem 23. Oktober (5. November) 1916 wurde aber die Proklamierung eines unabhängigen und vereinigten Polens schon zu einem elementaren politischen Gebot für Rußland, aber zu dieser politischen Höhe konnte sich die Regierung der russischen Hölzlinge, aus denen das Ministerium Boris Stürmers bestand, selbstverständlich nicht emporheben. Ebenso enttäuscht wurden die Polen in ihren Hoffnungen, die sie auf England, Frankreich und Italien setzten. Diese Staaten wagten nämlich nicht, einen anderen Standpunkt in der polnischen Frage einzunehmen, als die Regierung Nikolaus II., denn sie fürchteten wohl, daß das damalige Rußland dann einen Sonderfrieden mit Deutschland schließen würde.

Man sprach aber davon mit Verbitterung, und zwar mit berechtigter Verbitterung, in den führenden Kreisen des polnischen Volkes in Warschau. Das polnische Volk mußte jetzt unter den schwierigsten Bedingungen an den Bau seines eigenen Staatswesens herantreten. Es fand nirgends Unterstützung. Rußland schrie

beharrlich weiter und mit ihm die ganze antideutsche Koalition. Am 5. November 1916 veröffentlichte nun die deutsche Regierung ihr Manifest, nachdem sie 15 Monate vergeblich auf die Änderung ihrer eigenen Lage und auf den Frieden gewartet hatte. Sie tat es unter dem immer stärkeren Druck der polnischen Unabhängigkeitstendenzen und vielleicht auch auf Grund einer richtigen Beurteilung der künftigen Ereignisse. Aber auch dann noch schlugen alle Hoffnungen der Polen fehl. So war das polnische Volk und der Staatsrat in seinem Kampf mit den Okkupationsbehörden um die Herrschaft im Lande auch jetzt noch nur auf sich selbst angewiesen, und es konnte, jeder Unterstützung von außen beraubt und nur auf seine eigenen Kräfte angewiesen, der brutalen Gewalt der deutschen Bajonette und Geschütze nichts mehr, als seine angeborenen Rechte und seine moralischen Kräfte entgegensetzen. Deswegen konnten damals auch die Aspirationen der Polen keinen richtigen Aufschwung nehmen, und sie waren nicht imstande, die polnische Frage ihrem ganzen Umfang nach zu erfassen.

Da brach in Rußland die Revolution aus. Die Nachricht von dem Siege dieser Revolution, von der Wiedergeburt Rußlands und von seiner wundervollen Umformung zu einem demokratischen und rechtmäßigen Staate ist jetzt auch schon in Warschau bereits eingetroffen.

Wir haben bis dahin noch keine speziellen Informationen darüber, wie diese freudige Nachricht dort aufgenommen wurde. Wir haben nur ein lakonisches Telegramm erhalten, aus dem hervorgeht, daß diese Nachricht in Warschau tatsächlich schon bekannt ist und daß die Warschauer Blätter die russische Revolution den Forderungen der deutschen Zensur gemäß als einen Akt der Schwäche Rußlands hinstellen müssen.

Aber es unterliegt keinem Zweifel, daß die öffentliche Meinung in Polen sich sofort richtig orientiert und eingesehen hat, daß die polnische Frage jetzt erst ihrem ganzen Umfange nach auf den richtigen Boden gestellt sein wird. Ein Manifest der russischen Provisorischen Regierung, das die Wiederherstellung eines unabhängigen und vereinigten Polens proklamieren würde, wird jetzt dort sicherlich in demselben Maße erwartet, wie wir hier sicher sind, daß dem Manifest der Provisorischen Regierung an die Polen seinem ganzen Umfange nach sich gegenwärtig auch alle mit Rußland verbündeten Regierungen anschließen werden.

Denn dieses Manifest ist zugleich ein Akt großer staatsmännischer Weisheit. Die Koalition beraubte sich aber bis dahin in ihrem Kampf mit Preußen freiwillig jener Waffe, welche ihr jetzt dieses Manifest der Provisorischen Regierung bietet. Bis dahin galt es als ein historischer und politischer Grundsatz, der auch in der Praxis schon oftmals bestätigt wurde, daß, so oft die polnische Frage von Deutschland oder Österreich vorgeschoben wurde, sie stets gegen Rußland gerichtet war, und so oft sie von Rußland in den Vordergrund gebracht ward, wurde sie als ein besonderer Trumpf gegen Preußen ausgespielt. Das vergaß Deutschland bei seinem Akt vom 5. November nicht, aber es konnte die polnische Frage damals mit Rücksicht auf die Monarchie der Hohenzollern nicht ihrem vollen Umfange nach entfalten.

Das konnte jetzt aber schon Rußland tun, und es hat es auch getan. Darin besteht eben auch die Überlegenheit des Aktes vom 16. März über dem Akt vom 5. November. Durch den Akt vom 16. März 1917 wird nämlich die polnische Frage schon endgültig und in ihrem vollen Umfange gelöst. Der ganze Krieg wird jetzt in gleicher Weise um die Unabhängigkeit und Wiedervereinigung Polens, wie um die Wiederherstellung der Unabhängigkeit Belgiens geführt.

Dadurch wird natürlich der Bau des polnischen Staatswesens, an dem gegenwärtig mit großer Mühe und unter sehr schwierigen Bedingungen an der Weichsel gearbeitet wird, außerordentlich gefördert und gewinnt einen neuen Aufschwung. Er wird sich jetzt auf alle polnischen Landesteile ausdehnen. Daran wird auch die Tatsache nichts mehr ändern können, daß die Grenze, durch welche das Königreich Polen von den polnischen Ländern in Österreich und Preußen getrennt ist, heute noch strenger als bisher überwacht wird. Dadurch wollen sich allerdings die zwei Teilungsmächte

gegen die unabwendbare historische und politische Notwendigkeit, sowie gegen die ebenso natürliche wie unabsehbare Tendenz des polnischen Volkes nach Unabhängigkeit und Vereinigung noch wehren.

Aber das bisherige Spiel Deutschlands und Österreichs ist doch schon verloren. Deswegen bleibt auch den Völkern Deutschlands und Österreichs nur noch der eine Weg übrig: sich auf denselben Boden zu stellen, auf welchen sich bereits das russische Volk nach der Revolution gestellt hat.